

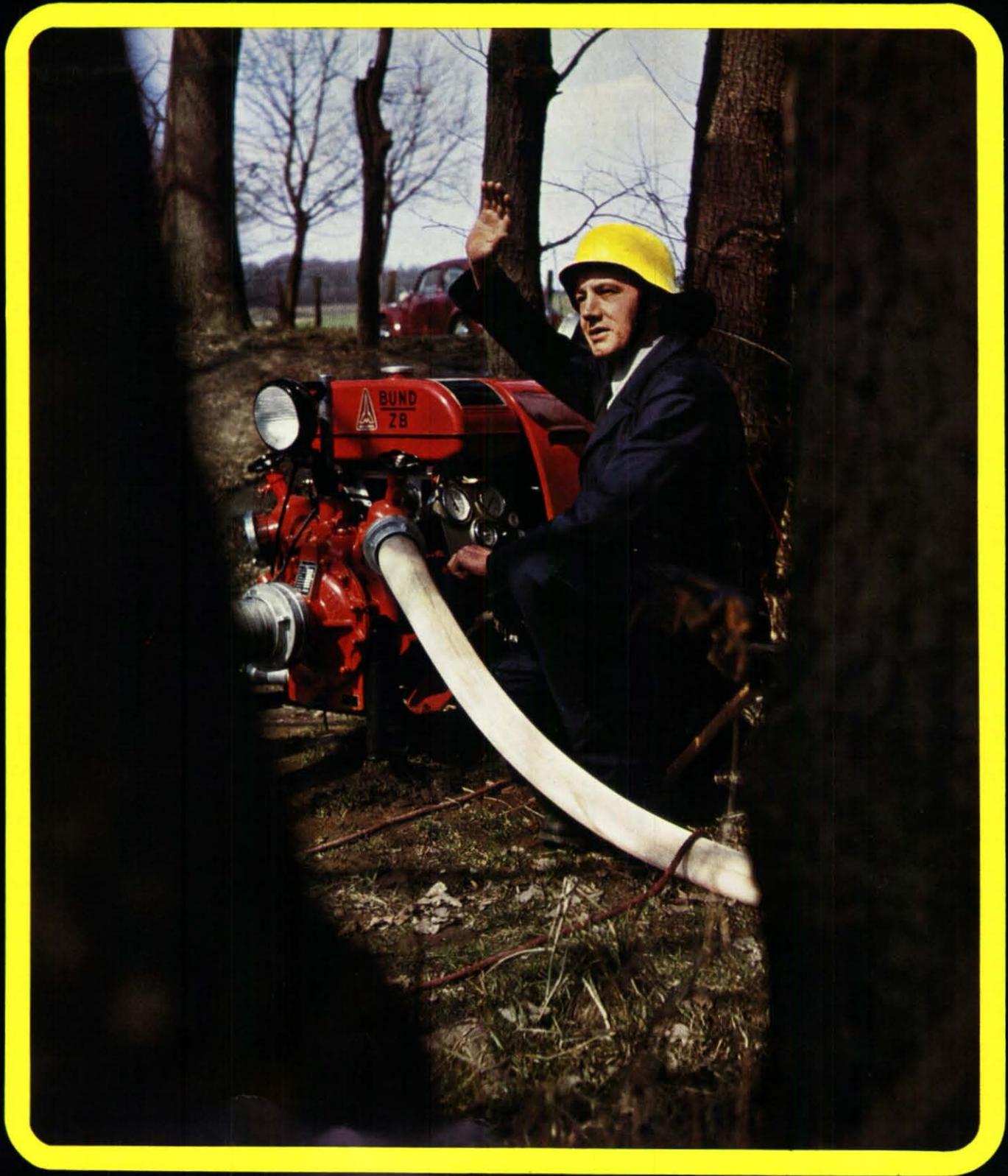
G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

5'73 MAI



Anerkennung für freiwilligen Einsatz



Bundesinnenminister Genscher mit den beiden Malteserhelfern Monika Schwinn und Bernhard Diehl.

Als die beiden Malteserhelfer Monika Schwinn und Bernhard Diehl nach fast vierjähriger Gefangenschaft in Vietnam auf dem Flugplatz Frankfurt eintrafen, wurde ihnen mitgeteilt, daß der Bundespräsident ihnen das Verdienstkreuz des Verdienstordens verliehen hat.

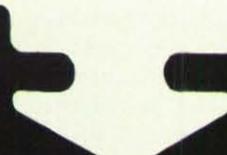
Bundesinnenminister Genscher empfing die beiden Heimkehrer am 11. April, um ihnen im Namen des Bundespräsidenten den Orden zu überreichen. Hierbei sagte der Bundesinnenminister:

„Ich weiß wohl, daß kein Orden der Welt Ihnen die vier Jahre zurückgeben kann, in denen Sie unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten wurden, und daß kein Orden das Leid und das Unrecht wieder gutmachen kann, das Ihnen zugefügt wurde. Diese Auszeichnung soll auch nicht der Versuch einer Wiedergutmachung sein, sondern er ist eine Anerkennung für Ihren freiwilligen Einsatz im Dienst der Menschlichkeit.

Als Sie sich als Malteser-Helfer zum Dienst in Vietnam gemeldet haben, wußten Sie, daß Sie eine schwere, entbehrungsreiche und auch gefährvolle Aufgabe erwartete. Sie sind dennoch in dieses Land gegangen. Vietnam hat die Gemüter der Menschen in der Bundesrepublik

Deutschland und in fast allen Ländern der Welt heftig bewegt. Wie heftig, das haben Sie vielleicht sogar noch in der Gefangenschaft verspürt. Der politische Streit drohte gelegentlich in der Öffentlichkeit den Blick zu versperren für das dringend Notwendige: Ich meine die humanitäre Hilfe für das vietnamesische Volk. Die Bundesregierung hat von 1966 bis 1972 materielle Hilfe in Vietnam geleistet. Sie ist darauf vorbereitet, ihr Hilfsprogramm fortzusetzen und dabei ganz Vietnam einzubeziehen. Aber auch diese materielle Hilfe hat ihren Wert erst gewonnen durch die Tatsache, daß sich Menschen aus unserem Land bereitgefunden haben, nach Vietnam zu gehen und an Ort und Stelle dort zu helfen, wo die Not am größten ist. Das ist Dienst am Nächsten in Vietnam, das ist wirkliche Hilfe für das vietnamesische Volk.

Das besonders hervorzuheben, besteht gerade jetzt Anlaß angesichts der Tatsache, daß in Bonn ein Teil der Demonstranten unter Mißbrauch des Rechts zur politischen Demonstration Gewalt gepredigt und Gewalt angewendet hat. Damit ist niemandem geholfen, am allerwenigsten den Menschen in Vietnam, wohl aber den Feinden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Jedermann muß wissen, kein Protest rechtfertigt die Anwendung von Gewalt. Diese Grenze lassen wir nicht verwischen. Ich stelle fest, das legitime Recht zur politischen Demonstration endet dort, wo die Gewalt beginnt. Hier müssen sich die Geister scheiden. Der freiwillige Einsatz in den humanitären Hilfsorganisationen ist eine Demonstration der Humanität und des guten Willens. Die Anerkennung, die Sie heute erhalten, ist eine Anerkennung für das Beispiel, das Sie und alle Ihre Kameraden gegeben haben. Die Bundesregierung schließt in ihren Dank alle ein, die in Vietnam geholfen haben. Und deshalb ist diese Stunde des Dankes und der Anerkennung nicht nur eine Stunde der Freude über Ihre Heimkehr, sondern auch der Trauer und des Gedenkens an diejenigen Ihrer Kameraden, die nicht heimgekehrt sind.“



ZS **MAGAZIN**
5'73



Aus dem Inhalt

Seite 4:

„Rettung im Zeichen von Schlägel und Eisen“ —



Schutzpatronin ist die Hl. Barbara. Fast 5000 Bergleute an Ruhr und Saar dienen der Sicherheit.

Seite 11:

„400 Helfer waren dabei“ —
Vollübung des Katastrophenschutzes der Stadt Leverkusen.

Seite 17:

„THW wacht an der Autobahn“ —
15 mobile Posten zwischen Ulm-West und Neckarsulm.

Seite 19:

„Informationsaustausch in allen Situationen“ —
Betrieb und Einsatz des Feldfernsprechers 54 OB/ZB.

Seite 21:

„Weite Verwendung auf engem Raum“ —
Die Handhabung des Bergetuches beim Transport von Verletzten.

Seite 26:

„Dynamischer Konsum auf dem Energiemarkt“ —
Was wird zur Sicherstellung von Gasversorgung und -speicherung getan?

Seite 68:

„Lehre aus jedem Unglück ziehen“ —
Steinbruchs-Berufsgenossenschaft wertet Sprengunfälle aus.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Werner Koller
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek — Reinhold Budde
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH
4 Düsseldorf, Umlandstraße 42
Telefon: (02 11) 66 62 65
Fernschreiber: 08 586 898

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalenderjahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

Notfallausweis vorbereitet

Einen einheitlichen Notfallausweis hat das Bundesgesundheitsministerium jetzt in Form eines Faltblattes vorbereitet. Dieser Notfallausweis kann den neuen Personalausweisen beigefügt werden, die in diesem oder dem nächsten Jahr ausgegeben werden.

Er soll Hinweise auf alle medizinischen Risikofaktoren des Besitzers enthalten, damit im Falle einer plötzlichen Erkrankung oder nach Unfällen schnelle und beste Hilfe gewährleistet ist. Die Bundesregierung will sich bemühen, diesen Notfallausweis auch im internationalen Rahmen durchzusetzen.

Baderegeln für Ausländer

Auf Anregung der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ein Faltblatt mit „Baderegeln in 6 Sprachen für Ausländer“ herausgegeben. Mit dieser Aktion soll die Zahl der Badeunfälle verringert werden. Die DLRG will damit ausländische Gäste darauf aufmerksam machen, daß die Gliederungen der DLRG allen Interessierten kostenlos Schwimmunterricht erteilen.

Die DLRG ist Mitglied der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS) und beabsichtigt in der nächsten Generalversammlung der FIS, den Vorschlag zu unterbreiten, daß auch die Mitgliedsorganisationen der übrigen Länder Aufklärungsschriften verbreiten.

Das Faltblatt in der Bundesrepublik hat den Titel „bade sorglos“.

Mit 57 noch beim Marathonlauf

Wie die „Bundeswehr aktuell“ berichtet, gingen am 6. April zum „10. Internationalen Marathonlauf“ in Griechenland auch drei Soldaten der Bundeswehr unter mehr als 150 Spitzenläufern aus 14 Nationen an den Start. Unter ihnen war auch der ehemalige Leiter der BVS-Landestelle Bayern, Oberst i. G. Theodor Sissimato. Die schwere Strecke führte über 42,195 km auf schattenloser Asphaltstraße über Berg und Tal vom Dorf Marathon in das Olympiastadion von Athen. Im Vergleich zur Siegerzeit von 2 : 16 : 45,5 Stunden lief der 57jährige Oberst Sissimato in 3 : 17 : 02 Stunden eine beachtliche Zeit.

Flut des Mississippi brach die Dämme

Die schwerste Überschwemmungskatastrophe seit 200 Jahren haben die Vereinigten Staaten zu verzeichnen. Von den nördlichen Seen bis zur Golfküste in Louisiana stehen mehr als vier Millionen Hektar, zum Teil fruchtbaren Acker- und Weidelandes, unter Wasser.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Wasserstand des Mississippi die Rekordhöhe von 12,80 Metern im Jahre 1785 noch nicht überschritten, doch die diesjährige Flut brachte die neue Rekordmarke von 13,20 Metern.

Die Einwohner der Millionenstadt St. Louis und zahlreicher anderer Orte arbeiteten ununterbrochen an der Verstärkung der Deiche. Aus den Vororten von St. Louis wurden bereits 5000 Menschen, nachdem sie ihre Häuser verloren hatten, evakuiert. Im Bundesstaat Missouri rechnen die Behörden mit noch Tage andauerndem Hochwasserstand.

Am Ufer des Erie-Sees haben die Flutwellen in einer Höhe von drei Metern zahlreiche Häuser zertrümmert. Bisher hat Präsident Nixon sieben Bundesstaaten zu Notstandsgebieten erklärt, die besondere Wiederaufbaukredite beanspruchen können. Nach einer sehr vorsichtigen Schätzung wird der vorläufige Schaden auf 200 Millionen Dollar beziffert.

Oberhalb von St. Louis, wo der Mississippi normal 730 Meter breit ist, strömten die Wassermassen in einer Breite von 16 Kilometern flußabwärts. Von Iowa bis Louisiana brachen Deiche und Dämme.

In den südlichen Bundesstaaten ist der größte Teil der Baumwollernte vernichtet worden, daher empfahlen Regierungsbeamte den Farmern, nach dem Rückgang der Flut sofort Sojabohnen anzupflanzen, damit wenigstens eine Ernte erzielt werde. Eine Schätzung der Zahl der Obdachlosen ist bisher noch nicht möglich. Sicher scheint jedoch, daß Zehntausende ihre Häuser verlassen mußten, da viele Dörfer und Kleinstädte meterhoch unter Wasser stehen.



Meterhoch unter Wasser standen viele Dörfer und Kleinstädte.

Leitstelle für Rettungstransporte in Bremen geplant

Eine Forderung, die bereits seit längerem erhoben wird, ist jetzt in Bremen Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Senator für Inneres, der Feuerwehr und dem Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes: Man möchte für die Zukunft in der Hansestadt eine zentrale Leitstelle zur Lenkung aller Rettungstransporte einrichten. Das DRK will darum auch in diesem Jahr die Ausbildung seiner hauptamtlichen Krankentransport-Sanitäter zu Rettungssanitätern fortsetzen.

„Hamburg-Putz '73“

Den größten Putzeinsatz erlebte die Hansestadt Hamburg am 14. April beim ersten Teil des „Hamburg-Putzes '73“. An 23 Treffpunkten im Alstertal, in Rahlstedt, Wandsbek und Wilhelmsburg hatten sich 4712 Helfer eingefunden, um noch rechtzeitig vor der Internationalen Gartenbauausstellung Hamburg zur sauberen Stadt zu machen. Allein 2000 Kinder beteiligten sich an der „Reinigungsaktion“.

Insgesamt wurden dabei 169 Fahrzeuge eingesetzt, die 487 Ladungen groben und sperrigen Unrats abtransportierten. Die Helfer füllten annähernd 10 000 Müllsäcke mit je 50 Liter Inhalt.

Die Aktion fand tatkräftige Unterstützung durch das DRK, die JUH, die freiwillige Feuerwehr und das THW. Fortgesetzt wurde die Aktion am 12. Mai an der Süderelbe und am 26. Mai am Elbeufer.



Dieses Haus mit Reetdach in Kiel-Russee lag genau in Sturmrichtung.



Wie Spielzeug wirbelte der Sturm diese Dachkonstruktion auf die Straße.

Millionenschäden durch Windhose über Kiel

Unter einer nachtschwarzen Wolkendecke erlebte Kiel eine der schwersten Katastrophen in diesem Jahrhundert. Eine Windhose, die sich während eines Wärmegewitters entwickelte, verursachte einen Schaden von mehreren Millionen DM. Es wurden einige hundert Häuser beschädigt, Dächer abgedeckt, Gartenlauben und Autos durch die Luft gewirbelt. In den Krankenhäusern liegen über hundert Verletzte. Der 14-jährige Frank Puttkammer starb

unter den Trümmern des abgerissenen Daches einer Tankstelle.

Hauptsächlich im südlichen Teil von Kiel richtete die in Westeuropa kaum bekannte Windhose verheerende Schäden an. Millionen werden nötig sein, um die Verwüstungen zu beseitigen. Räumkommandos und freiwillige Helfer machten sich sofort daran, die Trümmer von den Straßen zu räumen.

Mit am schwersten betroffen wurde der Kieler Hauptbahnhof. Durch Gerüstteile einer gegenüber liegenden Baustelle wurden sämtliche Scheiben der Vorhalle zertrümmert. Nach dem Sturm standen viele Signalmasten schief, und Oberleitungen waren abgerissen.



Fahrrad- und Autoteile befanden sich unter 487 LKW-Ladungen Müll beim ersten Hamburg-Putz '73.

Werner Koller

Schutzpatronin ist die Hl. Barbara

Rettung im Zeichen von Schlägel und Eisen

Fast 5000 Bergleute an Ruhr und Saar dienen der Sicherheit



Die Schutzpatronin der Bergleute: die Hl. Barbara.

In vielen Bereichen der Wirtschaft ist der betriebliche Selbst- und Katastrophenschutz noch im Aufbaustadium begriffen. Damit sich — wie leider hier und dort noch üblich — die Betriebe nicht nur auf die Hilfe von außen verlassen, hat der Bundesminister des Innern am 6. Juni 1972 die „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ bekanntgegeben, zu denen es einleitend heißt:

„Nach § 17 Abs. 1 Satz 3 der Vwv-Selbstschutz vom 11. Mai 1971 sind von den Gemeinden bei der Forderung des Selbstschutzes in

Betrieben der gewerblichen Wirtschaft Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft zugrunde zu legen, soweit ihnen der Bundesminister des Innern und der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen zugestimmt haben.“

Selbstschutz, Katastrophenschutz und Rettungswesen sind in einem Wirtschaftszweig jedoch seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit: im Bergbau. Bei Katastrophen über und besonders unter Tage sind Millionenwerte bedroht, jedoch zählt hier in erster

Linie die Hilfe für den bedrohten Menschen. Im Bergbau wurde früh erkannt, daß dieser Industriezweig ohne ein gut organisiertes Grubenrettungswesen nicht auskommen kann. Dieses Rettungswesen umfaßt alle Einrichtungen und Maßnahmen zur Rettung der Bergleute und Erhaltung von Sachwerten nach Explosionen, bei Grubenbränden und anderen Ereignissen, bei denen giftige Gase und matte Wetter auftreten. Brandgase und Nachschwaden von Explosionen enthalten fast immer das heimtückische Kohlenoxydgas, das mit dem Wetterstrom durch die Grubenbaue zieht und einen großen Personenkreis gefährden kann. Auch in den Nachschwaden von Sprengschüssen können giftige Gase auftreten. Matte (sauerstoffarme) Wetter entstehen in nicht bewetterten Strecken oder gelangen aus dem sogenannten „Alten Mann“ in die Grubenräume.

Es ist sehr beachtlich, wie weit das Grubenrettungswesen in der Bundesrepublik sich dem Stand der modernen Technik angepaßt hat und zugleich auch die Organisation durchdacht wurde. Immerhin ist es imponierend, daß nahezu 5000 Bergleute an Ruhr und Saar überwiegend als freiwillige Helfer in der Grubenwehr tätig sind.

Die Anfänge der Grubenrettung

Schon nach der Jahrhundertwende war das Grubenrettungswesen im Ruhrgebiet weit ausgelehnt und verfügte über

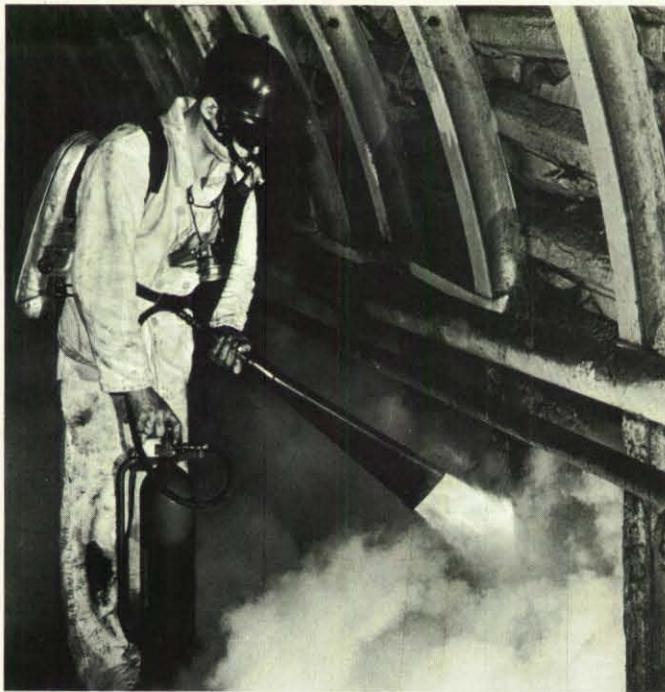
einen hohen Leistungsstand. Anfangs gab es natürlich keine Richtlinien, bestimmte Gerätetypen bereitzuhalten. Selbst das Oberbergamt in Dortmund hielt Vorschriften nicht für angebracht, sondern überließ das Rettungswesen in seiner Entwicklung frei den Bedürfnissen des Einzelfalls. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Verein für die bergbaulichen Interessen erstmalig eine Anweisung zur Errichtung und Unterhaltung von Grubenwehren herausgegeben und auf diesem Gebiet Untersuchungen angestellt. Daraus resultierte die Erkenntnis, daß es notwendig wurde, eine zentrale Überwachungs- und Leitstelle des Rettungswesens zu schaffen. Einen unmittelbaren Anlaß gab im März 1909 ein Grubenbrand auf der Bleierzgrube Bliesenbach im Bergrevier Deutz-Ründeroth bei dem — vermittelt vom Bergbauverein — die Berufswehr „Rheinelle“ und Rettungsschafften der Zeche „Shamrock“ Hilfe geleistet hatten.

So machte Generaldirektor Jacob am 31. März 1909 im geschäftsführenden Ausschuß des Zechenverbandes den Vorschlag, eine Rettungstruppe zu bilden, die vom Bergbauverein oder von der Berggewerkschaftskasse unterhalten werden und allen Zechen zur Verfügung stehen sollte.

Auf Grund der Erfahrungen setzte sich die Auffassung durch, daß nur eine gut ausgebildete und ständig in Übung bleibende Rettungstruppe im Ernstfall Erfolg haben kann. Zugleich wurde reiflich überlegt, ob eine freiwillige Wehr der

Berufswehr vorzuziehen sei; eine vom Bergbauverein eingesetzte Kommission zur Regelung des Rettungswesens — sie begann mit ihrer Arbeit im Oktober 1909 — entschied, für jede Schachanlage eine freiwillige Grubenwehr zu schaffen. Zur Überwachung und Organisation der Ausbildung sowie der Kontrolle der Geräte wurde am 1. Oktober 1910 die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen beim Steinkohlenbergbauverein in Essen gegründet. Die 1909 vom Bergbauverein eingesetzte Kommission stand von diesem Zeitpunkt an der Hauptstelle als Fachausschuß für Grubenrettung beratend zur Seite.

Weitere Hauptstellen in der Bundesrepublik befinden sich heute außer in Essen-Kray in Aachen, Clausthal-Zellerfeld, Friedrichsthal (Saar) und Hohenpreißenberg (Obb.).



Das Löschen eines Grubenbrandes in dieser Form ist seit zehn Jahren nicht mehr üblich.

- Ausbildung der Führer und Gerätewarte,
- Aufstellung eines einheitlichen Rettungsplanes für den Bezirk (Hauptrettungsplan),
- Einleitung der Hilfeleistung benachbarter Zechen im Falle eines Grubenunglücks,
- Untersuchung, Prüfung und Begutachtung neuer Geräte und anderer Einrichtungen des Grubenrettungswesens.

Die Mitgliedsgesellschaften und Zechen sind verpflichtet: im Falle eines Grubenunglücks die Hauptstelle sofort zu benachrichtigen, im Falle eines Grubenunglücks nach Maßgabe des Hauptrettungsplanes oder auf Anforderung der Hauptstelle Hilfe zu leisten, die Kosten der von ihnen angeforderten oder von der Hauptstelle zugewiesenen Hilfeleistung zu erstatten, den Mitarbeitern der Hauptstelle jederzeit die Prüfung der Einrichtungen für das Grubenrettungswesen sowie die Beaufsichtigung der Übungen und die Beteiligung im Ernstfall zu gestatten, die von der Hauptstelle ausgearbeiteten „Bestim-

mungen für das Grubenrettungswesen“ auf ihren Gruben durchzuführen und der Hauptstelle die von ihr erbetenen Mitteilungen zu machen.

Der Arbeitsbereich umfaßt den niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk, den größten geschlossenen Kohlenbezirk Europas mit den größten Schachanlagen.

Die ersten Erfahrungen

In der praktischen Tätigkeit der ersten Zeit wurde zunächst Wert auf Aufstellung und gute Ausbildung der Grubenwehren gelegt. Es mußte auch dafür gesorgt werden, daß die Zechen einen geeigneten Gerätewart mit der Instandhaltung der Geräte betrauten. Schließlich wurden Ausbildungslehrgänge für Führer und Gerätewarte eingerichtet, die zunächst von der Bergschule Bochum und von Angehörigen der Hauptstelle in der Essener Bergschule durchgeführt wurden. Die Teilnahme war freiwillig und umfaßte an einzelnen Nachmittagen u. a. Unterricht über Atmungsversorgung, die Zusammensetzung der Grubenwetter, die Bauart und Arbeitsweise der Geräte sowie Wiederbelebungsverfahren. Jeder Kursteilnehmer mußte jährlich vier Übungen mit Kreislaufgerät, davon zwei unter Tage, und eine Übung mit Schlauchgerät absolvieren.

Als eine sehr wichtige Aufgabe wurde erkannt, den Angehörigen der Grubenwehren eine gründ-



Der modernste Förderturm der Ruhrkohle-AG befindet sich auf der Schachanlage „Sophia Jacoba“ in Hückelhoven bei Aachen.

Aufgaben der Hauptstelle

Die Hauptstelle erhielt im wesentlichen organisatorische und überwachende Aufgaben, die die geltende Satzung so gliedert:

- Überwachung der Geräte und Einrichtungen für das Grubenrettungswesen sowie der Grubenwehren,



Im tiefsten Abbaubetrieb des Ruhrgebietes (1 308 Meter) auf der Zeche „Ewald III/IV“ in Herten. Mannshoch ist der Hobel, der die Kohle vom Stoß löst. Seitlich sichtbar der moderne Stahlausbau.

liche Kenntnis der Grenzen der Leistungsfähigkeit der Geräte zu vermitteln und den Führern nahelegen, ihre Männer nicht übermäßig zu beanspruchen und nicht unnötigen Gefahren auszusetzen. Manche Unfälle wurden neben unglücklichen Umständen auch durch mangelnde Betriebsbereitschaft der Geräte oder durch unzureichende Ausbildung verursacht.

Stand der Grubenrettung vor dem Ersten Weltkrieg

Bis zu Beginn der Ersten Weltkrieges hatte sich das Grubenrettungswesen erfreulich aufwärts entwickelt. Die Einsatzbereitschaft der Grubenwehrführer und -männer ging soweit, daß mehr Übungen durchgeführt wurden, als es die Vorschriften vorsahen. Bis 1913 stieg der Gerätebestand auf 872 Kreislaufgeräte, 257 Schlauch- und 339 Wiederbelebungsgeräte. Unter Einsatz von Gasschutzgeräten wurden von 1903 bis 1914 allein 76 Bergleute gerettet.

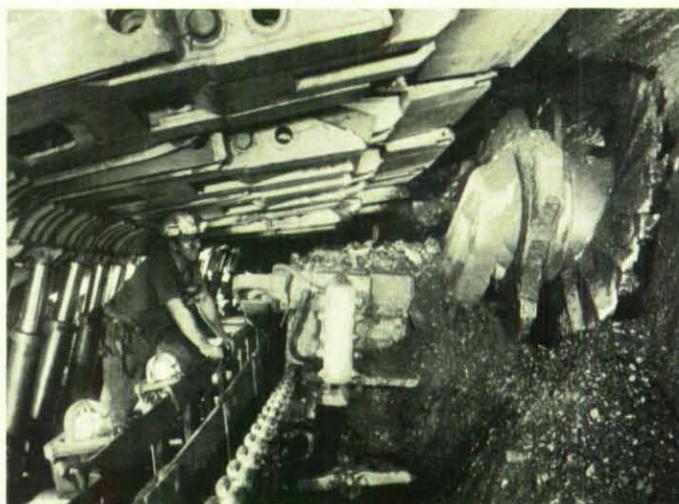
Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Einstellung der Kampfhandlungen im Jahre 1945 mußte die Hauptstelle erst wieder Verbindung zu den Betrieben aufnehmen und sich provisorisch eine Arbeitsstätte schaffen. Grubenrettungsstellen des Ruhrgebietes waren ab Herbst 1945 wieder tätig, bereits im Oktober 1945 konnten die ersten Lehrgänge für Führer und Gerätewarte beginnen. Schon in diesem Jahr gab es für die Grubenwehr 35 Einsätze.

Der Hilfeleistungsplan

Der Hilfeleistungsplan für das Grubenrettungswesen auf den Steinkohlenbergwerken im Verwaltungsbezirk des Oberbergamtes Dortmund (Hauptrettungsplan) wurde wiederholt überarbeitet und neu aufgestellt. Die Erfahrungen aus dem Grubenunglück der Zeche „Dahlbusch“ (Gelsenkirchen) im Jahre 1950 veranlaßten den Fachausschuß für das Grubenrettungswesen, die Maßnahmen bei einem größeren Grubenunglück in einem neu bearbeiteten Merkblatt zusammenzufassen, ein Arbeitskreis gab „Sonderhinweise für die Werksleitung bei einem schweren Grubenunglück“ heraus. Auch die Richtlinien für den Gasschutz auf den Kokereien, wurden ergänzt mit den Bestimmungen des Oberbergamtes Dortmund für den Gasschutz auf Kokereien Nebengewinnungs- und Weiterverarbeitungsanlagen vom 1. Juli 1953.

In den nächsten Jahren wurden die Sollstärken der Gruben- und Gasschutzwehren festgelegt und vom Bergamt bestätigt. Fast immer wurde die vorgeschriebene Sollstärke überschritten. Zuvor war in Zusammenarbeit mit Ärzten und anderen Fachleuten ein neuer Vordruck „Gesundheitszeugnis für Grubenwehrmitglieder“ und ein gleicher für Gasschutzmitglieder aufgestellt worden. Sie waren gegenüber den bis dahin gebräuchlichen Vorschriften merklich erweitert; u. a. müssen jetzt die Herzfähigkeit durch ein Elektrodiagramm untersucht und die Lunge geröntgt werden. Bei Untersuchungen nach diesem Maßstab mußten viele Grubenwehrmänner ausscheiden. Dabei entstand besonders unter den Oberführern und Führern der Grubenwehren sowie den Gasschutzleitern eine große Lücke, die nur durch intensive Ausbildung überbrückt werden konnte.



Maximal abgesichert ist hier der arbeitende Mensch durch den neu entwickelten Schildausbau, der das Hangende lückenlos abfängt.

Ausbildung

Nun wurde auch der Ausbildungsplan mehr spezialisiert — es gab Lehrgänge für Brandsteiger, Brandschutzgerätewarte, Ausbilder im Filterselbstrettungswesen und an Filterselbstrettern sowie für Gerätewarte. Weiterhin folgten Lehrgänge für Aufsichtsbeamte der Bergbehörde, Feuerwehrführer, Atemschutzgerätewarte von Feuerwehren sowie für Bergbau-Studenten. Ferner absolvierten Angehörige anderer Werke Kurzlehrgänge im Gasschutz. Damit verdoppelten sich die Lehrgänge auf 40 pro Jahr. Über 80 Grubenrettungsstellen und 30 Gasschutzstellen wurden nach neuzeitlichen Gesichtspunkten aufgebaut.

Einsätze

In der Zeit von 1950 bis 1959 betreute die Hauptstelle in Essen-Kray

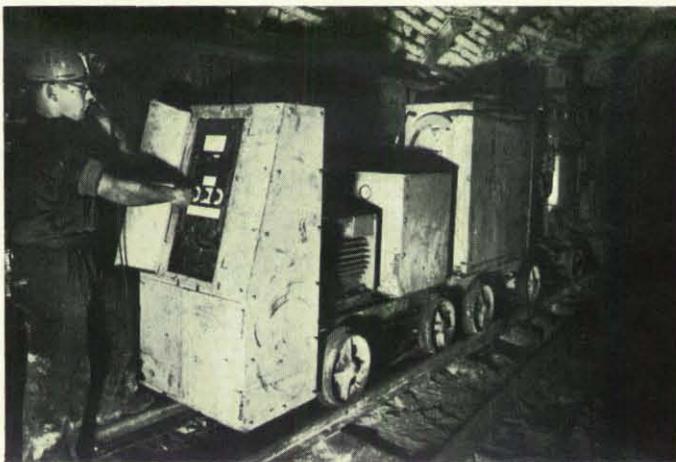
maßgeblich 492 Einsätze von Grubenwehren. 25 galten der Bergung gefährdeter Verunglückter, 393 der Grubenbrandbekämpfung, 31 dem Öffnen von Brandfeldern. Bei den 25 Einsätzen zur Bergung Verunglückter wurden 73 Bergleute lebend mit und 77 lebend ohne Atemschutzgerät geborgen. Bei den Bränden in diesem Jahrzehnt handelte es sich um 270 verdeckte Brände, 52 Firstenbrände, 46 Streckenbrände, 4 Schachtbrände, 2 Blindschacht- und zwei offene Strebbrände. (Wie schwierig ein Schwelbrand im Kohlestöß zu löschen ist, erläuterte ein Fachmann: „Ich erinnere mich, daß so ein Brand einmal erst nach zwei Jahren erloschen war.“) Ferner leisteten die Grubenwehren in diesem Jahrzehnt über Tage in 35 Fällen und unter Tage 113mal Wiederbelebungen. Bei den 113 Einsätzen unter Tage wurden 34 Männer, über Tage 16 Gasvergiftete gerettet.



Grubenwehrgruppe (Truppführer und vier Wehrmänner) bei einer Atemschutzübung unter Tage.

Aus der Praxis

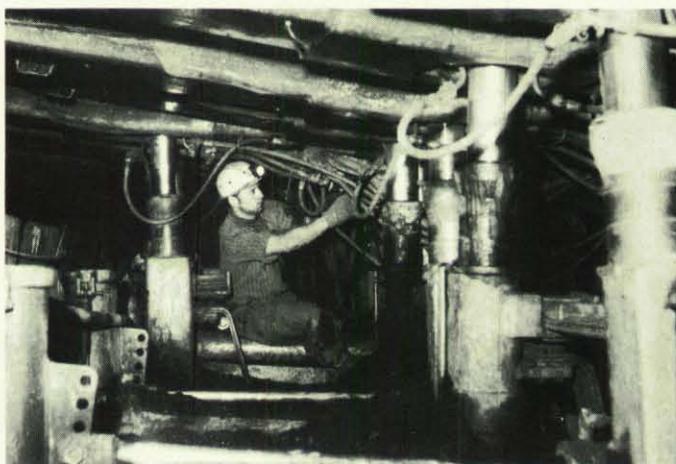
„Heute gibt es im Bereich der Ruhrkohle AG — außer den freiwilligen Grubenwehren — nur drei ständige Bereitschaften, und zwar bei der Bergbau-AG (BAG) Gelsenkirchen, der BAG Niederrhein und der BAG Oberhausen. Diese ständigen Bereitschaften sind sehr teuer, denn sie kosten jährlich bis zu 1,2 Millionen DM. Organisatorische Maßnahmen ermöglichen es, darüber hinaus in allen Betrieben (Ausnahmefälle sind möglich) binnen 20 bis 30 Minuten zwei Trupps der Grubenwehr einzusetzen. Das bisher schon gut durchdachte Alarmsystem soll ferner weiter ausgebaut werden — die Konzeption dafür steht bereits.“ Das erklärte gegenüber dem ZS-Magazin der Abteilungsleiter für Brandschutz und Rettungswesen in der BAG „Westfalen“ in Heessen, Dipl.-Ing. Karl Albers. Außerdem erwähnte er, daß die Grubenwehren nicht nur Menschenleben retten, sondern auch Sachwerte und somit viele Arbeitsplätze erhalten. Nach seiner Ansicht gäbe es in der Bundesrepublik ohne die Grubenwehren einige Schachtanlagen weniger.



Steuerstand für fernbedienten Ausbau in steiler Lagerung.



Auf einem Monitor kontrolliert dieser Bergmann Bohrlöcher „vor Ort“ — übrigens arbeitet auch die Grubenrettung.



Ein Bergmann im Streb mit Rahmenausbau in der Grube „Emsdorf“ der Saarbergwerke AG. Ein Hebeldruck genügt zur Auslösung der hydraulischen Ventile — die Ausbaugestelle bewegen sich vorwärts und drücken an das Hangende.

„Grubenwehr und Gasschutzwehr
1. Auf jeder fördernden Schachtanlage muß eine Grubenwehr, auf jeder Kokerei eine Gasschutzwehr vorhanden sein.

2. Der Bergwerksbesitzer hat Grubenwehren und Gasschutzwehren mit Gasschutzgeräten auszurüsten.“ Weiter wird in dieser Verordnung festgelegt, daß Wartungsräume für Geräte

und Übungsräume für die Wehren vorhanden sein müssen.

Im Bereich der Gruppe VII der Ruhrkohle-AG, der BAG „Westfalen“, bestehen acht Grubenwehren. Als überörtliche Einrichtung wurde ein zentrales Bereitschaftslager für Rettungswesen auf der Schachtanlage „Robert“ in Pelkum-Herringen bei Hamm geschaffen. Alle Bergleute im Steinkohlenbergbau unter Tage sind mit einem CO-Filter-Selbstretter als Fluchttretter ausgerüstet. Mit diesem Selbstretter konnten sich z. B. 1956 bei einem Grubenbrand 152 Bergleute in Sicherheit bringen.

Die Grubenwehr wird von dem Oberführer geleitet. Ihn unterstützen Trupführer, Wehrleute, der Hauptgerätewart und Gerätewart.

Jede Grubenwehr verfügt über eine Rettungsstation, in der die Sauerstoffschutzgeräte (Kreislaufgeräte) und sonstige Geräte eingelagert sind und vom Gerätewart gewartet werden. Die Grubenwehren der BAG „Westfalen“ verfügen über 8 bis 14 Trupps (je ein Trupführer und vier Wehrmänner).

Für die Sauerstoffschutzgeräte gibt es strenge Wartungsvorschriften. Dazu zählt die monatliche Prüfung, die wöchentliche Überprüfung und die Prüfung vor jedem Einsatz.

Aufbau der Grubenwehr an der Ruhr

In allen Betrieben ist der Aufbau der Grubenwehr gleich (im Prinzip in der gesamten Bundesrepublik). Wichtig dabei ist, daß die Bergbehörde als Aufsicht im Bergbau auf die Betriebe viel mehr Einfluß ausübt als in anderen Wirtschaftszweigen. Die Grundlinie zeigt die Bergverordnung des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen für die Steinkohlenbergwerke (BVOST) vom 20. Februar 1970 im § 65 auf:

Die Alarmierung der Grubenwehr

Durch den Aufbau einer Funkalarmierung (etwa die Hälfte aller Grubenwehrmänner der Ruhrkohle-AG verfügt über einen Funkalarmempfänger) ist mit hohem Kostenaufwand erreicht worden (ein Gerät hat einen Wert von ca. 1130 DM), daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit innerhalb von 20 bis 30 Minuten zwei Grubenwehrtrupps einsatzbereit sind. Bei einem

Alarm ertönt 20 Sekunden lang in den Wohnungen der Wehrleute ein Heulton aus den Alarmempfängern. Sollte ein Wehrmann nicht anwesend sein, so sieht er nach seiner Rückkehr auf einer Kontrollscheibe seines Gerätes ein rotes Farbsignal, und er weiß, daß ein Alarm ausgelöst wurde. Auf diese Art und Weise wird erreicht, daß in Minuten-schnelle mindestens zehn Wehrmänner zur Stelle sind.



Eine Fotomontage von der 1963 in Lengede verwendeten Rettungsbombe, die — eingesetzt von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Essen-Kray — sich bereits mehrfach bei der Bergung Verschütteter bewährte.

An der Ruhr fast 4.000 Bergleute in der Grubenwehr

Über das Grubenrettungswesen berichtet die Hauptstelle in Essen für das Jahr 1971, daß zu diesem Zeitpunkt 61 Grubenwehren — 58 freiwillige und 3 Zentral-Grubenwehren — mit 3840 Wehrmännern bestanden. Das entsprach 32 Wehrmänner auf 1000 Untertagebeschäftigte. Die durchschnittliche Stärke einer Grubenwehr betrug 63 Mitglieder. Auf den Schachtanlagen wurden bei 61 Grubenwehren 68 Grubenrettungsstationen (davon acht Außenstationen) unterhalten.

Im Bereich der Essener Hauptstelle standen Ende 1971 insgesamt 368 Sauerstoffschutzgeräte mit 300 Liter Sauerstoffvorrat, 1839 Sauerstoffschutzgeräte mit 400 Liter Sauerstoffvorrat, 512 Sauerstoffseltretter, 133 Wiederbelebungsgeräte und 138 Orospiratoren zur Verfügung. Im Gasschutzwesen wurden 1971 von der Hauptstelle 55 Betriebe betreut, davon elf außerhalb des Bergbaus (sieben chemische Betriebe mit elf Betriebsstellen, ein Gasversorgungsunternehmen, eine Glasfabrik und ein Gußstahlwerk). Innerhalb der Gasschutzwehr hatten 46 Wehren 1266 Mitglieder. Sie verfügten über 16 Sauerstoffschutzgeräte mit 300 Liter Sauerstoffvorrat, 395 Sauerstoffschutzgeräte mit 150 Liter Sauerstoffvorrat, 262 Frischluft-Druckschlauchgeräte, 97 Sauerstoffseltretter, 121 Preßluftatmer, 57 Wiederbelebungsgeräte und 98 Orospiratoren. Bei Ernstfällen arbeiteten die Grubenwehren in 51 Einsätzen mit Atemschutzgeräten, darunter bei 12 Grubenbränden. Die

Gasschutzwehren hatten 5148 Einsätze — davon allein 3227 mit Frischluft-Druckschlauchgeräten und 1194 mit dem Preßluftatmer.

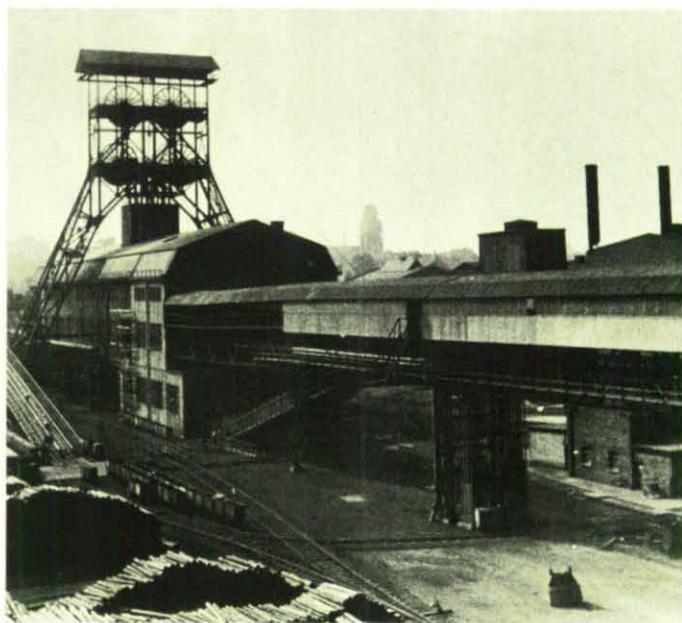
Die Grubenwehr im Saarbergbau

Die Hauptrettungsstelle der Saarbergwerke-AG hat ihren Sitz in Friedrichsthal. Nach § 267 der Bergpolizeiverordnung für den Steinkohlenbergbau (BPV St) sind die Bergwerksbesitzer im Oberbergamtsbezirk Saarbrücken verpflichtet, gemeinsam diese Hauptrettungsstelle zu unterhalten. Sie wurde 1936 in den Betriebsgebäuden der damals stillgelegten Ostschachtanlage der Grube „Maybach“ eingerichtet und hat ihren Standort beibehalten. Sie ist 1. organisatorisch leitende und ausbildende Dienststelle für das Grubenrettungs- und Gasschutzwesen, den Brand- und Explosionschutz unter und über Tage und die technische Staubbekämpfung unter Tage. 2. direkt hilfeleistende Rettungsstelle für den

gesamten Bergbau an der Saar und hält zu diesem Zweck eine Berufsgrubenwehr mit zwei Grubenwehr- und zwei Feuerwehrbereitschaftswagen ständig einsatzbereit. Außerdem hat die Hauptrettungsstelle im Einvernehmen mit der Bergbehörde alle Bestimmungen, Richtlinien, Grundsätze und Dienst-anweisungen zu bearbeiten, die mit dem Grubenrettungs- und Gasschutzwesen im Zusammenhang stehen. Zum Überwachungsbereich der Hauptrettungsstelle gehören zwölf Grubenwehren und zwei Gasschutzwehren.

Ausrüstung und Stärke der Wehren an der Saar

Von elf Grubenrettungsstellen im Saargebiet sind zehn mit je 16 Zwei-Stunden-Kreislaufgeräten ausgerüstet. Die Zubehöreile erhielten die Wehrmänner. Außerdem verfügt jede Grubenrettungsstelle über zwei Wiederbelebungsgeräte, ein Sauerstoffinhalationsgerät, ein Prüfgerät für Kreislaufgeräte, ein Psychometer und ein Grubenwehrtelefon. Die Ausrüstungsreserve im westlichen Teil des Reviers enthält in einer Rettungsstelle 16 Kreislaufgeräte, zwei Wiederbelebungs- und Inhalationsgeräte sowie große Bestände von Alkalipatronen, Sauerstoffflaschen und eine elektrisch angetriebene Sauerstoffumfüllpumpe. Im östlichen Teil des Reviers ist die Hauptrettungsstelle in Friedrichsthal mit dieser Aufgabe betraut. Anfang 1968 hatten die Gruben- und Gasschutzwehren an der Saar 679 Grubenwehr- und 41 Gasschutzmitglieder. Während die Belegschaft unter Tage von 1958 bis 1967 um 52 Prozent zurückgegangen ist, sank die Mitgliederzahl der Wehren in diesem Zeitraum nur um 20 Prozent.



Die Schachtanlage „Dahlbusch“ in Gelsenkirchen wurde im März 1965 stillgelegt — hier ereigneten sich 1950 und 1955 zwei schwere Grubenunglücke, bei denen 91 Bergleute ihr Leben ließen.

Die großen Katastrophen im Bergbau

Neben einer Vielzahl kleinerer Unglücke, die in der Öffentlichkeit kaum publik wurden, waren es in diesem Jahrhundert 18 große Grubenunglücke des deutschen Bergbaus, die nicht nur die unmittelbar Betroffenen erschütterten, sondern in aller Welt den Blick auf den Bergbau lenkten. Die größte europäische Katastrophe war das Grubenunglück im Jahre 1913 in Courrières (Frankreich), bei dem über 1200 Bergleute und 17 Helfer starben. Weltbekannt wurde dabei der Einsatz deutscher Rettungstrupps. Die großen deutschen Bergwerksunglücke waren:

- 1907 in Reden/Saar mit 150 Toten;
- 1908 Schachanlage „Radbod“ bei Hamm mit 360 Toten;
- 1912 Schlachanlage „Lothringen“ in Bochum mit 117 Toten;
- 1921 Schachanlage „Mont Cenis“ in Herne mit 85 Toten;
- 1925 Schachanlage „Minister Stein“ in Dortmund-Eving mit 135 Toten;
- 1930 Schachanlage „Maybach“ (Saar) mit 99 Toten;
- 1930 Schachanlage „Anna II-Asldorf“ bei Aachen mit 263 Toten;
- 1944 Schachanlage „Hansa“ in Dortmund-Huckarde mit 95 Toten;
- 1946 Schachanlage „Peine I/II“ in Peine mit 42 Toten;
- 1946 Schachanlage „Grimberg 1/2“ in Weddinghofen (Kreis Unna) mit 412 Toten;
- 1950 Schachanlage „Dahlbusch“ in Gelsenkirchen mit 77 Toten;
- 1955 das Doppelunglück in Gelsenkirchen auf den Schachanlagen „Nordstern“ mit 42 und „Dahlbusch“ mit 14 Toten;



Ein Grubenwehrmann bei einer Übung auf der Übungsstrecke der Hauptstelle in Essen-Kray.

- 1960 Schachanlage „Karl Marx“ in Zwickau mit 123 Toten;
- 1962 Schachanlage „Sachsen“ in Heessen bei Hamm mit 31 Toten;
- 1962 in einer Grube in Luisenthal/Saar mit 299 Toten, und
- 1963 in der Schachanlage „Mathilde“ in Lengede mit 29 Toten.

Inzwischen aber glaubt die Grubenrettung, größeren Katastrophen wirksamer begegnen zu können. Dipl.-Ing. Adolf Schewe von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Essen-Kray dazu: „Es ist auffallend, daß in den letzten Jahren die Zahl der bei Explosionen Getöteten erheblich zurückgegangen ist, aber auch offensichtlich, daß es heute weitaus seltener zu einer Explosion kommt.“

Der Deutsche Ausschuß für Grubenrettungswesen

Alljährlich tagt der Deutsche Ausschuß für das Grubenrettungswesen, zuletzt im Juni 1972 in Wesel. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß sich im Jahre 1971 im Bergbau der Bundesrepublik mehrere kleinere Grubenunglücke ereigneten. So verun-

glückten bei einem Streckenbruch auf der Zeche „Ewald 1/7“ in Herten sieben Bergleute tödlich, während drei gerettet wurden.

Die Detonation des Sprengstofflagers im Kaliwerk Buggingen auf der 850-Meter-Sohle forderte drei Tote und 18 Verletzte. Bei dieser Detonation explodierten 6800 kg Donarit, 8000 kg Wetternobelit sowie rund 37 000 Stück Moment- und Zeitzündler. Dabei wurde die anliegende Elektro- und mechanische Werkstatt völlig zerstört. In Mitleidenschaft gezogen wurden die Fördereinrichtungen des 120 Meter entfernten Schachtes und die Strecken bis zu 300 Metern. Auch die Wettertüren wurden zerstört.

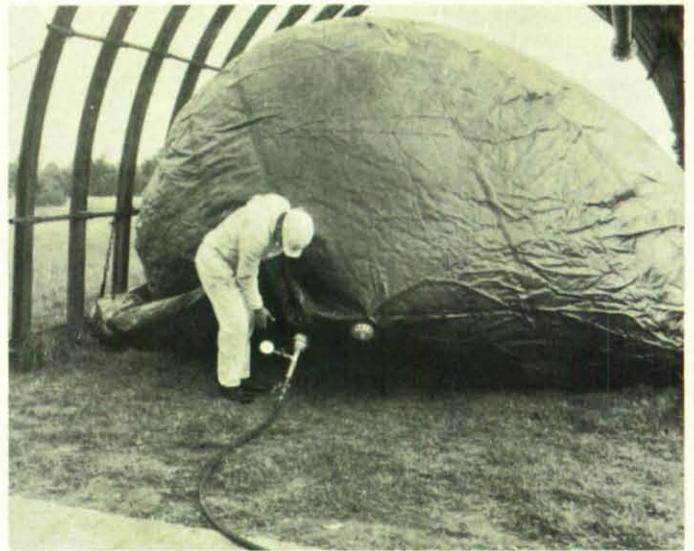
Europäische Zusammenarbeit

Nach einem Bericht von Dipl.-Berging. Ernst Bredenbruch über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Grubenrettungswesen und Grubenbrände“ des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau hat die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Essen nur langsam zunehmende Kontakte mit dem Grubenrettungswesen anderer europäischer Länder gehabt. Eine ständige Zusammenarbeit der westeuropäischen Hauptstellen für das Grubenrettungswesen und der dort zuständigen Behörden kam erst zustande, als nach der großen Katastrophe auf der belgischen Grube „Bois de Cazier“ bei Marcinelle 1956 bei einem Grubenbrand 263 Bergleute ums Leben kamen

und vom Ministerrat der EWG auf Vorschlag der Hohen Behörde der Montanunion im September 1956 in Luxemburg eine Konferenz über die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau einberufen wurde. Schon im Beschluß des Ministerates war die Konferenz aufgefordert worden, geeignete Maßnahmen zur Herstellung einer ständigen Fühlungnahme zwischen den Rettungszentralen der einzelnen Länder festzulegen, um deren Anstrengungen zur Verbesserung der Rettungsmittel und -methoden zu fördern. Am 7. Februar 1957 wurde die Gründung eines „Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau“ beschlossen und vom EWG-Ministerrat am 9. Juli 1957 gebilligt. Dieser Ständige Ausschuß mit seinen 24 Mitgliedern (bis zur Erweiterung der EWG), aus den sechs Ländern je vier Vertreter, hat noch heute seinen Sitz in Luxemburg. Es wurden acht Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit der Koordinierung der Organisation der Fachgebiete im Grubenrettungswesen (offene und verdeckte Grubenbrände, Grubenbewetterung und Grubengas, Hangendbeherrschung und Mechanisierung) befaßten. Wenn in vielen Dingen auch keine völlige Übereinstimmung erzielt werden konnte, wurden doch schon viele Wege gemeinsam beschritten.

Ehrung und Beispiel

Um die Verdienste der Grubenwehrmänner zu würdigen, gab es bereits früher ein Grubenwehr-Ehrenzeichen. Zur Anerkennung besonderer persönlicher Verdienste stiftete der Bundespräsident am 14. Juli 1953



Der „Gummilöwe“ wird im Zentralen Bereitschaftslager der BAG „Westfalen“ auf Schacht „Franz“ in Pelkum bei Hamm aufgeblasen. Er gehört zur Ausstattung des Lagers.

erneut das Grubenwehr-Ehrenzeichen in Silber und Gold. Der Grubenwehnadel (Mitgliedsnadel) wie auch der von der Hauptstelle in Essen-Kray nach 1945 herausgegebenen Grubenwehr-Ehrendadel dient das Abzeichen des Grubenrettungswesens — ein Johanniter-Kreuz mit Schlägel und Eisen — als Grundmotiv. Dieses Symbol soll darauf hinweisen, daß die Rettung

verunglückter Bergleute aus Lebensgefahr höchste Aufgabe und Tugend des Grubenwehrmannes ist. So wird die selbstlose Einsatzbereitschaft von Bergmännern gewürdigt, die ohne Rücksicht auf ihr Leben und ihre Gesundheit sich für die Rettung verunglückter Arbeitskameraden einsetzen. Ihre Opferbereitschaft ist schon durch Jahrzehnte zur Tradition geworden.



Das vollgepumpte Luftkissen vor Schacht „Franz“ in Pelkum.



Noch ist dieses Luftkissen, auch „Gummilöwe“ genannt, handlich verpackt. Bei Grubenbränden wird es aufgeblasen, damit keine Luft zum Brandort strömt. Die Wetterführung ist sofort unterbrochen, im Schutz des „Gummilöwen“ können die Grubenwehrmänner unbelästigt von heißen und verqualmten Brandwettern bei guter Sicht und relativ geringen Temperaturen einen Branddamm herstellen.

Werner Schiefel und Günter Sers (Fotos)

400 Helfer waren dabei

Vollübung des Katastrophenschutzes der Stadt Leverkusen

Mehr als 400 Helfer waren schon im Morgengrauen auf den Beinen. Mit 75 Fahrzeugen kamen sie in das idyllische Dhünntal bei Dabringhausen, das bald in den Fluten einer Talsperre versunken sein wird. Hierher hatte die Stadt Leverkusen ihre Vollübung aller örtlichen Katastrophenschutzkräfte verlegt, da sich hierfür innerhalb des Stadtgebietes kein geeignetes Gelände fand. Ausgangslage und Verlauf entsprachen trotz der ländlichen Umgebung einem Katastrophenfall, wie er sich in einer Großstadt ereignen könnte.

Die Ausgangslage: Ein nächtliches Unwetter hat größere Schäden an Häusern und Fabrikanlagen angerichtet. Alle hauptberuflichen Kräfte der Feuerwehr und ein Zug der Freiwilligen Feuerwehr werden eingesetzt. Außerdem bittet der Stadtbrandmeister den Hauptverwaltungsbeamten um Unterstützung durch Bergungs- und Sanitätseinheiten.

Das selbstschutzmäßige Verhalten der Hausbewohner und Hausangehörigen, die bei einem echten Notfall noch vor dem Eintreffen der Rettungstrupps mit ersten Hilfeleistungen beginnen würden, blieb bei dieser Übung für Katastrophenschutzkräfte unberücksichtigt.

Während das Unwetter andauert, gehen laufend neue Schadensmeldungen ein. Die vorhandenen Kräfte sind nicht in der Lage, ausreichende Hilfe zu leisten. Daraufhin wird der gesamte Katastrophenschutz der Stadt alarmiert. Gleichzeitig tritt die Katastrophen-Abwehrleitung (KAL) zusammen.

Die Übung war so angelegt, daß alle wichtigen Fachdienste des

Katastrophenschutzes Gelegenheit zum Einsatz bekamen. Unter den teilnehmenden Einheiten waren: ZS-Feuerwehrebereitschaft Leverkusen; ZS-Bergungsbereitschaft Leverkusen mit zwei Zügen; Instandsetzungszug Leverkusen (THW); ZS-Sanitätsbereitschaft Leverkusen mit einem Verbandplatzzug (DRK); Reg. Kats-Sanitätszug Leverkusen (DRK); Reg. Kats-Sanitätszug Leverkusen (MHD); ZS-Krankentransportzug Leverkusen (MHD); ZS-ABC-Zug Leverkusen; Reg. Wasseraufbereitungszug Leverkusen; Fernmeldezug Leverkusen.

Schwierige Aufgaben

Die Helfer standen vor einer Reihe schwieriger Aufgaben, die sich zum Teil zeitlich überschneiden. In einer chemischen Fabrik war ein Dach abgehoben worden und auf ein



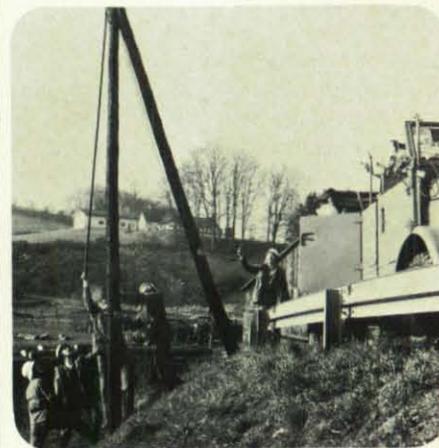
Eines der Übungsziele: Abfassen und Weitergeben von Meldungen.



Lager mit Chemikalien gestürzt. Ausströmende Gase verursachten eine Explosion. Mehrere Personen wurden dabei schwer verletzt. Gaswolken, die in die Richtung eines Wohngebietes trieben, erschwerten die Rettungsarbeiten.

Da die Krankenhäuser der Stadt und der näheren Umgebung bald keine weiteren Verletzten aufnehmen konnten, wurde in der Nähe des Schadensortes ein Hilfskrankenhaus eingerichtet.

An mehreren Häusern entstanden starke Sturmschäden. Einige Brände mußten gelöscht werden. Verschüttete und Verletzte waren zu bergen und zu versorgen. Da die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung nicht gesichert erschien, wurde ein Wasseraufbereitungszug eingesetzt. Schließlich hatte eine Ölgruppe der Feuerwehr Öl einzudämmen, das aus einem Tank auf dem Gelände der chemischen Fabrik ausgelaufen war. In den Einheiten, die an der Katastrophenschutz-Vollübung der



Der Fernmeldezug verlegt ein Fernsprechkabel.

Stadt Leverkusen teilnahmen, arbeiteten 373 Helfer des Technischen Hilfswerks, des Deutschen Roten Kreuzes und des Malteser-Hilfsdienstes. Hinzu kamen 13 Leitungsgehilfen, 45 Verletzendarsteller, 7 Schiedsrichter und die zwölköpfige Katastrophen-Abwehrleitung. Unter den Gästen sah man Oberbürgermeister Dopatka und einen Vertreter der Bayer-Werke. Mit der Vollübung „Sturm-Katastrophe“ der Stadt Leverkusen sollten die Einheiten für den Einsatz ausgebildet werden; außerdem wollte man die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fachdiensten sowie zwischen der Katastrophen-Abwehrleitung, der Technischen Einsatzleitung und den Hilfskräften erproben. Vor allem das Abfassen und Weitergeben von Meldungen der KAL, der TEL und der Einheitsführer sollte dabei eingeübt werden.

Aus Fehlern lernen

Daß im Verlauf der Übung Mängel verschiedenster Art zu beobachten waren, ist nicht erstaunlich. Es ist schließlich der Sinn einer solchen Übung, Erfahrungen zu sammeln, Fehler aufzuspüren und zu beseitigen, um einem künftigen Ernstfall gewachsen zu sein. Aus Fehlern kann man lernen. Das Katastrophenschutzamt der Stadt Leverkusen hat die Abschlußberichte der Schiedsrichter inzwischen ausgewertet und erste Konsequenzen daraus gezogen.

Eine Reihe von Fehlern und Unzulänglichkeiten waren darauf zurückzuführen, daß eine große Zahl der Helfer zum ersten Mal an einer solchen Übung teilnahm. Besonders die Bergungshelfer müssen noch intensiver in Erster Hilfe geschult werden.

Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen aus dieser Übung: Die Befehlsgebung der Einheitsführer und Funker muß erheblich kürzer gefaßt werden. Eine besondere Stabsrahmenfunktübung, die noch in diesem Jahr stattfinden wird, soll dazu beitragen, Mängel in diesem Bereich zu beseitigen.

Die Bilderfolge auf den nächsten Seiten gibt einen Eindruck von den vielfältigen Aufgaben, die die einzelnen Fachdienste des Katastrophenschutzes bei der Übung der Stadt Leverkusen zu erfüllen hatten.



Ein Helfer vom Arbeiter-Samariter-Bund schminkt die Verletzendarsteller.



Dieses Bild bietet sich den Rettungstrupps, als sie das vom Sturm schwer beschädigte Haus betreten.



Bild oben links:

Die Katastrophen-Abwehrleitung erhält die telefonische Mitteilung, daß eine Scheune in der Nähe eines Wohnhauses in Brand geraten ist. Die ZS-Feuerwehrebereitschaft der Stadt Leverkusen wird alarmiert.

Bild oben rechts:

Das Löschwasser muß aus der mehrere 100 Meter entfernten Dhünn gepumpt werden. Das gibt Gelegenheit, den Bau einer Wasserförderung über lange Strecken zu üben.

Nach kurzer Zeit: Wasser marsch!

Bild unten links:

Die Helfer von der Feuerwehrebereitschaft müssen den Scheunenbrand bekämpfen und zugleich das daneben liegende Wohnhaus vor Funkenflug sichern.

Bild unten rechts:

Hier kommt jeder Lösversuch zu spät: Das Gebäude brennt bis auf den Grund nieder.





Bild oben links:

Ein schweres Unwetter hat großen Schaden an Häusern und Fabrikanlagen angerichtet. Umgestürzte Bäume versperren den Rettungsmannschaften den Weg.



Bild oben rechts:

Aus einem beschädigten Wohnhaus müssen Verschüttete und Verletzte geborgen werden.

Alle Bewohner des Hauses, die bei dem Sturm zu Schaden gekommen sind, werden zur Verletzten-Sammelstelle gebracht.

Bild unten links:

Da das Treppenhaus dieses Gebäudes nicht mehr begehbar ist, wird ein Schwerverletzter aus dem oberen Stockwerk abgeseilt.

Bild unten rechts:

Die Helfer der ZS-Bergungsbereitschaft müssen rasch und geschickt arbeiten, da das vom Sturm beschädigte Haus einzustürzen droht.





Bild oben links:
Die Krankenhäuser der Stadt und der näheren Umgebung sind überfüllt; in einer Jugendherberge wird ein Hilfskrankenhaus eingerichtet.

Bild oben rechts:
Ein Verbandplatzzug des DRK stellt das Personal des behelfsmäßigen Hospitals.

Im Notkrankenhaus erhalten die Schwerverletzten die dringlichste ärztliche Versorgung.

Bild unten links:
Ein Helfer vom Sanitätsdienst des Malteser-Hilfsdienstes an der Verletzten-Sammelstelle.

Bild unten rechts:
Einsatz des vom Deutschen Roten Kreuz gestellten Sanitätszuges: Ein Schockpatient wird behandelt.





Bild oben links:

Die Gaswolken drohen in die Richtung eines Wohngebietes zu ziehen, in dem sich auch ein Altersheim befindet. Die Wasserfront soll das verhindern.



Bild oben rechts:

Verdienter Lohn nach schwerer Arbeit. Die Gemüsesuppe aus der Feldküche schmeckt allen ausgezeichnet.

Gas! Lebensgefahr! Mit Schildern und gelben Bändern wird das verseuchte Gelände abgesperrt. Es darf nur mit Schutzmasken betreten werden.

Bild unten:

Nach der Explosion in der chemischen Fabrik trifft ein ABC-Trupp an der Schadensstelle ein. Mit Hilfe des Prüfröhrchens, das zur Ausrüstung des tragbaren Prüfkastens gehört, können giftige Gase nachgewiesen werden.



Gerd Krüger

THW wacht an der Autobahn

15 mobile Posten zwischen Ulm-West und Neckarsulm

Auf Anregung der Landespolizeidirektion Nordwürttemberg wurde im vergangenen Jahr entlang der Bundesautobahn während der Verkehrsspitzenzeiten (Ostern, Pfingsten sowie an den Wochenenden zur Hauptreisezeit und während der Olympiade) ein Bereitschaftsdienst des Technischen Hilfswerks eingerichtet. THW-Helfer sollten auf Anforderung der Polizei je nach Schadenslage Sanitätsorganisationen, Feuerwehren, Autobahnmeistereien, Automobilclubs, Abschleppunternehmen usw. unterstützen. Wie soll nun der THW-Autobahnbereitschaftsdienst abgewickelt werden?

Einsatzaufgaben

Zunächst sind die vorauszusehenden Einsatzaufgaben von Bedeutung, denn ausbildungsmäßige, personelle und materielle Maßnahmen müssen sich daran orientieren. Als Anhalt wurde der folgende Aufgabenkatalog zu Grunde gelegt:

● Personenbergung aus verunglückten Fahrzeugen, wobei — entsprechend der vorgefundenen Lage — vorher unmittelbare Gefahren abzuwenden sind: lebensrettende

Sofortmaßnahmen, Erste Hilfe, Brandbekämpfung.

● Räumen der Autobahn von Unfall- und Pannenfahrzeugen, d. h. auf Seitenstreifen, Parkplätze oder Ausfahrten bringen, bzw. Fahrzeuge abschleppfähig machen.

Nachdem im Nebel an dieser Stelle 76 Fahrzeuge karamboliert waren, mußten massiert Polizei, Sanitäts- und THW-Kräfte eingesetzt werden.



- Sicherung und notfalls Einsammeln von Ladegut.
- Reinigung der Fahrbahn von ausgelaufenen bzw. freigewordenen Kraft- oder Schadstoffen, Glassplitter usw.
- Ausleuchten von Unfallstellen.

Ausbildung und Einweisung

Neben der üblichen Fachdienstausbildung ist unbedingt eine Unterweisung durch die Polizei nötig, die in der Regel bei den jeweiligen Verkehrszügen erfolgt. Diese Unterrichtung beinhaltet u. a.:

- Zusammenwirken mit der Polizei
- situationsgerechtes Verhalten auf der Bundesautobahn
- Sicherungsmaßnahmen und Unfallverhütung
- Besonderheiten im Einsatzabschnitt (Objektkunde)
- Fernmeldemäßige Zusammenarbeit und Meldewesen.

Sollten die Kenntnisse in der Ersten Hilfe (lebensrettende Sofortmaßnahmen am Unfallort) und Bekämpfung von Fahrzeugbränden einer Vertiefung bedürfen, so erfolgt die notwendige Ausbildung durch die örtlichen Sanitätsorganisationen bzw. Feuerwehren.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß die Landesstelle für den Katastrophenschutz in Baden-Württemberg auf Antrag des Landesbeauftragten kurzfristig zwei Funksprechlehrgänge für das THW ansetzte. Die Ausstattung der Einsatzfahrzeuge mit FuG 7b wurde im März 1972 abgeschlossen.

Personelle Abdeckung

An den 15 vorgeschlagenen Bereitstellungsarten in unmittelbarer Nähe der BAB — mit Einfahrmöglichkeiten in beiden Richtungen — waren Schnelltrupps (1/2) und an 4 besonders neuralgischen Punkten zusätzlich Gerätetrupps (1/1) vorgesehen. Während der Hauptreisezeit — Ferienverkehr — und der Olympiade (22. 6. bis 12. 9. 1972) waren die Bereitstellungsorte freitags von 16 bis 22 Uhr, samstags von 6 bis 14 Uhr und sonntags von 13 bis 20 Uhr zu besetzen. Ostern und Pfingsten waren die Besetzungszeiten dem Verkehrsgeschehen angepaßt. Die Bereitschaftszeiten können je nach Verkehrslage verkürzt werden.

Ausstattung der Einsatztrupps

Den 15 Schnelltrupps stehen Funkwagen (Kombi bzw. Munga) oder MLW mit für diese speziellen Einsatzbelange zusammengestellten Gerätesätzen zur Verfügung. Hierbei wurde auf die Geräte und Werkzeuge aus den bei den Ortsverbänden befindlichen Ausstattungen zurückgegriffen. Teilweise wurde durch örtlich vorhandene Spezialwerkzeuge aufgestockt. Von staatlichen bzw. kommunalen Bauämtern, Bauhöfen, Vermessungsdienststellen usw. wurden die für die Eigensicherung der Helfer nötigen Warnwesten ausgeliehen.

Die vier Gerätetrupps sind mit GKW bzw. LKW und verlastetem Gerätesatz „B“ oder „BSW“ sowie einer Zusatzausstattung (1 Trennschleifgerät, 2 Warnwesten, 2 Paar Schutzhandschuhe und 1 Sack Ölbindemittel) ausgerüstet. Sie werden bei schweren Unfällen nachgezogen und finden auch in Verbindung mit Schnelltrupps zur Hilfeleistung auf Bundesstraßen Verwendung.

Einsatzabwicklung

Die Einsätze werden auf Weisung der Polizei durchgeführt; außer bei Gefahr im Verzuge. Damit die Polizei einen Überblick über die verfügbaren THW-Kräfte hat, werden Beginn und Ende der Dienstbereitschaft jeweils über Funk dem zuständigen Verkehrszug gemeldet. Die Einsatzanforderungen werden auf dem gleichen Wege übermittelt; außer für die bei den Verkehrskommissariaten stationierten Trupps.

Bei größeren Unfällen können mehrere Trupps angefordert werden. Hier seien die „Stuttgarter Nachrichten“ zitiert: „76 Fahrzeuge kollodierten . . . Massenkarambolage im Morgennebel . . . Mit einem Großaufgebot von Krankenwagen der verschiedenen Hilfsorganisationen und mit Unterstützung des THW versuchte die Polizei im pausenlosen Einsatz, die Unfallstelle so schnell wie möglich zu räumen.“

Bei diesem Unglück eilten am Pfingstamstag THW-Kräfte der Ortsverbände Esslingen (2 Schnelltrupps), Stuttgart (je 1 Geräte- und Schnelltrupp) und Böblingen (1 Schnelltrupp) zu Hilfe. Mit dieser Form des THW-Einsatzes wird eine schnelle technische Hilfeleistung im Bereich stark frequentierten Autobahnstrecken als

Komponente zu den Sanitätsorganisationen praktiziert, denn DRK, ASB, JUH und MHD betreiben schon lange mobile Rettungswachen an solchen Verkehrswegen, um die Hilfsfristen zu verkürzen. Ob der THW-Autobahnbereitschaftsdienst zur Daueraufgabe an besonders verkehrsreichen Wochenenden wird, müssen die Erfahrungen zeigen. Bei der Auswertung wären auch die Dienstverrichtungen zu berücksichtigen, die die Unfallvorbeugung dienen. Hierzu zählen z. P. Pannenfahrzeuge, die aus dem Verkehrsraum entfernt wurden, ehe Verkehrsbehinderungen oder Stauungen mit ihren möglichen schweren Folgen (Auffahrunfällen) entstanden.

Besetzung der Bereitstellungsorte

Zwischen Ulm-West und Neckarsulm sind die Ortsverbände des THW wie folgt eingesetzt:

Ulm besetzt mit je einem Schnelltrupp die Anschlußstellen Ulm-West und Merklingen.

Geislingen/Göppingen besetzt mit einem Schnelltrupp und einem Gerätetrupp die Anschlußstelle Mühlhausen i. T.

Kirchheim besetzt mit einem Schnelltrupp die Anschlußstelle Kirchheim/T.

Esslingen besetzt mit je einem Schnelltrupp die Anschlußstellen Wendlingen und Esslingen.

Stuttgart besetzt mit einem Schnelltrupp und einem Gerätetrupp die Anschlußstelle Degerloch.

Böblingen besetzt mit einem Schnelltrupp die Anschlußstelle Vaihingen.

Leonberg besetzt mit einem Schnelltrupp und einem Gerätetrupp das Autobahndreieck Stuttgart-West/Leonberg.

Niefern besetzt mit einem Schnelltrupp die Anschlußstelle Heimsheim.

Stuttgart/Schorndorf besetzt mit einem Schnelltrupp die Anschlußstelle Stuttgart-Feuerbach.

Bietigheim/Beisigheim besetzt mit einem Schnelltrupp und einem Gerätetrupp die Anschlußstelle Ludwigsburg-N.

Backnang besetzt mit einem Schnelltrupp die Raststätte Wunnenstein.

Möckmühl/Öhringen/Weinsberg besetzt mit einem Schnelltrupp die Anschlußstelle Weinsberg/Ellhofen.

Heilbronn besetzt mit einem Schnelltrupp die Anschlußstelle Neckarsulm.

In einem Katastrophenfall ist es nicht möglich, den gesamten Informationsaustausch zwischen der Einsatzzentrale und den Einheiten am Schadensort ausschließlich über Funk abzuwickeln. Zunächst wird man versuchen, das öffentliche Fernsprechnet zu benutzen. Sind die Anschlußleitungen jedoch gestört oder gibt es in der Nähe der Schadensstelle überhaupt keine, so müssen Feldkabelleitungen verlegt werden.

Fernsprechapparate müssen deshalb sowohl für ein Fernsprechwählnetz als auch für ein Feldkabelnetz geeignet sein. Da die beiden Betriebsarten in der Bedienung und in der Schaltungstechnik wesentliche Unterschiede aufweisen, muß der verwendete Gerätetyp über eine Umschalteneinrichtung verfügen. Diese Forderung erfüllt der FF 54 OB/ZB.

Die von der menschlichen Stimme erzeugten akustischen Schwingungen (Schallwellen) werden im Mikrofon in elektrische Spannungsschwankungen umgewandelt. Der Wirkungsgrad der Umwandlung ist dabei vom Mikrofontyp abhängig.

Wird zum Beispiel ein dynamisches Mikrofon verwendet, findet eine unmittelbare Umsetzung der akustischen Energie in elektrische statt. Mit diesem Typ lassen sich aber nur geringe Sprechwechselspannungen — etwa 15 — 30 Millivolt — erzeugen, mit denen nur kurze Entfernungen überbrückt werden können. Fernsprechapparate mit dynamischen Mikrofonen kommen deshalb nur in Sonderfällen zum Einsatz, zum Beispiel auf Schiffen und in Grubenanlagen. Mit batterielosen Fernsprechapparaten ist ein Betriebsausfall kaum möglich; sie bieten deshalb ein Maximum an Betriebssicherheit.

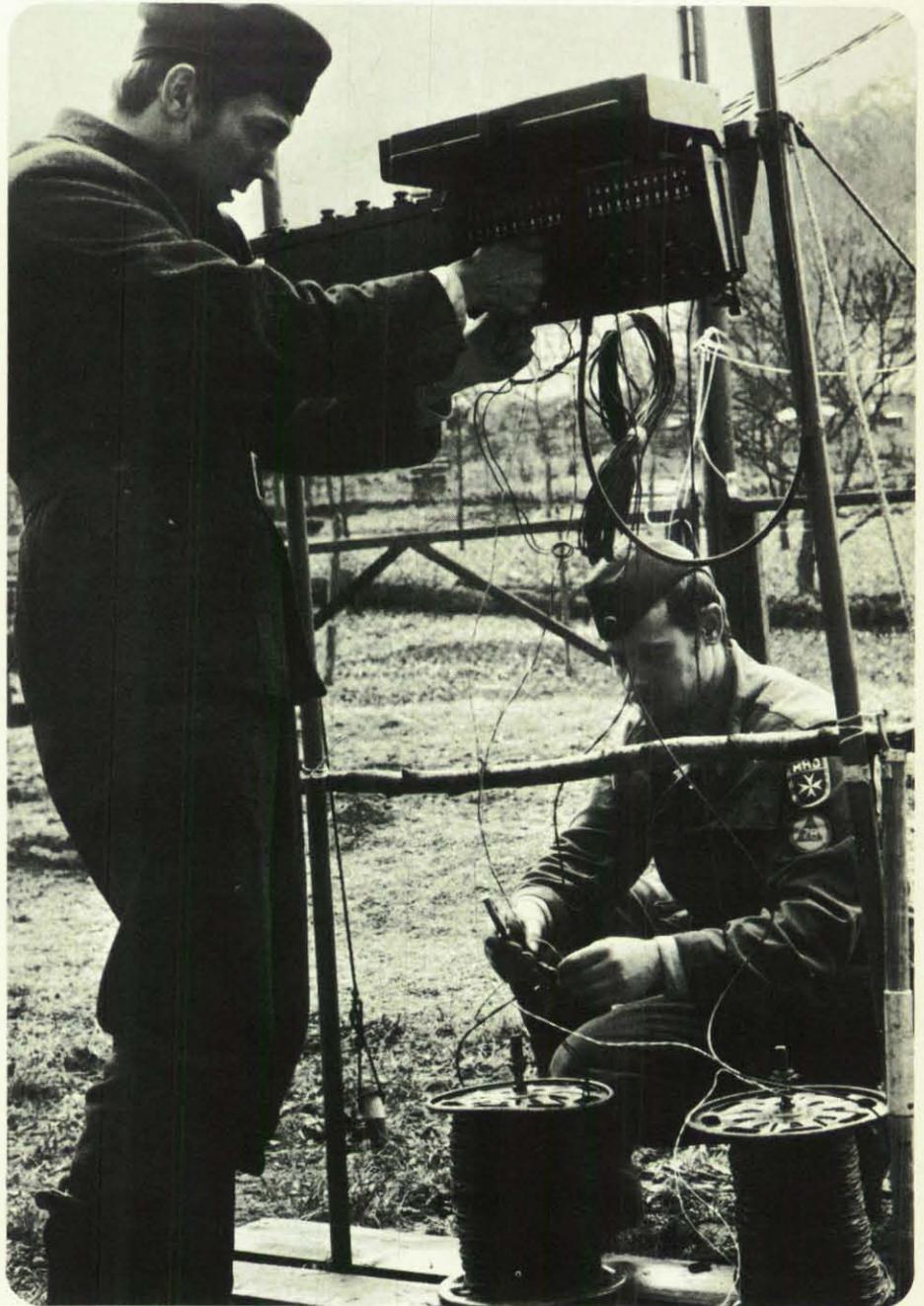
Will man Gespräche auf größere Entfernungen — ohne Verstärkereinrichtungen — übertragen, muß die Spannung wesentlich höher liegen — bis zu 1500 Millivolt. Man verwendet dann Kohlemikrophone. Die höhere Leistung wird dadurch erreicht, daß in der Leitung ein Gleichstrom fließt. Die Membrane im zwischengeschalteten Mikrofon drückt im Takt der Sprechschwingungen auf Kohlegrieß und verändert damit den elektrischen Widerstand.

Erfolgt die Einspeisung des Gleichstromes ausschließlich für eine Sprechstelle, so bezeichnet man die Stromquelle als „Ortsbatterie“, abgekürzt „OB“. Werden dagegen

Ing. (grad.) Willi Klingebiel

Informationsaustausch in allen Situationen

Betrieb und Einsatz
des Feldfernsprechers 54 OB/ZB



Fernmelder vom Malteser-Hilfsdienst beim Anklemmen der Leitungen.



Feldfernsprecher 54 OB/ZB, betriebsbereit zur Anschaltung an ein Feldkabelnetz.

alle Fernsprengeräte eines Netzes von einer zentralen Batterie versorgt, erhält diese die Bezeichnung „Zentralbatterie“ (ZB). Nach diesem Prinzip arbeiten alle Fernsprechwählnetze und in einigen Fällen noch interne handbediente Fernsprechvermittlungen.

Da beim OB-Betrieb jeder Apparat über eine eigene Gleichstromquelle verfügt, ist der FF 54 OB/ZB mit einem Batteriebecher zur Aufnahme von zwei Monozellen mit je 1,5 Volt ausgerüstet, so daß eine Gesamtspannung von 3 Volt zur Verfügung steht. Der Strom fließt erst nach Drücken der Handtaste.

Da Zentralbatterien Spannungen von 24 bis 60 Volt aufweisen, wäre die am einzelnen Mikrofon liegende Spannung trotz Spannungsverlust in der Leitung und Drosselung im Fernsprechapparat wesentlich höher

als bei der OB-Schaltung. Der FF 54 OB/ZB verfügt daher über eine Umschalteneinrichtung. Zur Umstellung von OB- auf ZB-Betrieb wird die Gabelauflage herausgeklappt. Während im eingeschwenkten Zustand auf der Gabeltraverse die Bezeichnung „OB“ zu lesen ist, wird nach dem Umlegen die Markierung „ZB“ sichtbar.

Beim Schwenken der Gabelauflage wird im Innern ein Schalter betätigt, der die notwendigen Änderungen beim Übergang von OB- auf ZB-Betrieb vornimmt.

Bei Übungen wird leider immer wieder beobachtet, daß Fernmeldekräfte über diese grundsätzlichen Unterschiede nicht ausreichend unterrichtet sind. Falsche Einstellung der Gabelauflage führt zwangsläufig zu einer Verzögerung beim Aufbau der Fernmeldeverbindung.

Mit dem FF 54 OB/ZB können in jedem Fernsprechwählnetz Gespräche angenommen werden. Um selber Gespräche führen zu können, muß das Gerät zusätzlich mit einem Nummernschalter ausgestattet sein.

Bei der Wahl der Ziffer 0 z. B. werden vom Nummernschalter 10 Impulse innerhalb 1 Sekunde erzeugt. Jeder einzelne Wählimpuls beginnt mit einer Kontakteröffnungszeit von 62 Millisekunden und endet mit einer Kontaktschließungszeit von 38 Millisekunden. Weil der Regelmechanismus zur Steuerung der Ablaufzeit verschmutzen kann, empfiehlt es sich, den Nummernschalter einmal im Jahr zu überprüfen. Bei größeren Überschreitungen der Impulszeiten kommt es zwangsläufig zu Fehlverbindungen.

Am Nummernschalter muß eine Erdtaste angeschlossen sein. Erst dann darf eine Amtsleitung benutzt werden. Nur bei einem geringen Erdübergangswiderstand ist das Drücken der Taste möglich. Behelfsmäßige Erdungen erfüllen diese Bedingungen oft nicht.

Im OB-Betrieb kann auch eine Vermittlung hergestellt werden. Der FF 54 OB/ZB ist für diesen Zweck mit zwei Vermittlungsklinken und einer Vermittlungsschnur ausgestattet. Bei der Verbindung muß beachtet werden, daß sich die Dämpfungen der beiden Strecken addieren. Außerdem bleiben die beiden Fernsprecher an der Vermittlungsstelle als Verbraucher in der Leitung, das zu einer weiteren Dämpfung der Lautstärke führt. Bei Fernsprechwählsystemen mit elektronischen Bauteilen ist die herkömmliche Zifferwahl viel zu aufwendig. Um die hohe Arbeitsgeschwindigkeit solcher Anlagen ausnutzen zu können, wird der Nummernschalter durch ein Tastenfeld ersetzt. Die Wählinformation wird dabei durch Kombinationen von Schaltkriterien gebildet. Für die Kennzeichnung einer Ziffer reicht eine Tastwirkdauer von 50 Millisekunden aus. Damit der FF 54 OB/ZB auch in einem solchen System verwendet werden kann, muß der Austausch des Nummernschalters gegen ein Tastenfeld möglich sein. Dieses Zusatzteil wird erforderlich, wenn die neuen Fernsprechwählsysteme eine größere Verbreitung gefunden haben. Bei einem Katastropheneinsatz in einem Bereich mit elektronischer Vermittlungsstelle kann der Nummernschalter nicht mehr eingesetzt werden, sondern es muß das beschriebene Tastenfeld verwendet werden.



Aufsteckbarer Nummernschalter und Erdtaste mit Anklemmleiste.

Helmut Freutel

Weite Verwendung auf engem Raum

Die Handhabung des Bergetuches beim Transport von Verletzten

Fotos: Günter Sers



So kann ein einzelner Helfer im Notfall und bei äußerster Gefahr einen Verletzten aus der Gefahrenzone schleifen. Dabei stecken die Füße in den unteren Handgriffen, um ein Abgleiten des Verletzten zu verhindern.

Zur Ausrüstung des Bergedienstes, der Selbstschutzzüge und des betrieblichen Katastrophenschutzes gehört das Bergetuch. Aber man findet es auch in der Ausstattung von Feuerwehren und Sanitätsstellen; kurzum: überall dort, wo sich Hilfs- und Einsatzkräfte bereithalten, um bei Unglücks-, Brand- oder Schadensfällen Menschen zu bergen und zu retten. Das Bergetuch ist verwandt mit der Krankentrage. Aber es soll und kann diese nicht ersetzen. Vielmehr bildet es

dazu eine in besonders gelagerten Fällen sogar unverzichtbare Ergänzung. Überall dort, wo aus Raumnot eine Krankentrage nicht benutzt werden kann, z. B. bei der Bergung von freigelegten Verschütteten aus engen, vertrümmerten Räumen zerstörter Häuser oder Wohnungen, beim Transport Verletzter über enge Treppen, oder bei einer vertikalen Bergung in beengten Verhältnissen. Ein Bergetuch nach DIN 13 040 besteht aus einem rechteckigen Stück Segel-

tuch. Seine Länge beträgt 1 950 mm und seine Breite 700 mm. An beiden Längsseiten befinden sich je drei Tragschlaufen aus Gurtband und Leinen-Segeltuch, in die Gummischläuche als Griffe eingerollt sind. Die beiden Umschläge an den Längsseiten lassen ein Durchschieben von Tragestangen zu, so daß das Bergetuch behelfsmäßig wie eine Krankentrage benutzt werden kann. In beengten Raumverhältnissen werden sich auch nur

wenige Helfer um den Transport Verletzter kümmern können. Im äußersten Notfall oder bei unmittelbarer Gefahr kann aber selbst ein einziger Helfer mit einem Bergetuch einen Verletzten aus dem Gefahrenbereich schleifen. Die Bilder dieser Seiten geben einen Einblick in die vielseitige Verwendbarkeit des Bergungstuches. Die Aufnahmen entstanden an Schulen des Bundesverbandes für den Selbstschutz.



2

Bild 2
Lassen die Verletzungen des Geborgenen es zu, kann ein einzelner Helfer den zu Transportierenden auch huckepack befördern. Der Verletzte sitzt auf dem Bergetuch wie in einem Sack, aus dem Kopf und Gliedmaßen herausragen.

Bild 3
Hier transportieren zwei Helfer den Verletzten im sogenannten Tragesitz. Dazu wird zunächst das Bergetuch so zusammengelegt, daß später der daraufgelegte Verletzte wie auf einem Stuhl sitzend getragen werden kann.

Bild 4
Der Transport eines Verletzten durch drei Helfer ist relativ einfach. Da der Helfer am Fußende zum Tragen nur eine Hand benötigt, kann er mit der anderen kleine Hindernisse beseitigen, Türen öffnen oder Leuchten tragen.

Bild 5
Die Art und Weise, wie ein Verletzter auf das Bergetuch gelegt werden muß, hängt ab von der Art der Verletzungen und von den Umständen, die die Möglichkeiten des Transportes bestimmen. Leicht anwendbar ist dieser Rautek-Griff.

Bild 6
Hier wird der „Tragesitz“ vorbereitet. Dazu wird das Bergetuch so zusammengelegt, daß an beiden Längsseiten die Handgriffe des Fußendes auf den mittleren Griffen zu liegen kommen. Dann wird der Verletzte auf das verkürzte Bergetuch gelegt.



3



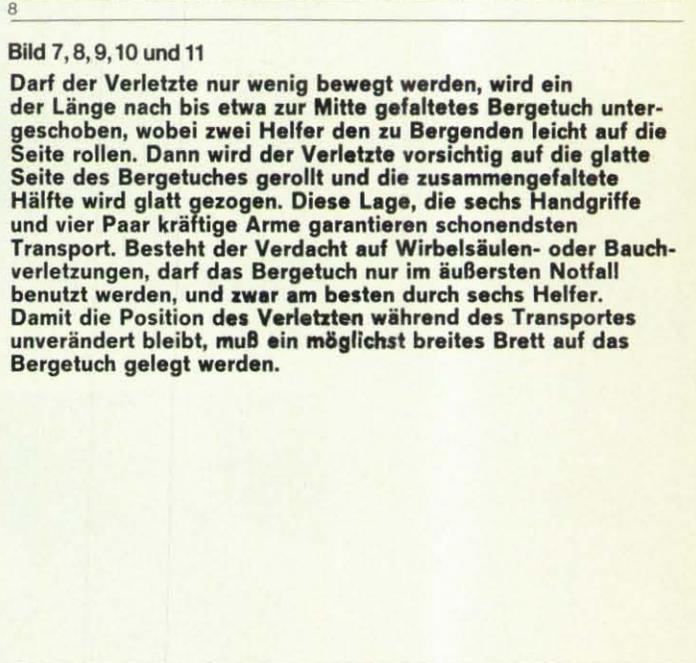
4



5



6



7

9

10

8

11

Bild 7, 8, 9, 10 und 11

Darf der Verletzte nur wenig bewegt werden, wird ein der Länge nach bis etwa zur Mitte gefaltetes Bergetuch untergeschoben, wobei zwei Helfer den zu Bergenden leicht auf die Seite rollen. Dann wird der Verletzte vorsichtig auf die glatte Seite des Bergetuches gerollt und die zusammengefaltete Hälfte wird glatt gezogen. Diese Lage, die sechs Handgriffe und vier Paar kräftige Arme garantieren schonendsten Transport. Besteht der Verdacht auf Wirbelsäulen- oder Bauchverletzungen, darf das Bergetuch nur im äußersten Notfall benutzt werden, und zwar am besten durch sechs Helfer. Damit die Position des Verletzten während des Transportes unverändert bleibt, muß ein möglichst breites Brett auf das Bergetuch gelegt werden.



Wenn ein Verletzter aus einem Schacht oder durch einen Deckendurchbruch vertikal geborgen werden muß, ist das Bergetuch als „Rettungssack“ zu verwenden. Das zwischen den Beinen liegende und vor und hinter dem Körper hochgenommene Tuch bildet den „Sack“, an dessen Griffpaare zum Hochziehen oder Ablassen je ein Fangleinende mit Mastwurf angeschlagen wird. Die während des Schwebens entstehenden Pendelbewegungen können verhindert werden, indem weitere Helfer mit Arbeitsleinen, die an den Mittelgriffen befestigt werden, für entsprechenden Ausgleich sorgen.



Durch die beiden Umschläge an den Längsseiten können tragfähige Holme geschoben werden, wodurch das Bergetuch zu einer Behelfstrage wird. Soll ein Verletzter liegend über schwer begehbare Hindernisse, z. B. Trümmer, transportiert werden, muß er auf dem als Trage hergerichteten Bergetuch festgebunden werden. Zu einem solchen Transport sind sechs Helfer erforderlich. Wegen des schwer zu begehenden Untergrundes tragen die Helfer den Verletzten nicht, sondern reichen ihn auf der Trage in Transportrichtung weiter, wobei jeweils die vier Helfer, die die Trage halten, festen Stand haben müssen. Die beim Weiterreichen am hinteren Ende der Trage freiwerdenden Helfer begeben sich vor das vordere Ende der Trage, sorgen für sicheren Stand und übernehmen beim Weiterreichen die Trage an den vorderen Haltegriffen. Schwerverletzte können mit dem Bergetuch unter Verwendung von Brettern und bei Polsterung der Wundstellen in eine „Ganzkörperschiene“ eingebunden werden. Dabei muß der Schwerverletzte durch Festbinden gesichert werden. Ganz gleich, welche Methode des Transportes angewandt wird, Verletzte sollten möglichst immer mit den Füßen voraus transportiert werden. Stellt man fest, daß der Zustand der Verletzten durch Veränderung ihrer Körperlage verschlimmert wird, ist das Bergetuch nur so lange zu verwenden, bis die Verhältnisse den Gebrauch einer Trage zulassen.

Wolfram Such, Dipl.-Ing.

Dynamischer Konsum auf dem Energiemarkt

Was wird zur Sicherstellung von Gasversorgung und -speicherung getan?

Der Energiehunger unserer Industriegesellschaft ist riesig und wird unaufhörlich größer. Das gilt für alle hochindustrialisierten Staaten der Erde. Die Ursache hierfür liegt im Wachstum der industriellen Produktion, die — was zumindest die sog. entwickelten Nationen anbelangt — einhergeht mit der Steigerung des Lebensstandards und mit Veränderungen in den Bedürfnissen und Gewohnheiten der Bevölkerung.

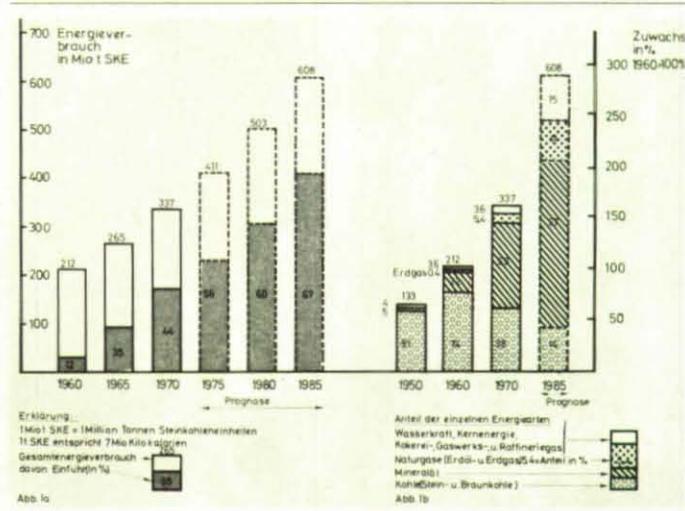
Wachstum des Energieverbrauchs

Die Abbildung 1a zeigt in Säulendarstellung den Anstieg des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahre 1960 und unternimmt eine Schätzung bis zum Jahre 1985:

So hat sich im Zeitraum von 1960 bis 1970, d. h. also innerhalb von 10 Jahren, der Verbrauch an Energie auf mehr als das Eineinhalbfache erhöht, und bis zum Jahre 1975 ist praktisch mit einer Verdoppelung gegenüber 1960 zu rechnen. In nochmals 10 Jahren, also bis zum Jahre 1985, wird sogar nahezu eine Verdreifung des Energieverbrauchs gegenüber dem Jahr 1960 vorausgesagt.

Vormarsch von Erdöl und Erdgas

Diese Entwicklung, die bisher ohne Beispiel ist, wird begleitet von einer

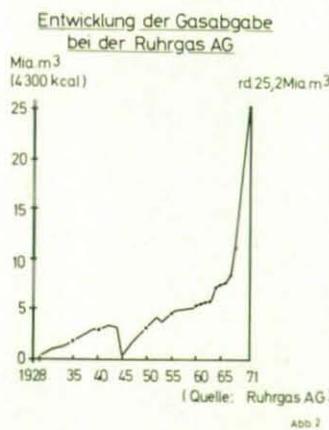


tiefgreifenden Umgestaltung des Energiemarktes.

Sie äußert sich in einem starken Rückgang des Anteils der sog. „klassischen“ Energieträger, vor allem der Steinkohle. Wie uns allen täglich aufs Neue vor Augen geführt wird, hat die Kohle ihre überragende Stellung auf dem Energiemarkt eingebüßt. Ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch in der Bundesrepublik schrumpfte von rd. 91 % im Jahre 1950 auf ca. 38 % im Jahre 1970, und nach den Voraussagen der Energiefachleute wird sich ihr Anteil im Jahre 1985 bei nur noch etwa 14 % bewegen.

„Nutznießer“ an diesem uns besten bekannten Dahinsiechen der bisher wichtigsten heimischen Energie sind mehrere Energiearten: Da ist zunächst einmal das Mineralöl, das nicht nur auf der Motorisierungswelle reitend inzwischen bei uns als wichtigster Energieträger in den Vordergrund getreten ist.

Das Mineralöl in seinen wichtigsten Formen, dem Heizöl und Benzin, stellt heute mehr als die Hälfte unseres Gesamtenergieverbrauches sicher. Dieser Anteil wird sich jedoch — wie die Abbildung 1b verdeutlicht — nicht mehr im gleichen Maße erhöhen. Ein neuer zukunfts-trächtiger Energieträger ist in Konkurrenz zu Kohle und Mineralöl getreten: das Erdgas.



Während das Erdgas im Jahre 1960 zu dem Gesamtenergieverbrauch in der Bundesrepublik ganze 0,4 % beisteuerte, konnte es seinen Anteil auf dem Energiemarkt im Jahre 1970 auf nahezu das Fünfzehnfache, nämlich auf 5,4%, steigern. Bis zum Jahre 1985 wird sich sein Marktanteil voraussichtlich nahezu auf das Dreifache, nämlich bis auf etwa 14 %, erhöhen. In der Dynamik des Wachstums ist es damit annähernd vergleichbar nur mit der Kernenergie.

Die in Abbildung 2 dargestellte Kurve über die Entwicklung der Gasabgabe bei der Ruhrgas AG, einem der größten deutschen Ferngasversorgungsunternehmen, vermittelt einen Eindruck vom geradezu explosionsartigen Wachstum des Gasverbrauches in der Bundesrepublik in den letzten Jahren. Die Gasversorgungsgesellschaften können die Nachfrage nicht in vollem Umfange befriedigen. Sie müssen ständig nach neuen Gasvorkommen und Liefermöglichkeiten suchen.

Wettlauf um das Erdgas

In den letzten Monaten häuften sich deshalb nicht von ungefähr Meldungen wie folgende in der Tagespresse:

15. 12. 1972: Abschluß eines Erdgasliefervertrages zwischen der algerischen Staatsgesellschaft Sonatrach und einer Gruppe von Gasversorgungsunternehmen aus verschiedenen

europäischen Ländern, darunter einiger besonders in Süd- und Westdeutschland tätigen Gesellschaften. Die Erdgaslieferungen aus Algerien sollen im Jahre 1977 beginnen und voraussichtlich im Jahre 1980 die vorgesehene Jahresmenge von maximal 13 Mia m³ erreichen. Über die Transportwege für das Erdgas besteht allerdings noch keine Einigkeit.

Dezember 1972: Vereinbarung zwischen der amerikanischen Placid International Oil Ltd. und einer Gruppe deutscher Gasversorgungsunternehmen, darunter der Ruhrgas AG in Essen, über die Lieferung von Erdgas aus dem Gebiet des holländischen Festlandsockels der Nordsee nordwestlich der Insel Texel.

Das inzwischen von der holländischen Regierung trotz der vertraglichen Regelung ausgesprochene Verbot versieht im Augenblick allerdings dieses Vorhaben, wonach über eine etwa 200 km lange Transportleitung durch das Wattenmeer bis nach Emden von Januar 1975 an jährlich rd. 6 Mia m³ Erdgas in die Bundesrepublik strömen sollen, mit einem Fragezeichen.

Unmittelbar vor dem Jahresende 1972 konnten die langwierigen Verhandlungen über den Bezug von Erdgas aus der Ekofisk-Felderguppe in der Nordsee vor dem Festland Norwegens mit positivem Ergebnis zu Ende geführt werden. Über eine etwa 400 km lange Leitung auf dem Meeresgrund sollen ab 1. Oktober 1975 jährlich rd. 10 Mia m³ Erdgas bis zur deutschen Küste in den Raum Emden transportiert werden. Ab Herbst 1973 wird sowjetisches Erdgas in die Bundesrepublik strömen. Nach einer mehrjährigen Anlaufzeit werden jährlich künftig rd. 7,7 Mia m³ Erdgas geliefert.

Bevor wir auf die Gründe für das beispiellose Ansteigen des Erdgasverbrauches eingehen, sei kurz die Frage beantwortet:

Was ist überhaupt Erdgas?

Erdgas ist ein Naturprodukt, das bis zu mehreren tausend Metern Tiefe unter der Erde lagert. Es verdankt seine Entstehung ähnlichen Bedingungen wie das Erdöl: Tierische und pflanzliche Lebewesen, deren Reste sich vor Jahrmillionen als Schlamm auf dem Grund riesiger Ozeane absetzten, wurden anschließend von festen und lockeren Gesteinen überlagert. Bei dem herrschenden hohen Druck und unter Luftabschluß setzte ein chemischer Umwandlungsprozeß ein. Hierbei bildeten sich aus den organischen Substanzen der abgestorbenen Meeresbewohner gasförmige Kohlenwasserstoffverbindungen, die wir als Naturgase bezeichnen. Sie befinden sich in größerer Tiefe und stehen unter einem hohen Druck. Beim Anbohren dieser Schichten kommt es häufig zu explosionsartigen Gasausbrüchen. Dabei trifft man das Erdgas häufig in weiter Entfernung vom Ort seiner Entstehung an. Es ist im Laufe der Jahrmillionen über weite Strecken durch die porösen Gesteine (z. B. Sandstein) gewandert, bis es unter einer für das Gas undurchlässigen Gesteinsschicht wie in einer „Falle“ festgehalten wurde.

Vorzüge des Erdgases

Erdgas bietet dem Verbraucher viele Vorteile:

Als Brennstoff ist es universell und überall verwendbar. Erdgas ist leicht zu handhaben, bequem und arbeitssparend, liefert schnelle Wärme, läßt sich spielend regulieren, es ist umweltfreundlich, enthält keine Verunreinigungen und ist praktisch ungiftig (reine Luft), verbrennt ruß- und rauchlos, hinterläßt bei der Verbrennung keine Rückstände, erfordert keine Vorratshaltung beim Verbraucher. Der Verbraucher entnimmt die benötigte Energiemenge zu jeder Zeit aus dem Netz des Versorgungsunternehmens, spart dabei Lagerplatz und -kosten.

Auf die zuletzt genannten Gesichtspunkte werden wir noch einzugehen haben. Die geschilderten Vorzüge haben dem Erdgas nicht nur den industriellen und gewerblichen Energiesektor erschlossen, sondern verschaffen ihm — ganz besonders in den letzten Jahren — Eingang

in Millionen von Haushalten als saubere Energie zum Kochen, Backen, zur Warmwasserbereitung, Kühlung und in erster Linie auch zum Heizen.

Abhängigkeit von Einfuhren

Die Folgen dieser Entwicklung sind besonders in zweierlei Hinsicht bedeutungsvoll: Da ist zunächst einmal das starke Anwachsen der Energieeinfuhr in die Bundesrepublik, was Abbildung 1a verdeutlicht. Während im Jahre 1960 erst lediglich 12% des Energieverbrauches in der Bundesrepublik durch Einfuhren gedeckt wurden, waren es 1965 bereits mehr als ein Drittel und werden es im Jahre 1975 mehr als die Hälfte sein. Für 1985 wird sogar mit einem Einfuhranteil von etwa zwei Drittel des Gesamtenergieverbrauches gerechnet.

Beim Mineralöl und dem Erdgas, den beiden Energiearten mit den größten Wachstumsraten, ist der Anteil der Eigenförderung in der Bundesrepublik bescheiden. Abbildung 3 gibt eine Übersicht über die Erdgasversorgung der Bundesrepublik und zeigt die auf einige Gebiete begrenzten Eigenvorkommen (A bis D). Die Entdeckung neuer Erdgaslagerstätten vermag mit der Verbrauchsentwicklung nicht mehr Schritt zu halten. Die Suche wird immer schwieriger und aufwendiger, die Erfolgsaussichten werden trotz Ausdehnung der Suche auf größere Flächen und Tiefen geringer. Abbildung 4 zeigt als Vergleich für drei hochindustrialisierte Staaten, die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande, das Verhältnis des Erdgasverbrauches im Jahre 1970

Die Erdgasversorgung der Bundesrepublik



Erdgasverbrauch und sichere Reserven 1970

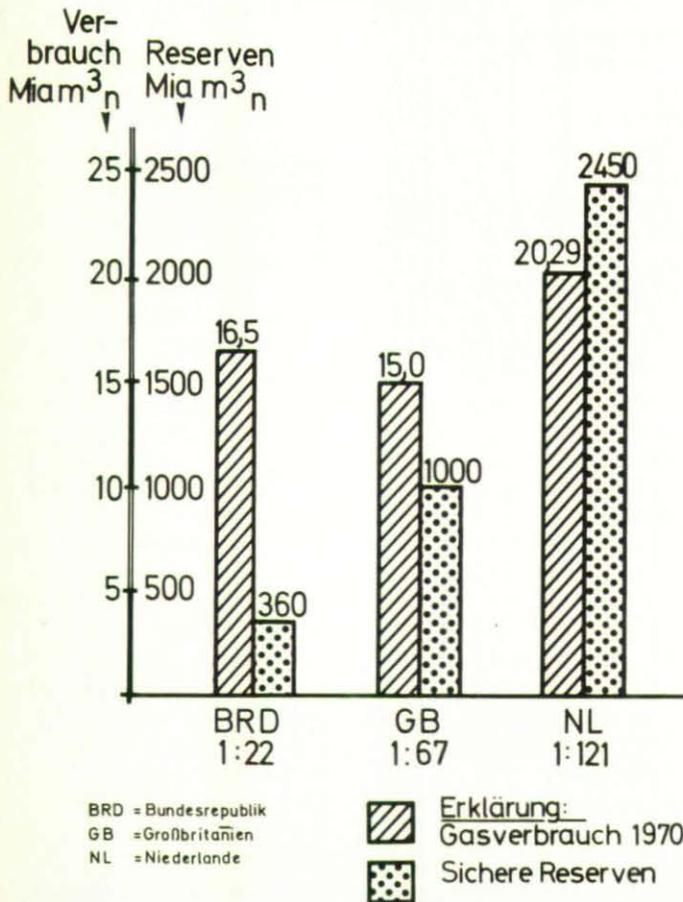


Abb.4

zu den während dieses Zeitpunktes als sicher bekannten Reserven. Für die Bundesrepublik ist das Verhältnis mit 1:22 am ungünstigsten, d. h. der Verbrauch im Jahre 1970 belief sich auf rd. 4,6% des Inhaltes der uns bekannten Lagerstätten. Wenn keine neuen ausbeutungsfähigen Erdgasvorkommen in der Bundesrepublik entdeckt werden sollten, wären also beim Verbrauch des Jahres 1970 ohne Einfuhr von auswärts unsere Erdgasreserven in rd. 20 Jahren erschöpft.

Verbrauchsschwankungen

Der gerade in den letzten Jahren explosionsartig angestiegene Gasverbrauch ist in hohem

Maße auf die immer mehr in den Vordergrund tretende Verwendung von Erdgas in den Haushalten und der Wirtschaft zur Raumheizung zurückzuführen. Hierdurch entstehen immer größere Schwankungen im Gasverbrauch.

In den vergangenen etwa 30 Jahren war in erster Linie die Industrie, vorrangig die Großindustrie, Hauptabnehmer von Gas. Die Industriebetriebe haben einen verhältnismäßig gleichmäßigen Verbrauch. Zahlreiche Betriebe nehmen infolge der Schichtarbeit und wegen der oft auch an den Wochenenden ununterbrochenen Produktion dauernd verhältnismäßig hohe Gasmengen ab. Die Abgabe an die Haushalte erfolgte früher fast ausschließlich zu Koch-

zwecken. Deshalb waren die Schwankungen im Gasbedarf in der Vergangenheit verhältnismäßig gering.

Ausgleich von Tagesverbrauchsschwankungen

Zum Ausgleich der Schwankungen im Laufe des Tages dient teilweise das Volumen der Gasverteilungsleitungen in Verbindung mit Behältern aus Stahl, die uns allen bekannt sind, da sie mit ihrer typischen Silhouette „das städtische Gaswerk“ schlechthin markierten. Die Abbildung 5a zeigt schematisch einen Glockengasbehälter, bei welchem das eingeblasene Gas eine Stahlglocke je nach Füllungsstand mehr oder weniger hoch aus einem „Wasserbad“ heraushebt.

Beim Scheibengasbehälter (siehe Abbildung 5b) bewegt das gespeicherte Gas die auf Rollen an der Behälterinnenwand geführte Abdeckscheibe je

nach Gasinhalt herauf oder herunter. Den Schnitt durch einen modernen Kugelgasbehälter zeigt die Abbildung 6, der aufgrund der Tatsache, daß man in Gas unter hohem Druck — im Beispiel unter 12 bar (früher: 12 atü) — einpressen kann, eine weit größere Gasmenge speichert. (Der abgebildete Behälter mit einem geometrischen Volumen von $20\,000\text{ m}^3$ erlaubt z. B. die Speicherung von $20\,000 \times 12 = 240\,000\text{ m}^3$ Gas).

Derartige Gasbehälter können wegen ihres letztlich recht beschränkten Speichervolumens bestenfalls einen Ausgleich in den Tagesschwankungen herstellen.

Schwankungsrhythmus

Das stürmische Ansteigen des Gasverbrauches zu Heizzwecken führt zu einer ausgesprochenen Abhängigkeit des Gas-

Prinzipischnitten

Glockengasbehälter

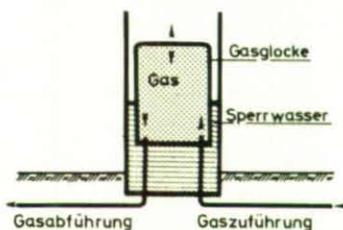


Abb. 5a

Scheibengasbehälter

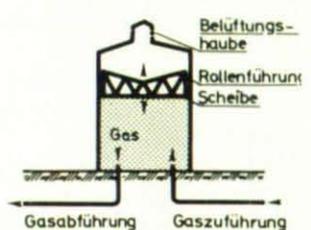


Abb. 5b

Prinzip eines Kugelgasbehälters

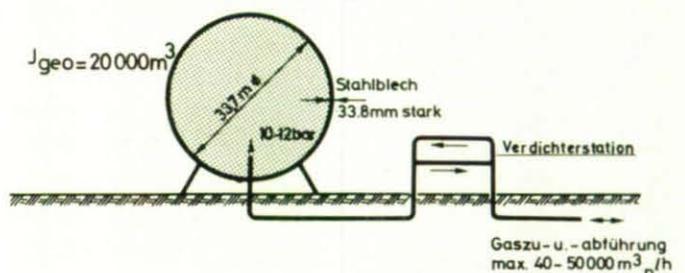


Abb. 6

verbrauches von der Außentemperatur, der Tageszeit, dem Wochentag und der Jahreszeit.

Die Abbildung 7 veranschaulicht die außerordentlich starken Unterschiede in der Gasabgabe aus dem Netz eines der großen deutschen Ferngasversorgungsunternehmen im Laufe einer Sommer- und Winterperiode:

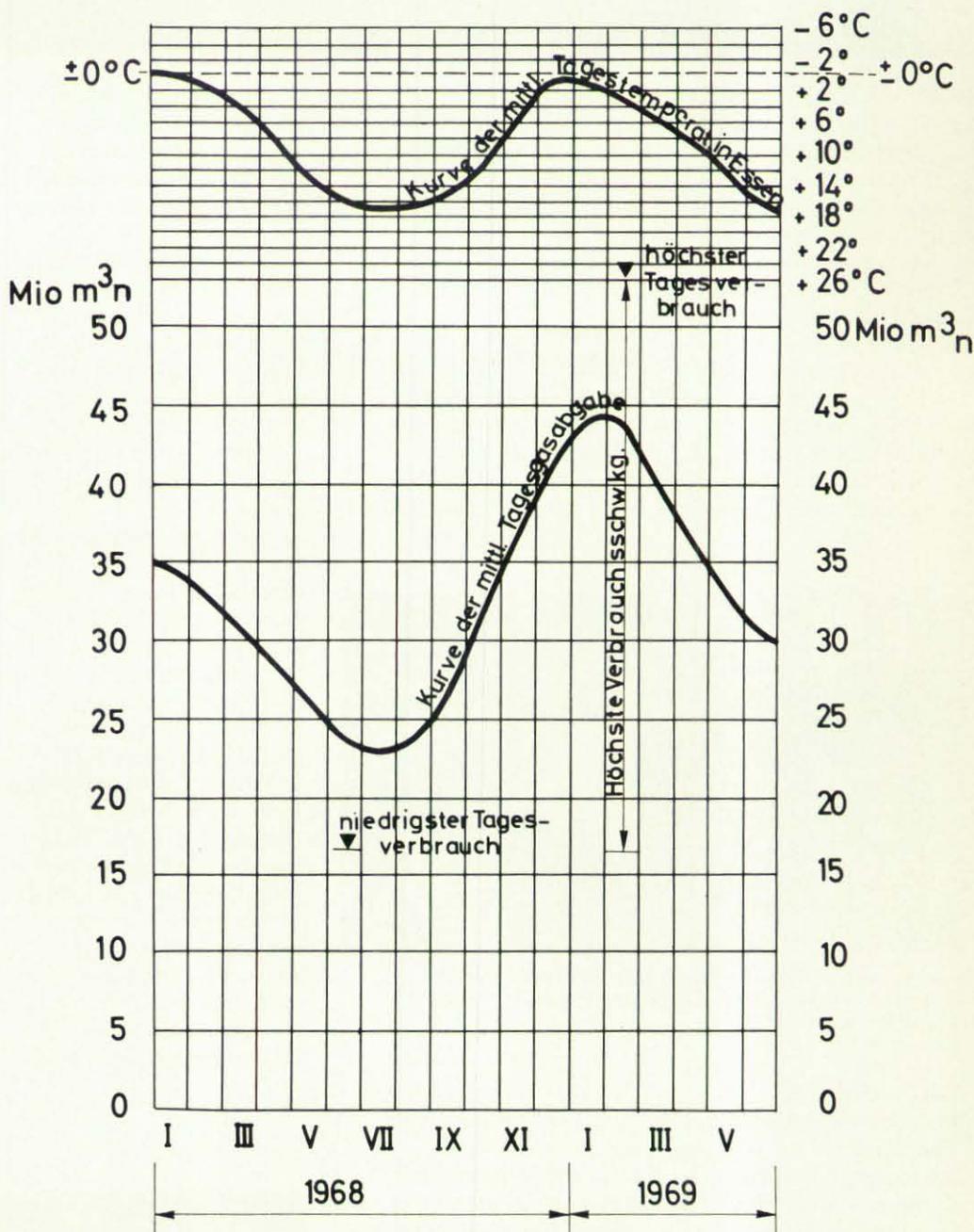
Das „Sommertief“ in den Monaten Juni bis August hebt sich ab vom „Winterhoch“. Ein Vergleich — der im Kurvenbild allerdings nicht aufgetragen ist — Tagesverbrauchs-mengen zeigt, daß bei Unterschreitung einer ganz bestimmten Außentemperatur — sagen wir unter + 16 oder 17° C — der Gasverbrauch zu Heizzwecken steil ansteigt. Dabei unterscheidet sich der niedrigste Tagesverbrauch im Sommer vom höchsten Tagesverbrauch im Winter wie etwa 1:3,5.

Diese Verbrauchsschwankungen werden sich noch vergrößern. Für das Jahr 1975 rechnet man mit einem Erdgasverbrauch, der vier- bis fünfmal so groß ist wie der heutige.

Davon wird voraussichtlich allein ein Anteil von etwa 50 % Prozent auf die Raumheizung entfallen.

Wenn es vielleicht noch gelingen sollte, die Verbrauchsschwankungen im Laufe eines Tages durch oberirdische Gasbehälter und zu einem gewissen Teil auch durch das Speichervolumen in den Hochdruck-Gasleitungen zu puffern — bei „Entspannung“ einer ca. 350 km langen Leitung von 90 cm Durchmesser von 70 auf 20 bar kann aus ihr etwa die Jahresverbrauchsmenge einer Stadt von 70 000 Einwohnern entnommen werden — so ist der Ausgleich jahreszeitlicher Schwankungen mit solchen Methoden völlig unmöglich.

Tagesabgabe der Ruhrgas A-G in Abhängigkeit von der Tagestemperatur



(Quelle: Ruhrgas aktuell)

Abb.7

Spitzengaserzeugung

Zur Abdeckung relativ kurzer Perioden mit Spitzenverbrauch setzen Gasversorgungsunternehmen sog. Spaltgasanlagen ein, in denen

z. B. aus leichten Kohlenwasserstoffen, wie Butan oder Rohbenzin, bei etwa 450° bis 500° C mit Wasserdampf ein Gas mit ähnlichen Brenneigenschaften wie das Erdgas gewonnen wird. In anderen

Anlagen wird z. B. Propan mit Luft vermischt und das entstandene Gas zu Spitzenverbrauchszeiten kurzfristig zusätzlich in das Netz eingespeist.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Gerd Krüger

Geschult und ausgerüstet für schnelle Hilfe

Instandsetzungsdienst – eine spezielle Aufgabe für das THW

Außer dem Bergungsdienst hat das THW den Instandsetzungsdienst (ID) aufzustellen. Fachdienstaufgaben sollen nämlich in erster Linie Einheiten und Einrichtungen derjenigen Organisationen übertragen werden, die nach ihren friedensmäßigen Aufgaben und nach ihren personellen und materiellen Möglichkeiten dazu befähigt sind. Diese Aufgabenstellung ist für das THW nicht neu, wurden doch bisher schon

Das Helfer- und Ausstattungspotential der genannten technischen Einsatzzüge steht jetzt als Basis für die Instandsetzungszüge zur Verfügung.

Notwendige Vorbereitung

Die reibungslose Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Abwasserbeseitigung sind heute eine Selbstverständ-

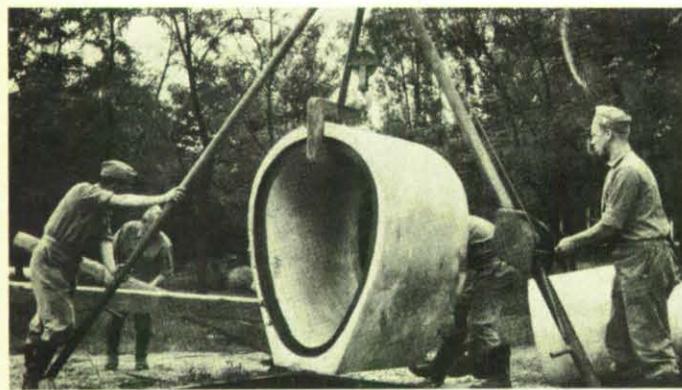
fallen (Unwetter, Sturm, Hochwasser, Sabotage, Waffenwirkung), da dann eine Vielzahl von Schäden auftreten, die nicht mehr mit dem Personal der Versorgungsbetriebe und deren Vertragsfirmen abgedeckt werden kann. In diesem Zusammenhang seien nur zwei Fälle aufgeführt: Nach den Luftangriffen im Juli 1944 in Stuttgart wurden etwa 1 500 Rohrnetzschäden festgestellt.

Aus dem amtlichen Bericht über die Tornado-katastrophe von Pforzheim am 10. 7. 1968: . . . „Obus- beleuchtungen, Straßen- beleuchtungen und Elektrizitätsfreileitungen wurden im Katastrophengebiet weithin zerstört.“ Im Raum Pforzheim kam das THW mit B-Einheiten und TD-Einheiten zum Einsatz. Letztere leisteten an zwei Tagen wirksame Mithilfe bei der Instandsetzung des E-Netzes (Stellen von Masten, Setzen von Dachständern, Montieren von Hausanschlüssen, Verdrahtungsarbeiten usw.).

Beide Beispiele weisen auf die Bedeutung des I-Dienstes hin.

Die Aufgaben

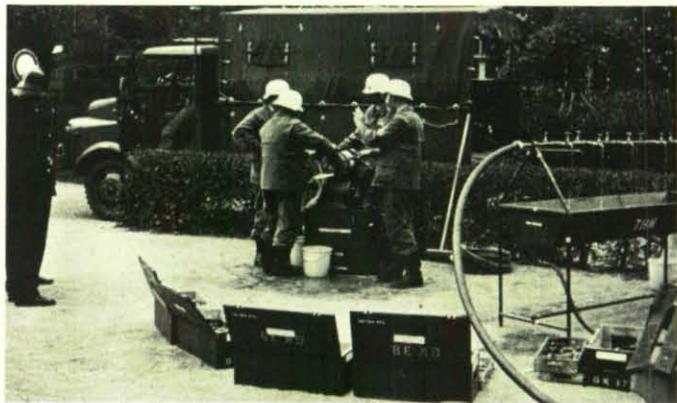
Die Aufgaben des I-Dienstes sind in der KatS-Org-VwV niedergelegt. Sie lauten: „Der I-Dienst führt zur Behebung von Gefahren und Notständen unauf-schiebbare behelfsmäßige Instandsetzungsarbeiten, insbesondere an Versorgungsleitungen (Elektrizität, Gas, Wasser, Öl) und Abwassernetzen durch, die zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung sowie zur Fortführung lebenswichtiger Betriebe dringend notwendig sind.“ Im folgenden wird festgelegt, daß sich der I-Dienst in Züge gliedert, die aus Zugtrupp sowie je einer Instandsetzungsgruppe E (Elektrizität), GW (Gas-Wasser) und AÖ (Abwasser-Öl) zusammengesetzt sind. Eine Stärke- und Ausstattungsnachweisung (STAN) ist inzwischen unter



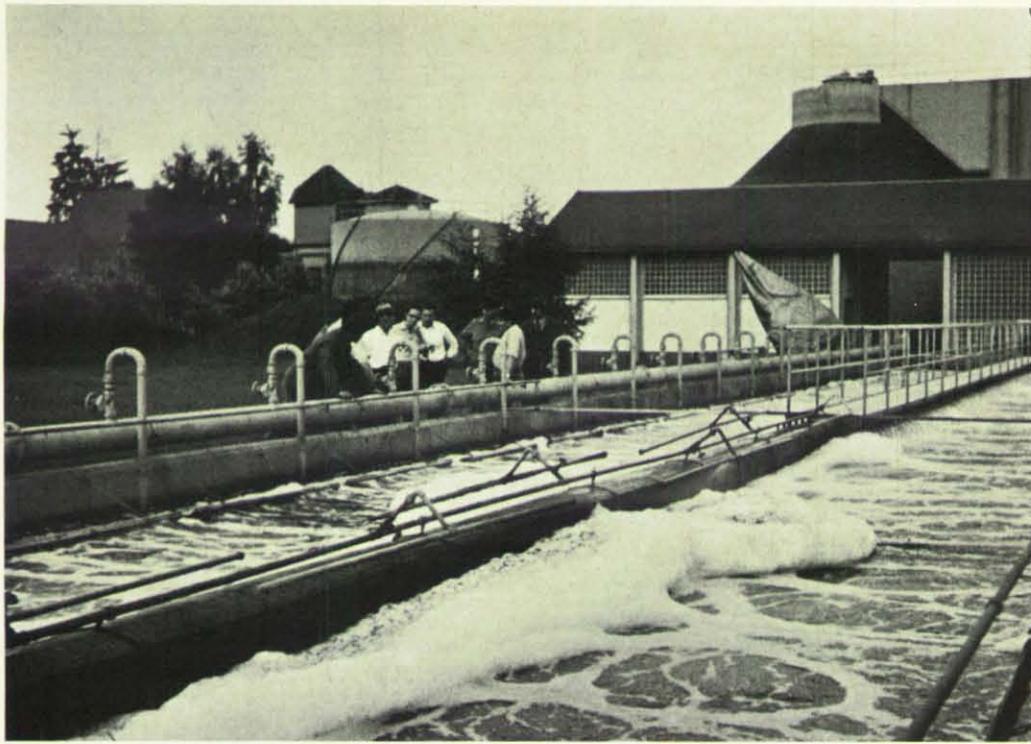
Kanalrohr (überhöhtes Ei-Profil) wird von Helfern einer AÖ-Gruppe mittels Stahldreibock zum Einbau in einer Bruchstelle abgelassen.

Helfer in den Ortsverbänden ausgebildet und in Einsatzzügen zur Leistung besonderer technischer Katastrophenhilfe für die Aufrechterhaltung wichtiger Versorgungsanlagen zusammengefaßt. Diese Einsatzzüge für die Instandsetzung lebensnotwendiger Elektrizitäts-Versorgungsanlagen (E-Züge), Gas-Versorgungsanlagen (G-Züge), Wasser-Versorgungsanlagen (W-Züge) sowie Abwasser-Kanalisationsanlagen (A-Züge) bildeten im THW neben dem Bergungsdienst den Technischen Dienst (TD).

lichkeit. Länger anhaltende Unterbrechungen führen schnell zu schweren Beeinträchtigungen in Industrie, Gewerbe, bei öffentlichen Einrichtungen sowie im häuslichen Bereich. Sie führen zum Chaos, wenn nicht umgehend Abhilfe geschaffen werden kann. Im Normalfall stehen für die unverzügliche Störungsbeseitigung Kräfte der Versorgungsbetriebe zur Verfügung. Die personelle Kapazität der Versorgungsbetriebe ist in der Regel auf die alltäglichen Reparaturen abgestellt. Kritisch wird die Situation in Katastrophen-



Transportable Waschanlage mit zehn Zapfhähnen und handbetriebeleses Trinkwasserfiltergerät werden durch THW-Helfer der GW-Gruppe für eine Notunterkunft bereitgestellt.



Führer und Unterführer des I-Dienstes werden durch den Betriebsleiter einer Gruppenkläranlage eingewiesen.

Beteiligung von ehren- und hauptamtlichen THW-Fachkräften erarbeitet worden. Auch die Aufgabenstellung ist in der STAN beschrieben. Ferner wurde vermerkt, daß Instandsetzungsarbeiten unter Aufsicht und in Zusammenarbeit mit den Versorgungsbetrieben durchzuführen sind und der I-Zug außerdem andere Einheiten/Einrichtungen des KatS im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen habe. Für die drei I-Gruppen des Zuges gilt im einzelnen folgender Aufgabenkatalog:

E-Gruppe

- Kabelarbeiten im Niederspannungsnetz,
- Kunststoffkabelarbeiten im Mittelspannungsnetz,
- Bau und Instandsetzung von Ortsnetzfrequenzleitungen,
- Bau und Instandsetzung von Mittelspannungsfrequenzleitungen,

- Behelfsmäßige Stromversorgung in Notunterkünften und Betreuungsstellen,
- Behelfsmäßige Instandsetzung der Stromversorgung bei gemeindlichen Versorgungsanlagen und öffentlichen Einrichtungen,
- Stromversorgung an Schadenstellen.

GW-Gruppe

- Schadenbehebung an Gas-Wasserrohrnetzen im Mittel- und Niederdruckbereich,
- Versorgung von Notunterkünften und Betreuungsstellen.

AÖ-Gruppe

- Behelfsmäßige Instandsetzung von Vorflutern und Abwasserleitungen,
- Mitwirkung bei der Abwasserbeseitigung in

- Notunterkünften und Betreuungsstellen,
- Mitwirkung bei der Ölschadenbeseitigung bzw. Ölschadenbekämpfung.

Gliederung und Ausstattung

Gliederung und Ausstattung sind an der Aufgabenstellung orientiert. Der I-Dienst ist daher in „gemischte“ Züge gegliedert. Hieraus folgt,



12 m A-Mast wird als Endpunkt einer Freileitung (Übergang auf Erdkabel) durch Angehörige einer E-Gruppe armiert.

daß die bisherigen THW-Einsatzzüge E, W, G und A umgestellt und die I-Züge vervollständigt werden müssen. Dazu gehört auch, daß vorhandene THW-Gerätesätze umgerüstet werden. An die Stelle der bisherigen MLW und LKW mit Plane und Spriegel treten künftig im I-Dienst auch Kfz mit MKW-Aufbau. Es kann davon ausgegangen werden, daß in der Endstufe der Verstärkung des Katastrophenschutzes in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt wenigstens ein I-Zug aufgestellt sein wird.

Verlauf der Ausbildung

Der I-Dienst erhält eine seinen Aufgaben entsprechende Vollausbildung. Diese wird am Standort durch die Führer und Unterführer der eigenen Einheit durchgeführt. Eine Beiziehung zusätzlicher Ausbildungskräfte kann in Sonderfällen in Betracht kommen. Die Vollausbildung ist in drei Stufen unterteilt. Stufe I umfaßt in etwa die frühere THW-Grundausbildung, ist jedoch

hinsichtlich der Bergungs- und Instandsetzungsaufgaben nicht fachdienstbezogen.

Als Stufe II folgt die reine Fachausbildung (im I-Dienst gesondert nach den Fachrichtungen E, GW und AÖ). In der Stufe III werden die Kenntnisse vermittelt, die für den geschlossenen Einsatz der Gruppe und im Zug sowie in Verbindung mit anderen Fachdienst-einheiten nötig sind.

Bei der Ausbildung des I-Dienstes ist es daher zweckmäßig, frühzeitig die Versorgungsbetriebe einzuschalten und die Zusammenarbeit mit diesen in beiderseitigem Interesse zu fördern (vgl. hierzu THW-Zeitschrift 11/70 „Praxisnahe Ausbildung des I-Dienstes“).

Bis zur Herausgabe neuer Musterausbildungspläne werden die bisherigen THW-Lehrstoffpläne für die Ausbildung in den Fachrichtungen „Elektrizitäts-Netz“, „Rohrnetz-Kanalisation“ und „Rohrnetz-Gas-Wasser“ mit Ergänzungsplan „Gasversorgung“ als Grundlage für die Standortausbildung verwendet.

Der Ausbildung oberhalb der Standortebene dienen die KatS-Schulen des Bundes und der Länder. Ziel der gesamten Ausbildung muß es sein, Führer, Unterführer und Helfer für ihre vorgesehene Verwendung innerhalb des Zuges schnell heranzubilden. Hierzu sind alle Ausbildungsmöglichkeiten am Standort und an den KatS-Schulen auf Bundes- und Landesebene voll zu nutzen.

Bei der Aufstellung der I-Züge spielt auch die berufliche Qualifikation der Helfer eine Rolle. Es sollten möglichst vorgebildete Kräfte ausgewählt werden, um optimale Ausbildungsergebnisse zu erzielen.

Diese Ausführungen sollen einen größeren Personenkreis über die interessanten

und vielseitigen Fachdienste des KatS informieren. Die Helfer im I-Dienst sollen dazu beitragen, daß die

Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser sowie die Beseitigung von Abwasser auch in Katastrophenfällen

funktionsfähig bleibt oder durch gekonnte Improvisation rasch wieder in Gang gesetzt werden kann.

Der **BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ**,

bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sucht

1 MITARBEITER/-IN

für die Öffentlichkeitsarbeit

als Leiter einer Fahrbaren Zivilschutzausstellung, zu der 2 weitere Mitarbeiter gehören.

Wirkungsbereich: Niedersachsen einschl. Bremen in Hannover.

Dieser Mitarbeiter soll den Einsatz der Fahrbaren Zivilschutzausstellung weitgehend selbständig leiten und vor entsprechenden Teilnehmerkreisen Vorträge halten und Beratungsfunktionen übernehmen. Bewerber mit abgeschlossener Fachausbildung zum BVS-Fachlehrer und BVS-Redner werden bevorzugt.

Geboten werden:

Vergütung nach Verg.-Gr. V b BAT; zusätzliche Altersversorgung; Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen; Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskosten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraumbeschaffung behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild sowie beglaubigten Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen sind bis zum 31. Mai 1973 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

— Bundeshauptstelle —

5 Köln 41, Eupener Straße 74

Zum 1. Oktober 1973 ist die Stelle des

Leiters der Katastrophenschutzschule Hessen

— Vergütungsgruppe II a BAT —

in Geisenheim — Stadtteil Johannisberg — /Rheingau zu besetzen. An der Katastrophenschutzschule Hessen werden Aus- und Fortbildungslehrgänge für Helfer, Unterführer und Führer des Katastrophenschutzes durchgeführt.

Gesucht wird eine Persönlichkeit mit umfassenden Kenntnissen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes sowie des übrigen Zivilschutzes. Der neue Leiter der KS-Schule Hessen soll Erfahrungen im Unterrichtswesen und Verwaltungskennntnisse besitzen sowie über organisatorische Fähigkeiten und Führungsvermögen verfügen.

Bewerbungen mit handschriftlichem Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 30. Juni 1973 zu richten an:

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

62 Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 12

Willi Brauch †



Auf einem Spaziergang mit Frau und Tochter setzte ein Herzinfarkt dem Leben des ehrenamtlichen Geräteverwalters der BVS-Dienststelle Flensburg, Willi Brauch, ein Ende. Bereits in seiner

schlesischen Heimat hatte er sich in leitender Stellung im Werkluftschutz für den Zivilschutz eingesetzt. 1957 meldete Brauch sich bei der damaligen BLSV-Ortsstelle Flensburg zur ehrenamtlichen Mitarbeit. Nach seiner Ausbildung zum LS-Lehrer wurde er Teilabschnittsstellenleiter in Flensburg. Nach der Straffung des Verbandes 1968 übernahm er die Aufgabe des Geräteverwalters. Sein unermüdlicher Einsatz für den Selbstschutz fand seine Würdigung durch die Verleihung der Ehrennadel des BVS.

Stadt Kiel ergreift Initiative

Zu dem Selbstschutz der Bevölkerung muß der Selbstschutz in den Behörden und Betrieben treten. Daher lud am 23. Januar Kiels Oberbürgermeister Bantzer 21 Vertreter örtlicher Unternehmen sowie der Gewerkschaften — so u. a. den Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Dr. Lange, den Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Henze, DGB-Kreisvorsitzenden Kuster, DAG-Geschäftsführer Dall' Asta und BVS-Landesstellenleiter Sohl zu einem ersten Informationsgespräch in den Magistratssaal ein. Schon bei der Begrüßung durch Oberbürgermeister Bantzer wurde die Bedeutung des Selbstschutzes in den Betrieben betont: „Es gibt immer wieder Katastrophen und Unglücksfälle, bei denen jeder sich und anderen sofort helfen muß“. Danach hielt BVS-Landesstellenleiter Sohl das Hauptreferat. Nachdem er den großen Rahmen der Zivilverteidigung erläutert hatte, beschrieb er eindringlich den Wert des Selbstschutzgedankens und forderte: „Jeder — oder mindestens fast jeder — Betriebsangehörige sollte eine Ausbildung erhalten, um im Unglücks- oder Katastrophenfall

sofort helfen zu können!“ Ganz besonders wies er auf die Freiwilligkeit des betrieblichen Katastrophenschutzes hin. Über eine bessere Information würde man auch mehr Verständnis erreichen und Freiwillige für Grund- und Fachausbildungen gewinnen können. „Es geht darum, sich und den Nachbarn am Arbeitsplatz noch besser in Notsituationen helfen zu können.“

Stadtrat Quade leitete anschließend die Gesprächsführung. Er erinnerte an einige Katastrophen in Kiel und deren Abwendung durch ein funktionierendes Alarmsystem und einsatzbereite Hilfsorganisationen: „Zunächst ist jedoch der Mensch erst einmal allein und muß sich oder anderen helfen, bevor Hilfe von außen kommt.“

In der anschließenden Diskussion bejahten alle Redner den Selbstschutzgedanken grundsätzlich. Meinungsverschiedenheiten gab es bezüglich der Durchführbarkeit in den Betrieben. So wurde u. a. angezweifelt, daß man auf freiwilliger Basis Betriebsangehörige zur Ausbildung bewegen könne. Nicht einig war man sich auch darüber, ob die Ausbildung in der Arbeits- oder Freizeit durchgeführt werden soll. Da einige Vertreter von Großbetrieben Interesse an der Ausbildung zeigten, machte Dr. Lange den Vorschlag, zwei unterschiedliche Betriebe für die erste Selbstschutzerprobung auszuwählen. Nun wird es also darauf ankommen, zwei Kieler Betriebe auszuwählen, die bereit sind, ein Modell für den betrieblichen Katastrophenschutz aufzubauen.

Von der Gewerkschaftsseite her war man ganz besonders an einer Selbstschutz-Information interessiert. DGB-Kreisvorsitzender Kuster vereinbarte einen Termin für ein erstes Gespräch vor Kieler Personal- und Betriebsräten mit Landesstellenleiter Sohl. So konnte Sohl bereits drei Tage später vor 50 Personal- und Betriebsräten zum Thema „Selbstschutz in Betrieben“ sprechen. Um das Engagement der Stadt Kiel zu unterstreichen, waren auch Stadtrat Quade und der Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Kiel, Christensen, anwesend.

Sohl wies anhand von Unfällen in Betrieben, Wohnungen und auf Straßen sowie von Erfahrungen aus Großkatastrophen nach, daß jeder einzelne in der Lage sein muß, sofort

zu helfen. „Erforderlich sind deshalb gemeinsame Bemühungen der Betriebsleitung und Personalvertretung, um die Betriebsangehörigen freiwillig für Ausbildungsveranstaltungen zu gewinnen.“

DGB-Kreisvorsitzender Kuster leitete zur Diskussion über, indem er ein persönliches Erlebnis im DGB-Haus in Hamburg schilderte, bei dem leicht auch er hätte verletzt werden können. „Wie sieht es denn aus, wenn es hier in unserem Gewerkschaftshaus brennen würde?“ fragte Kuster.

Die Fragen waren auf den BVS und seinen Auftrag bezogen. Die Diskussionsredner verlangten Auskunft über Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten des BVS. Es wurde gefordert, die Selbstschutzausbildung während der Arbeitszeit durchzuführen. Stadtrat Quade wies auf die Verantwortung der Personalvertretung hin, den Selbstschutzgedanken in den Betrieben zu fördern.

Als Ergebnis dieser Informationstagung wurde vereinbart, mit diesem Thema in Zusammenarbeit mit den Betriebsleitungen die Arbeitnehmer bei Personalversammlungen über den Selbstschutz zu informieren.

Aufgrund der offenen und konstruktiven Aussprache zwischen dem Oberbürgermeister und den Vertretern der Stadt Kiel, der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft, der Gewerkschaften, den Vertretern von Handwerks-, Handels- und Industrieunternehmen und dem Bundesverband für den Selbstschutz konnten erste Zeichen gesetzt werden.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kotzenbüll. Wie fruchtbar sich eine gute Zusammenarbeit zwischen BVS und eingehend informierten Hauptverwaltungsbeamten auswirkt, zeigte sich in der Gemeinde Kotzenbüll (Kreis Nordfriesland). Hier konnte in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum bereits der dritte Grundlehrgang durchgeführt werden. Zu jedem dieser Ausbildungsvorhaben des BVS hatte Bürgermeister Hamkens alle interessierten Bürger eingeladen. Jedesmal fand sein Aufruf ein großes Echo.

Katastrophenschutz der Hansestadt/2. Teil

Nachdem wir im ZS-Magazin eine Rückschau der Hamburger Feuerwehr, die Organisation und die Einsatzstärke sowie den Katastrophenschutz aufgezeigt haben, setzen wir heute den Bericht des Chefs der Hamburger Feuerwehr, Oberbranddirektor Dipl.-Ing. M. Gebhardt, aus „Berichte und Dokumente“ der staatlichen Pressestelle Hamburg fort. In Hamburg umfaßt der Hilfeleistungsbereich der Feuerwehr alle nur denkbaren Fälle technischen und personellen Notstands von der Bekämpfung von Bränden, über die Beseitigung technischer Gefahrenanlagen bis zur Rettung, Notbehandlung und zum Transport verunglückter oder kranker Menschen. Die Feuerwehr nimmt diese Aufgaben auch im Rahmen der neuen Katastrophenschutzgesetzgebung wahr. Sie hat fast zwangsläufig die Einsatzführung aller Katastrophenschutzorganisationen übernommen. Damit entsteht ein reibungsloser

Übergang der Führungskompetenz bei der Ausweitung einer Gefahrenlage zu einer Katastrophe. Die Grundlagen für eine schnelle Gefahren- und Schadenabwehr sind organisatorisch geschaffen. Die Abstützung aller Sicherheitsaufgaben des Staates auf Polizei und Feuerwehr stellt nicht nur nach unserer Auffassung eine Optimierung der Leistungskraft staatlicher Hilfe dar.

Die Einsatzzahlen des Jahres 1972 geben den Beweis, daß die Feuerwehr Hamburg auch mit Recht behaupten kann, einsatzerprobtes und führungserfahrenes Personal für die Bewältigung der ihr gestellten Aufgaben zu haben.

Im Kalenderjahr 1972 waren Einheiten der Feuerwehr Hamburg (Berufs- und Freiwillige Feuerwehr) bei 152 455 Bränden, technischen Hilfeleistungen und im Rettungsdienst bei Unfällen und Krankentransporten eingesetzt. Im Durchschnitt mußten somit täglich 417 Einsätze gefahren werden. Im Rettungsdienst wurden insgesamt 135 887 Einsätze gefahren. Dabei wurden 131 499 Personen befördert. Die Feuerwehrfahrzeuge

legten zur Erfüllung dieser Aufgaben 3 469 000 Kilometer zurück.

Wiederbelebungen mit Erfolg konnten in 285 Fällen durchgeführt werden. In 1134 Fällen hatte die Wiederbelebung keinen Erfolg. Als Hebammen mußten sich Feuerwehrmänner in 51 Fällen betätigen. Davon 14 Geburten im Rettungswagen und 37 Geburten in den Wohnungen.

Der Zahlenspiegel zeigt, daß sich die Feuerwehr von der ursprünglichen „Löschanstalt“ zu einem vielseitigen Dienstleistungsbetrieb für schnelle Hilfeleistung aller Art entwickelt hat. Zahlenmäßig liegt der Schwerpunkt der Aufgaben ohne Zweifel beim Rettungsdienst. Man darf aber nicht verkennen, daß es sich hierbei fast ausschließlich um Hilfeleistungen für Einzelpersonen handelt, während bei Bränden in der überwiegenden Mehrzahl eine größere Zahl von Menschen oder große Anhäufungen an Sachwerten gefährdet sind. Hilfeleistungen bei Bränden stellen aus diesem Grunde auch weiterhin die höchsten Ansprüche an Personal und Einsatzgeräte.

Die folgenden Beispiele sollen einen kurzen Einblick in diesen Aufgabenbereich der Hamburger Feuerwehr geben.

Reetgedeckte Gebäude zählen zu den besonders brandgefährdeten Objekten. Erstens ist die Aussicht auf Löscherfolg bei ausgedehnten Bränden fast ausgeschlossen. Zweitens muß immer mit einer Übertragung des Brandes durch Flugfeuer und Wärmestrahlung auf Nachbargebäude gerechnet werden, wie im folgend geschilderten Brandfall deutlich wird.

Auf einen Hilferuf zur Ecke Osdorfer Weg/Großflottbeker Straße ausgerückt, fanden der Löschzug der Feuerwache Ottensen und die gleichzeitig eintreffende Freiwillige Feuerwehr Groß-Flottbek die Dächer zweier reetgedeckter Fachwerkhäuser voll vom Brand erfaßt vor. Der Abstand beider Häuser betrug 6 m. Die Entfernung zu anderen Gebäuden betrug 5 m. Mit Unterstützung zweier nachgeforderter Löschzüge konnte der Brand schließlich mit 4 B- und 6 C-Rohren unter Kontrolle gebracht werden und der Übergriff auf die Nachbargebäude verhindert werden.

Art und Anzahl der Einsätze

	1960	1970	1971	1972
a) Brände				
Großbrände	211	163	148	187
Mittelbrände	543	532	500	556
Kleinbrände	865	1 812	2 036	2 143
Entstehungsbrände	1 084	1 424	1 572	1 625
Schornsteinbrände	128	119	137	110
Blinder Alarm und Unfugmeldungen	535	1 278	1 390	1 284
	3 366	5 328	5 783	5 905
b) Hilfeleistungen				
Techn. Hilfeleistungen aller Art	2 628	8 869	9 097	10 663
c) Rettungsdienst				
Notfallbeförderungen	6 580	69 646	86 619	95 218
Krankentransporte	101	53 602	46 693	40 669
	6 681	123 248	133 312	135 887
Gesamteinsätze der Feuerwehr	2 675	137 445	148 192	152 455

Einsätze der am Rettungsdienst beteiligten Hilfsorganisationen (Deutsches Rotes Kreuz und Malteser Hilfsdienst) im Jahre 1972:

Gesamt: 25 566; Notfalleinsätze: 836; Krankentransporte: 24 730; davon im Auftrag der Feuerwehr gefahren: 8 789.

In schrecklicher Erinnerung ist uns allen noch der Brand des Wohnhauses Weidenstieg 6, bei dem den Bewohnern der Rückzugsweg über die brennende Holzterrasse versperrt war. Der zuerst an der Einsatzstelle eintreffende Löschzug stand vor der fast unlösbaren Aufgabe, zehn Menschen aus verzweifelter Notlage zu retten. Es gelang unter Aufbietung aller Kräfte mit Unterstützung der nachgerückten Züge.

Der Brand mit der größten Gefährdung großer Wohnbereiche entstand durch eine Brandlegung in einem Holzlager in Bergedorf. Bei Alarmierung der Feuerwehr standen bereits 75 % der Freifläche des etwa 8000 m² großen Holzlagerplatzes in Flammen. Durch die starke Thermik flogen bis zu handtellergroße brennende Holzteile, begünstigt durch leichten Ostwind, bis zu 150 m weit und führten zu Zündungen auf Dächern und Betriebsanlagen. Die weiteste Zündung wurde rund 250 m vom Brand entfernt festgestellt. Die Wärmestrahlung war so stark, daß 40 m entfernt an einer Wasserfläche aufgestellte Löschfahrzeuge gekühlt werden mußten. Der Ostwind war als Glücksumstand zu werten, weil dadurch die östlich an das Lager grenzende Bergedorfer Altstadt leichter geschützt werden konnte.

Der Einsatz von 54 Rohren, der von 5 Löschzügen der Berufsfeuerwehr und 6 Freiwilligen Feuerwehren vorgenommen wurde, brachte nach 4 Stunden harter Arbeit schließlich den gewünschten Erfolg. Die Aufräumungs- und Abrißarbeiten durch die Feuerwehr dauerten 2 Tage.

Die TS „Kavo Grossos“ (7600 BRT) hatte in Indonesien Kopraexpeller, Koprakuchen und Tapiokawurzeln geladen. Am 23. 2. 1969 wurde auf der Reise nach Europa im Indischen Ozean Rauchentwicklung bemerkt. Das Schiff erreichte nach Anlaufen von Kapstadt und Rotterdam am 14. 4. 1969 den Hamburger Hafen, wo die ersten Brandbekämpfungsmaßnahmen aufgenommen wurden. Der Brand hatte sich aber inzwischen so sehr im Schiff ausgebreitet, daß die Hamburger Feuerwehr erstmals nach 12 Jahren ein Schiff fluten lassen mußte. Besonderer Dank gebührt dabei einer bekannten Hamburger Großwerft, die das Risiko des Eindockens eines Schiffes in schlechtem baulichen Zustand mit gefährlich brennender Ladung für die sichere Durchführung des Flutungsmanövers übernahm. 48 Stunden nach

dem Fluten konnte die Ladung ohne Hilfe der Feuerwehr gelöscht werden. Das Schiff konnte mit nur geringen Beschädigungen im Zwischendeck wieder nach Indonesien fahren, um neue Ladung aufzunehmen. Die streiflichtartig das Einsatzgeschehen widerspiegelnden Beispiele lassen eindeutig erkennen, daß die Erkenntnisse früherer Feuerwehrgenerationen noch heute volle Gültigkeit haben. Die Mannschaftsstärke der ersten Einsatzkräfte darf nicht zu gering sein. Der Löschzug mit einer Besatzung von mindestens 16 Mann ist und bleibt ein dringendes Erfordernis für die Bewältigung der Brandbekämpfungsaufgabe, die nicht selten gleichzeitig mit Rettungsmaßnahmen für gefährdete Menschen verbunden ist.

„Wir helfen – und Du?“

Unter diesem Motto finden vom 21. bis 26. Mai gemeinsame Veranstaltungen aller in Hamburg-Harburg tätigen Hilfsorganisationen statt. Ein Organisationsstab, gebildet aus Vertretern von ASB, BVS, DLRG, DRK und THW trifft sich monatlich, um die vorbereitenden Arbeiten zu erledigen. Neben der Wanderschau, den Filmvorführungen, Ausstellungen und Vorführungen aller Hilfsorganisationen ist auch für Abwechslung gesorgt. Spielmannszüge und Musikzüge werden mitwirken, die „Finkwarder Speeldeel“ zeigt Ausschnitte aus ihrem Programm, Zolllhunde werden vorgeführt, und ein großes Kinderprogramm soll zum Besuch anregen.

Walter Bell †

Am 8. März verstarb nach einer langwierigen Krankheit Walter Bell, ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord, im 65. Lebensjahr.

Herr Bell gehörte dem Verband seit Juni 1955 an. Zunächst Leiter eines Sachgebietes, übernahm er später die Unterabschnittsstelle Barmbeck-Uhlenhorst. Diese Tätigkeit mußte Herr Bell aus gesundheitlichen Gründen aufgeben.

Die BVS-Dienststelle wird Walter Bell stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Taten folgen

Unter der Überschrift „Mit guten Vorsätzen ins Neue Jahr“ gab Fachgebietsleiterin II 5 Frau Fietzke im ZS-Magazin 2/73 einige Anregungen zur Aktivierung der Frauenarbeit im Bundesverband für den Selbstschutz. Den guten Vorsätzen sind inzwischen Taten gefolgt.

Bei einer Zusammenkunft von Helferinnen der Hamburger BVS-Dienststelle konnte Frau Fietzke die Leiterin der Bahnhofsmission, Frau Taylor, begrüßen, die in einem Vortrag über die vielfältigen Aufgaben der Bahnhofsmission berichtete.

Aus der anschließenden Diskussion ergaben sich interessante Vorschläge, die als sinnvolle Aufgaben für die nächste Zeit angesehen werden. So wurde unter anderem vorgeschlagen, daß BVS-Helferinnen sich mit Bastelarbeiten an einem Basar zugunsten der Bahnhofsmission beteiligen. Außerdem haben sich Helferinnen bereitgefunden, im Sommer Kindertransporte zu begleiten. Diese praxisnahen Aufgaben sollen als Anregung für die Beschäftigung im Katastrophenfall verstanden werden.

25. Lehrgang in Strafanstalt

Bisher haben sich 326 Insassen der Strafanstalt Vierlande in Hamburg-Neuengamme in 25 Lehrgängen im Selbstschutz ausbilden lassen. Alle Lehrgänge führte als BVS-Lehrer Gerd-Otto Dahl durch, der selbst Beamter in der Anstalt ist; ihm zur Seite steht als Ausbildungshelfer Klaus-Dieter Witt. Bei der Freizeitgestaltung am Abend steht die Selbstschutz-Grundausbildung in Neuengamme an der Spitze der Beliebtheitsskala.



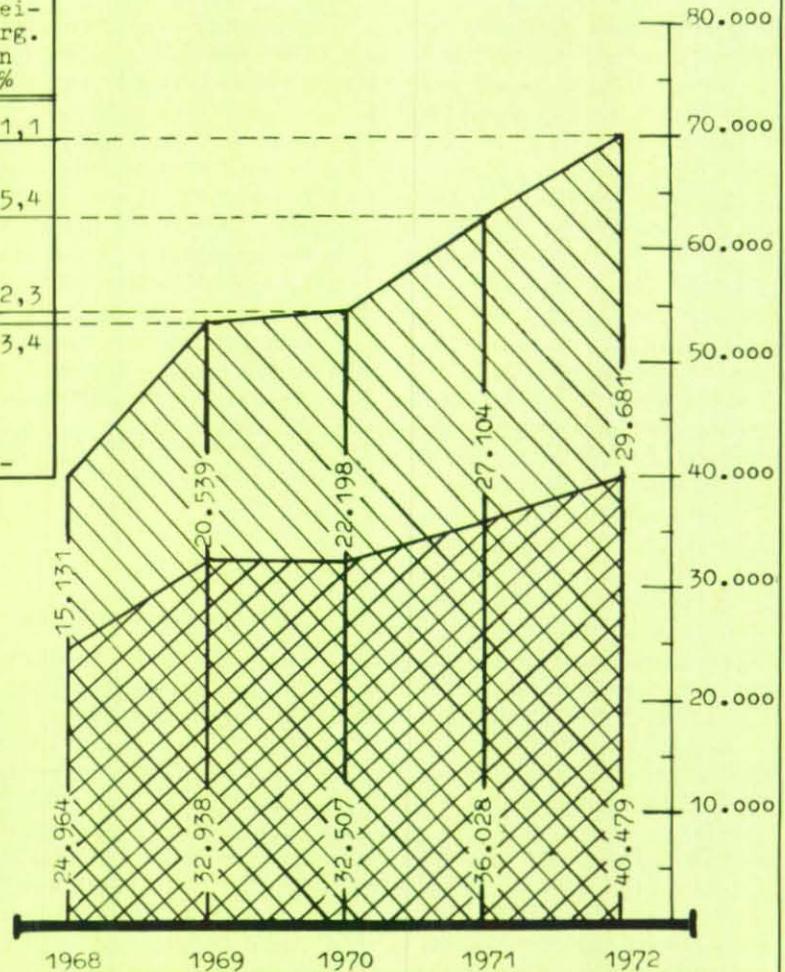
Se-Lehrer Gerd-Otto Dahl (1.) und Ausbildungshelfer Klaus-Dieter Witt überwachen die Ausbildung am „Phantom“.

Preis: 28 Stunden Freizeit

„Der Preis für ein Überleben in der Gefahr beträgt nicht „D-Mark“, sondern „Stunden“: Nämlich 28 Stunden Freizeit für die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Lehrgang bei einer Sanitätsorganisation plus Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang beim BVS“. Mit diesen Worten erläuterte der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Horst Brede-meier, die Zielsetzung einer neuen Rathausausstellung im Kreishaus Osterode.

Zuvor hatte Oberkreisdirektor Böttcher die Ausstellung eröffnet. Er betonte dabei, daß er die Unterstützung durch den BVS angefordert habe, um die Bewohner des Landkreises anzuregen, Vorsorge- und Selbsthilfemaßnahmen für Notfälle aller denkbaren Art zu treffen, um damit sicherzustellen, daß sachgerechte Sofortmaßnahmen getroffen würden, bis die Katastrophenschutzverbände zur Hilfeleistung einträfen. Daß der BVS diese Forderung des Oberkreisdirektors im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit erfüllen konnte, beweisen gezielte Anfragen aus der Einwohnerschaft des Landkreises Osterode, sogar noch nach dem Abbau der Ausstellung.

Teilnehmer	Steigerung in %
70.160	11,1
63.132	15,4
54.705	2,3
53.477	33,4
40.095	-



Teilnehmer an der Grundausbildung und an der Fachausbildung, ohne fachliche Unterweisungen und Übungen der Se-Züge. Unterer Teil (kreuzschraffiert): Teilnehmer aus den 16 hauptamtlich besetzten Dienststellen der Landesstelle Niedersachsen.

Bremen

Kinder erleben unsere Welt

„Unsere Stadt“ lautet das Thema einer Vorschulgruppe eines privaten Kindergartens in Bremen. „Zu dieser Stadt gehören die Menschen, die Häfen und Schiffe sowie Geschäfte und Straßenbahnen, genauso die Parkanlagen und Schutzbauwerke des 2. Weltkrieges. Unsere Kinder sollen diese ihre Stadt kennenlernen. Sie sollen auch an den Aktualitäten in der Stadt teilnehmen. Hierzu gehörten in

diesen Tagen auch der Fund und die Entschärfung einer 36-Ztr.-Bombe mitten in der Stadt und die Erläuterung der Frage, wo diese Bombe herkommt. Von hier aus ist der Gedankenweg zum Schutzraumbau nicht weit.“ So erklärte eine Gruppenleiterin des Kindergartens ihren Wunsch, die sich hier bietende Gelegenheit nutzen zu dürfen. Kinder besichtigten das Bauwerk von außen, als zufällig zur gleichen Zeit Angehörige der Dienststelle damit beschäftigt waren, Material in einem Schutzraum einzulagern. Die Kinder

durften sich diese Anlage unter Aufsicht auch von innen ansehen. Vor allem waren sie darüber erstaunt, daß die Schutzräume gar nicht so fremd anmuteten. Hier gab es genau wie zu Hause Türen, Treppen, Licht, Heizung und eine Toilettenanlage. Einige wußten sogar eine Antwort auf die Frage, warum es hier keine Fenster gibt. Neben dem Kennenlernen eines weiteren Teiles „Unserer Stadt“ wurde sicher auch einigen Kindern die Furcht vor dem großen, bisher unbekanntem Gebäude genommen.

Hilfe durch Selbstschutz

Die fachliche Unterrichtung darüber, wie man sich bei der Bekämpfung eines Brandes selbstschutzmäßig verhalten soll, gab Gelegenheit zu einer Lehrvorführung mit wirklichkeitsnahen Beispielen. 28 aufgeschlossene, meist jüngere Einwohner des Stadtteils Bremen-Lesum, Im Marßeler Feld, lernten im Rahmen einer Sanitätshelferausbildung der JUH Brandbekämpfung im Haushalt und an Fahrzeugen.

Kurze einführende Erläuterungen über die Gefahren und Vorgänge bei Bränden, eine Filmvorführung zum Thema und die abstandsgebietende Strahlungshitze des sich schnell ausdehnenden Kleinbrandes auf dem Übungsplatz waren Anlaß genug für die Teilnehmer, schnell eine 50 m lange Eimerkette zu bilden und eifrig mit Vollstrahl und Sprühstrahl aus mehreren Einstellspritzen den Brand im umfassenden Angriff niederzukämpfen. Ein „Wasser halt!“ demonstrierte, wie schnell die glimmende Glut sich zu neuem Brand selbst entfachte, so daß Löschwasservorrat sowie Brandwache unabdingbar sind.

Das Ablöschen brennender Bekleidung mit einer wollenen Decke und die Verhaltensweise bei brennender Kunstfaser am Körper waren einprägsame Beispiele zum Gesamtthema. Auch die Ermahnung, sich in der eigenen Umgebung davon zu überzeugen, mit welcher Art Handfeuerlöscher man es zu tun hat und der Rat, nur stoßweise Pulver auf verschiedene Stellen des Brandes zu schießen, trugen dazu bei, die fachliche Unterrichtung zu einem Beitrag zum Selbstschutz werden zu lassen.

Selbsthilfe im Haushalt

Frau Werbelow, Fachgebietsleiterin II 5, sprach vor der Frauengruppe der Herz-Jesu-Gemeinde Bremen-Neustadt in einer neuen Vortragsreihe der Landesstelle, speziell bezogen auf die Mitarbeit der Frau im Selbstschutz, zum Thema „Selbsthilfe bei Unfällen im Haushalt“. Ausgehend von der Tatsache, daß die Ursachen der meisten Unfälle überwiegend durch menschliches Fehlverhalten, Leichtsinn oder Unkenntnis der möglichen Unfallgefahren verursacht werden, gab Frau Werbelow eingehende Informationen zu richtigen Verhaltensweisen, praktische Anregungen und

Hinweise für notwendige Vorsorge-maßnahmen zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe, die in vielen Notsituationen zur Rettung von Menschen und Sachwerten führen. Auf Wunsch von Frau Wiener, Leiterin der Frauenarbeit in den katholischen Gemeinden, sind weitere Vorträge geplant.

DRK-Auszeichnung

Heinz-Günter Freese, Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Bremen, wurde in Anerkennung für verdienstvolle 25jährige Tätigkeit mit DRK-Ehrennadel in Silber und Urkunde des Deutschen Roten Kreuzes geehrt.

Zusammenarbeit mit Johanniterorden

Vor über 40 Schwestern-Helferinnen des Johanniterordens, die an einem ganztägigen Fortbildungslehrgang in Bremen-Horn teilnahmen, gaben Landesstellenleiter Umlauf und Fachgebietsleiter Singer (Organisation) im Rahmen der fachlichen Unterrichtung einen Überblick über Aufbau und Organisation des Katastrophenschutzes in der BRD. Die Teilnehmerinnen zeigten sich vor allem von der praktischen Bedeutung und den Erfordernissen eines Selbstschutzes im Haus, in den Betrieben und bei Unfällen auf der Straße beeindruckt. Bezogen auf den Einsatz der Schwestern-Helferinnen des Johanniterordens im Zivilschutz sowie in der Unfall- und Katastrophenhilfe gingen die Interpreten in ihren Vorträgen mittels Tageslichtprojektor und Folien des Info-Dienstes insbesondere auf die gesetzlichen Grundlagen (KatSG) ein. Weitere gemeinsame Veranstaltungen sind vorgesehen.

Seminar Zivilschutz

Auf Einladung der Landesstelle fand am 17. und 18. März in Hagen, Bezirk Bremen, ein Seminar „Zivilschutz“ mit dem Arbeitskreis Schule und Politik e.V. statt.

Landesstellenleiter Umlauf, Leiter des Seminars, informierte nach der Begrüßung die Gäste über Organisation und Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Träger der Öffentlichkeitsarbeit für den Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland ist. Die damit verbundenen Probleme aufzuzeigen und zu diskutieren, war das Anliegen des Wochenendseminars, zu dem sich als Referenten der Leiter der Bundesschule, Wilfried Prellberg, und der Fachlehrer Öffentlichkeitsarbeit, Gerd Herbst, zur Verfügung gestellt hatten.

Wie begründet und notwendig die Öffentlichkeitsarbeit des BVS ist, die Bevölkerung über Selbsthilfe und Zivilschutzmaßnahmen zu informieren und sie dazu aufzurufen — als Gegenstück zur militärischen Verteidigung — machte Herbst in seinen Ausführungen deutlich. Zur Thematik „Waffenwirkung und Schutz“ gab der Leiter der Bundesschule, Prellberg, einen umfassenden Überblick über atomare Waffen und deren Wirkungsweisen sowie Möglichkeiten des Schutzes der Zivilbevölkerung in der Bundesrepublik.

Eine lebhaft ausgeprägte Diskussion mit den Teilnehmern des Seminars — Pädagogen, Politikern, Studenten und Schülern — aus dem Arbeitskreis „Schule und Politik“ bewies das große Interesse, das den Problemen des Zivilschutzes heute zunehmend entgegengebracht wird. Der 1. Vorsitzende des Arbeitskreises, Josef Guter, bedankte sich für die interessanten Vorträge beider Referenten.



Links Frhr. v. Uslar-Gleichen, Landesbeauftragter für die Schwestern-Helferinnen-Ausbildung in Niedersachsen und Bremen, und BVS-Landesstellenleiter Umlauf; links neben Umlauf Frau Geissler, Dezernentin im Johanniterorden.

In Kürze berichtet

Für 25 Bedienstete der Kreis-sparkasse Groß-Gerau, vorwiegend Zweigstellenleiter, führte die Dienststelle Darmstadt einen Selbstschutzlehrgang durch. Die Löschübungen wurden auf dem Hof der Sparkassen-Hauptstelle in Groß-Gerau vorgenommen.

Im vergangenen Jahr veranstaltete die Dienststelle Marburg für 1400 Teilnehmer Grundlehrgänge. Außerdem wurden noch Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt. Die Ausstellung „Vorsorge im Grünen“ anlässlich des Hessentages 1972 verzeichnete hohe Besucherzahlen. 1800 Teilnehmer registrierte die Dienststelle Hanau bei ihren Aufklärungsveranstaltungen im vergangenen Jahr. In 59 Grund- und Fachlehrgängen wurden 1042 Einwohner der Stadt und des Landkreises Hanau ausgebildet, davon waren 70 Prozent unter 30 Jahren. Die BVS-Dienststelle Schwalmstadt, die den Kreis Ziegenhain betreut, führte zum ersten Male in ihren neuen Räumen einen Selbstschutzgrundlehrgang durch.

Werbung auf breiter Basis

Um einem großen Kreis der Bevölkerung die Notwendigkeit von Vorsorgemaßnahmen für einen Katastrophenfall zu geben, hat die Landesstelle auch für das laufende Jahr einen Ausstellungsplan aufgestellt.

Die Wanderschau der Bundeshauptstelle „Rund um den Katastrophenschutz“ wurde in Darmstadt in der von der Stadtverwaltung veranstalteten Informations- und Verkaufsausstellung (früher Dihaga) auf dem 14000 qm großen Meßplatz an der Neckarstraße aufgebaut. In einem eigenen Rundzelt informierte hier der BVS die Ausstellungsbesucher. Die „Henry-Moore-Ausstellung“ der Bundeshauptstelle wurde bereits in der Bezirkssparkasse Gießen gezeigt und wird im Mai im Parktheater Bensheim, voraussichtlich im Juni in der Hessischen Landesbibliothek in Wiesbaden und im Herbst in der Universität Marburg zu sehen sein. Der berühmte Künstler schuf während der Londoner Bombennächte des Jahres 1940 in den Luftschutzräumen

etwa 100 Federzeichnungen. Die Ausstellung zeigt die Fotos der Originale.

Die „Kojen“ der Landesstelle wird auf folgenden Ausstellungen gezeigt: auf der Frühjahrsausstellung Biebesheim, im April/Mai auf der Hausfrauenausstellung HAFA '73 in Frankfurt, im Mai/Juni auf der Ausstellung WESTA '73 in Elz bei Limburg, im Juni auf der Gewerbeausstellung Frankenberg und auf dem „Hessentag“ in Pfungstadt, im September auf der HAFA '73 in Wiesbaden.

Die „Informationsstände“ der BVS-Bezirksstellen Darmstadt und Kassel werden im Mai auf der Ausstellung in Hungen, im Mai/Juni auf der Frühjahrsmesse in Wächtersbach und in Bad Vilbel bei der 100-Jahr-Feier der Feuerwehr, im Juni auf dem Pfingstmarkt in Rimbach und auf dem Airmarket in Kassel-Calden, im August auf der Kelkheimer Möbelmesse und im September auf der Giherba in Gießen gezeigt. Im Gebiet der Bezirksstelle Darmstadt wird der Informationsstand in 15 Städten und Gemeinden, in dem der Bezirksstelle Kassel in 16 Städten und Gemeinden und zwar in Schulen, Rathäusern, Krankenkassen und anderen öffentlichen Räumen für den Selbstschutz werben.

Praxis besser als Theorie

Darmstadt besitzt in dem Bauzentrum Rhein-Main, ganz in der Nähe des Hauptbahnhofes, eine Stätte der informativen Begegnung. Der beruflich interessierte Baufachmann und der sich mit einem eigenen Bauvorhaben beschäftigende Bürger haben hier die Möglichkeit, Bauelemente aller Art kennenzulernen und zu prüfen und — ohne unter einem Kaufdruck zu stehen — sich mit den verschiedensten Fabrikaten vertraut zu machen, wobei eine fachliche Beratung dem Laien manch wertvollen Fingerzeig zu geben vermag. Es traf sich gut, daß die BVS-Dienststelle Darmstadt in diesem modernen Gebäude im ersten Stock ihre Verwaltungs- und Unterrichtsräume beziehen und im Erdgeschoß im Anschluß an die Baumusterschau eine ständige Informationsschau über die Probleme des Zivilschutzes der Bevölkerung einrichten konnte. Fast jeder, der die Schau besucht,



Komplett eingerichteter Schutzraum im Bauzentrum Rhein-Main.

sieht sich auch die BVS-Schau an, und da sich unter ihnen viele Baulustige befinden, gewinnen sie auch einen Einblick in das Problem Schutzraumbau.

In Darmstadt wird ihnen Konkretes geboten, denn hier wurde ein Schutzraum im Original aufgebaut und damit ein Anschauungsobjekt geschaffen, das die theoretische Unterrichtung praxisnah unterstreicht. Hier erfährt der interessierte Bürger — ob Baumeister oder Bauherr — nicht nur Einzelheiten über die finanziellen Voraussetzungen und auch steuerlichen Einsparungen beim Bau eines privaten Schutzraumes, sondern er sieht auch — nicht nur in einem Modell, sondern im Endausbau — wie ein solcher Schutzbau gestaltet ist, und durch welche Einrichtungen und Geräte er voll funktionsfähig gemacht werden kann.

Der Bund, der seit dem 1. Juli 1969 den Bauherren von Hausschutzräumen Zuschüsse gewährt und auch erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten bietet, hat diese Hilfe an bestimmte bauliche Voraussetzungen geknüpft. Bevor der Besucher der Darmstädter Schau sich in die Informationen, rechnerischen und planerischen Erläuterungen der vom BVS herausgegebenen „Schutzfibel“ vertieft, kann er sich in Darmstadt den Muster-schutzraum im Original ansehen. Jetzt wird es ihm sicher leichter fallen, sich einen Raum zum Schutz der Familie im Falle einer eingetretenen Katastrophe von einem Architekten einplanen zu lassen, und dieser wiederum wird dem BVS dankbar für dieses Demonstrationsobjekt aus der Wirklichkeit für die Wirklichkeit sein.

Gemeinsame Werbung

Die Landesstelle gibt nachfolgenden Bericht über gemeinsame Werbemaßnahmen der Dienststelle Wuppertal mit dem örtlichen Zivilschutzleiter zur Kenntnis: Katastrophenschutzgesetz, Vwv-Selbstschutz und die Empfehlungen des Innenministeriums NW zum Vwv-Selbstschutz veranlaßten die verantwortlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wuppertal und den Beauftragten für Fragen des Selbstschutzes des Amtes 38 der Stadt Wuppertal, Anfang Februar zu einer gemeinsamen Arbeitsbesprechung zusammenzukommen. Gegenstand der Besprechung war eine Erörterung der beide Gesprächspartner interessierenden Fragen, wie sich die vorgenannten gesetzlichen Grundlagen, Verwaltungsvorschriften sowie Empfehlungen am besten in die Tat umsetzen lassen.

Hierbei waren u. a. die Fragen zu erörtern:

- Wie kommen wir mit dem gemeinsamen Anliegen „Selbstschutz“ an den Bürger heran?
- Welche Wege bieten sich hierfür an?
- Welche Unterstützung kann die Gemeinde dem BVS bei der Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages — Informierung und Ausbildung der Bevölkerung in Fragen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe — geben?
- Wie erfassen wir die Bürger, die von diesem Fragenkomplex angesprochen wurden und positiv zu diesem Anliegen stehen?

Als erstes Ergebnis der Arbeitsbesprechung wurden zwei Handzettel entwickelt, bei denen der Oberstadtdirektor als Verantwortlicher für alle Zivilmaßnahmen am Ort als Verfasser des Inhalts zu erkennen ist und die zeigen, welche Aufgaben der BVS in diesem Zusammenhang zu erfüllen hat.

Handzettel 1 „6 Sekunden“ mahnt an die Unfalltoten im Haus, im Verkehr, am Arbeitsplatz und in der Freizeit. Er endet mit einem Appell an den Bürger, sich durch Selbst- und Nachbarschaftshilfe bereitzufinden, gesundheitliche und materielle Schäden zu verhindern und zu mildern. Der BVS steht hier dem Bürger helfend zur Seite, indem er diesen

kostenlos mit den Grundkenntnissen der Selbsthilfe bekanntmacht. Dieser Handzettel ist gedacht als allgemeine Werbung bei Veranstaltungen des ZS und des BVS an Tagen der offenen Tür, bei Ausstellungen und dergleichen mehr.

Handzettel 2 „Zuschauer bei Unfällen“ befaßt sich ebenfalls mit dem Problem der Hilfeleistung. Er ist jedoch so abgefaßt, daß er die meist störenden Zuschauer bei Unfällen anspricht und zur Mithilfe auffordert. Auch hier ein Hinweis auf den BVS.

Dieser Handzettel soll überwiegend durch Einsatzkräfte der Katastrophenschutzorganisationen unmittelbar nach erfolgter Hilfeleistung verteilt werden.

Die Rückseite beider Handzettel ist so gestaltet, daß der interessierte Bürger angeben kann, zu welcher Zeit er die Ausbildung beim BVS in lebensrettenden Sofortmaßnahmen in Verbindung mit dem Selbstschutz-Grundlehrgang wünscht. Die Handzettel enthalten gleichzeitig die Anschrift der zuständigen BVS-Dienststelle.

Eine intensive und gezielte Beschäftigung mit dem Aufgabengebiet „Selbstschutz in der Gemeinde“ wurde erst durch die Einrichtung und Besetzung einer Planstelle „Selbstschutz“ der Stadt Wuppertal möglich.

Versehrte unterrichtet

Die BVS-Dienststelle Wuppertal hat mit der örtlichen Dienststelle des Versehrten-Sportverbandes NW e. V. Verbindung aufgenommen mit dem Ergebnis, daß der Verband in seinem Programm die Ausbildung in Sofortmaßnahmen am Unfallort eingeplant und durchgeführt hat. In der monatlich erscheinenden Zeitschrift für sporttreibende Versehrte „Frohe Gemeinschaft“ wurde nachstehender Bericht veröffentlicht:

Für zwei Wochenenden waren wir, ca. 30 Personen, zu einem Massage-Lehrgang nach Wuppertal einberufen worden. Bei der Begrüßung am Nachmittag ließ unser Landessportwart, Kamerad Peter Paulus, durchblicken, daß eine Unterweisung in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ eingeplant sei.

Nachdem wir nun einige Stunden Massageunterricht hinter uns gebracht und unser Abendessen eingenommen hatten, ging es wieder in die Turnhalle auf dem Stadiongelände. Kamerad Paul Bernardy stellte uns den Geschäftsführer des Landesverbandes, den Kameraden Siegfried Seelig, vor und teilte uns zu unserer Überraschung mit, daß Kamerad Seelig die Unterweisung in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ durchführen werde. Er bat ihn, den Lehrgang zu übernehmen.

Kamerad Seelig gab uns zu wissen, daß er ehrenamtlicher Selbstschutzlehrer bei der Dienststelle Wuppertal des Bundesverbandes für den Selbstschutz sei und äußerte die Bitte, nicht nur seinen Ausführungen zuzuhören, sondern auch bei den einzelnen Übungen fleißig mitzumachen.

Nach kurzem, aber präzise eingeleitetem Vorwort über die Wichtigkeit der Unterweisung wurde uns ein Film über Sofortmaßnahmen gezeigt. Dann ging es hart ran. In seinem netten, ansprechenden, aber doch zielstrebigem Vortrag ließ Kamerad Seelig bald viel Fachkenntnis erkennen.

Angefangen vom Absichern der Unfallstelle über stabile Seitenlage bis zur Mund-zu-Nase-Beatmung mußten wir zu unserem Erstaunen feststellen, daß die Uhr bereits 22.20 Uhr zeigte. Der erste Tag war damit zu Ende.

Ebenso interessant wie lehrreich wurde dann über die Wundversorgung, Abdrücken, Brandwunden, Schock, Transport und Schadensmeldung unterrichtet. Zur Unterstützung des Kameraden Seelig hatten sich einige Lehrgangsteilnehmer zur Verfügung gestellt. Am Schluß des zweiten Abends wurde dann in kurzer Wiederholung eine Dia-Serie gezeigt. Alle Lehrgangsteilnehmer waren froh und dankbar, vieles gelernt zu haben. Kamerad Seelig bedankte sich bei den Lehrgangsteilnehmern für ihr aufmerksames Zuhören und Mitmachen und sprach die Hoffnung aus, daß aus einer Unterweisung eines Tages einmal ein kompletter Lehrgang über Sofortmaßnahmen am Unfallort für alle Lehrgangsteilnehmer in der Sportschule Wuppertal durchgeführt werden kann.

Kamerad Peter Paulus dankte dem Kameraden Seelig für seine Lehrtätigkeit und versprach, weitere Unterweisungen bzw. Lehrgänge nach den Sommerferien einzuplanen. Alle Lehrgangsteilnehmer schlossen sich dem Dank des Kameraden Paulus an.

An Eltern appelliert

„Wie schütze ich mein Kind vor Unfällen, bzw. wie kann ich bei einem Unfall helfen?“ Unter diesem Motto hatte BVS-Beauftragter Reinhold Demand kinderreiche Eltern zu einer Informationsveranstaltung in Leichlingen eingeladen. Durchgeführt wurde diese Veranstaltung durch die BVS-Dienststelle Leverkusen in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde Opladen.

Etwa 40 Personen, die teilweise auch ihre Kinder mitgebracht hatten, konnte Stadtdirektor Birkendahl bei der Eröffnung begrüßen. Er gab einen kurzen Überblick über den Selbst-

schutz in Leichlingen und appellierte insbesondere an die Bereitschaft der Bürger, an Se-Veranstaltungen teilzunehmen.

Polizeihauptwachmeister Mischlewitz zeigte den Eltern die Gefahren auf, denen die Kinder ausgesetzt sind. An Hand einer Statistik konnte er deutlich machen, wann die meisten Unfälle geschehen und welche Altersgruppen insbesondere betroffen sind.

Dann wurde der Film „Das habe ich nicht gewollt“ gezeigt. Dieser Film schildert, wie leichtsinnig Kinder handeln können. Ferner bat Mischlewitz die Eltern, daß man den Polizisten nicht als „Buh-Mann“ bezeichnen sollte, da sich dies bei einem Kind, daß sich z. B. verlaufen hat, sehr negativ auswirken könnte. Im Anschluß zeigte Fachbearbeiter Jochen Weck die Tonbildschau „Der Mensch in der Katastrophe“. Hier wurde den Teilnehmern deutlich gezeigt, wie wichtig es sein kann, schnelle Hilfe zu leisten. Er schnitt auch das Thema Feuerlöscher an und erklärte den Eltern den richtigen

Umgang mit einem Verbandpäckchen. Zum Schluß wurden alle Erwachsenen zu einem Selbstschutz-Lehrgang eingeladen. Das Interesse daran war sehr groß. Auch die Resonanz der Presse war sehr positiv, so daß bereits weitere Veranstaltungen dieser Art geplant wurden.

Dankesurkunde überreicht

Für ihre erfolgreiche Mitarbeit beim Aufbau des Selbstschutzes überreichte Dienststellenleiter Friedrich Redmer (Köln) eine Dankesurkunde dem BVS-Beauftragten Hansgeorg Roth (Heimersdorf) und Peter Frevel (Dünnwald).

Wahl der Helfervertreter

Die Helfer aus dem Stadt- und Landkreis Köln wählten als ihre Vertretung BVS-Beauftragten Hansgeorg Roth, BVS-Lehrer Gottfried Breidenbach und BVS-Beauftragten Edmund Stork.

RHEINLAND~PFALZ



Arbeitstagung in Gerolstein

Die Fachbearbeiter II 4 — Öffentlichkeitsarbeit — der Dienststellen aus dem Landesstellenbereich Rheinland-Pfalz waren gerne der Einladung zu einer Arbeitstagung nach Gerolstein gefolgt. Landesstellenleiter Heinz Kunde sprach in seinem Einführungsreferat über die Aufgaben des BVS und nahm speziell zu Fragen der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes Stellung.

Fachgebietsleiter II 1, Erich Heinrich, besprach den Leistungsspiegel der Dienststellen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit, wobei er bemerkenswerte Zahlen und Fakten aus den statistischen Unterlagen vortrug. Die anschließende Aussprache zeigte deutlich, wie sehr alle Mitarbeiter in den Dienststellen bemüht sind, die Leistung in der Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Jahren vorher zu halten oder wenn möglich zu verbessern.

Der folgende Tag war ausschließlich Fachthemen der Öffentlichkeitsarbeit vorbehalten. Fachgebietsleiter II 4,

Viktor Schwarz, stellte als Grundthema seines Referates die Frage, ob wir jetzt, nach der erfreulicherweise zunehmenden Entspannung in aller Welt, auf jedweden Schutz vor Vernichtungswaffen verzichten könnten. Selbstverständlich nicht, eine andere Antwort auf diese Frage ist nicht möglich. Bedauerlicherweise sei die Welt immer noch ohne allgemeinen Frieden, meinte Schwarz; überall gäbe es streitbare Auseinandersetzungen. Aber das Schutzbedürfnis der Menschen sei heute genauso groß wie ehemals, deshalb bleibe die Hauptaufgabe des BVS die Aufklärung der Bevölkerung über Angriffswaffen und ihre Gefahren sowie der stete Hinweis auf Schutzmöglichkeiten und die Maßnahmen im Selbstschutz. Weitere Themen wie: Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit in den Dienststellen, Vordrucke des Fachgebiets II 4, ihre Termine und Verwendung sowie Fragen der Werbung von Mitarbeitern und ihre fachliche Ausbildung, nahmen einen breiten Raum ein.

Vor dem Referat „Die Zusammenarbeit des BVS mit den Gemeinden“,

in dem Dienststellenleiter Ferdinand Euler (Mayen) Wege und Möglichkeiten einer guten Übereinkunft mit kommunalen Stellen aufzeigte, entstand eine lebhaft debattierte Diskussion über das Thema „Veranstaltungspraktiken, Planung, Vorbereitung und Durchführung“. Die anfänglich zu Tage getretenen verschiedenen Ansichten zu diesem Themenkreis konnten im Verlauf der Aussprache beigelegt werden, und die Tagungsteilnehmer waren sich am Ende darüber einig, daß es für den BVS und seine Mitarbeiter nur eine verbindliche Form der Aussage im Sinne des § 11 KatSG geben soll. Allein schon deswegen, weil vielerorts festgestellt werden konnte, daß maßgebende Personen aus der Verwaltung und der Politik nicht umfassend über die Maßnahmen der Zivilverteidigung und des Selbstschutzes informiert sind und diesen Mangel vielfach damit entschuldigen, Informationen und Auskünfte seien oft so unterschiedlich. Es wurde vorgeschlagen, diesen Personenkreis besonders anzusprechen und immer wieder den Versuch zu machen, vor Parteigremien

sprechen zu können, ohne unserer Arbeit ein parteipolitisches Gepräge zu geben. Der BVS stehe mit seiner Arbeit politisch auf völlig neutralem Boden; er habe lediglich die Aufgaben zu erfüllen, die ihm vom Gesetz aufgetragen seien. In diesem Zusammenhang wurden auch die Möglichkeiten erörtert, wie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden aktiviert werden könnte, insbesondere, da das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes den „Hauptverwaltungsbeamten“ ganz besondere Pflichten auferlege. Es werde sicherlich möglich sein, meinten einige Tagungsteilnehmer, bei Bürgermeisterbesprechungen über Fragen zum Thema „Selbstschutz in den Gemeinden“ zu referieren. Am letzten Tag erläuterte Sachgebietsleiter Rudolf Rech die Honorarrichtlinien, das Reisekostengesetz und die Rechnungslegung. Die an sich nüchterne Materie wurde von Amtmann Rech interessant behandelt, so daß vor allem die ehrenamtlichen Mitarbeiter aus seinen Ausführungen viel für ihre Arbeit in den Dienststellen mitnehmen konnten. Alle konnten am Ende dieser Wochenendtagung mit Genugtuung feststellen — und Landesstellenleiter H. Kunde hob es in seinen Schlußworten besonders hervor —, daß in den vergangenen Wochen und Monaten von allen Mitarbeitern des BVS in der Öffentlichkeitsarbeit viel geleistet wurde; aber es sei nicht zu verheimlichen, daß noch viel mehr getan werden müsse, um den Vorstellungen der Gesetzgeber und dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden.

Besonders aktiv gewesen

Im Jahresabschlußbericht der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz heißt es:

Das Jahr 1972 war für den Bundesverband für den Selbstschutz eine Zeit besonderer Aktivität. 62 225 Bürger aus Städten und Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz nahmen an 2 380 Veranstaltungen der BVS-Dienststellen teil. Zwölfstündige Selbstschutz-Grundlehrgänge besuch-

ten 20 051 Personen. Fahrbare Ausbildungsstellen in Kaiserslautern, Mainz, Mayen und Trier waren bei 438 Veranstaltungen draußen im Lande eingesetzt, wobei 9 124 Personen ausgebildet wurden.

In 855 Aufklärungsveranstaltungen informierten Aufklärungsredner des Verbandes 31 545 Personen.

In den Städten Mayen, Mainz, Ludwigshafen und Koblenz beteiligte sich der BVS an regionalen oder Landesausstellungen mit eigenen Ständen, die von über 90 000 Ausstellungsbesuchern gesehen wurden und sich zu einem erheblichen Teil über den Selbstschutz und die Selbsthilfe der Bevölkerung in Not und Katastrophenzeiten unterrichten ließen.

Vornehmlich ehrenamtliche Mitarbeiter, BVS-Fachlehrer, BVS-Lehrer, BVS-Redner und -Berater sowie eine große Anzahl sonstiger Mitarbeiter haben — neben den hauptberuflich Bediensteten — uneigennützig mitgewirkt, um Sinn und Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz zu verwirklichen. Für das kommende Halbjahr ist im Einvernehmen mit den Landräten und Oberbürgermeistern bereits eine beachtliche Zahl von Aufklärungs- und Ausbildungsveranstaltungen festgelegt worden.

Bevölkerung befragt

In der Sprech- und Beratungsstunde der Nebenstelle Bad Dürkheim der BVS-Dienststelle Neustadt informierte BVS-Beauftragter Hilmar Schurig die Mitarbeiter über den Verlauf der Wochenendtagung für die Öffentlichkeitsarbeit in Gerolstein.

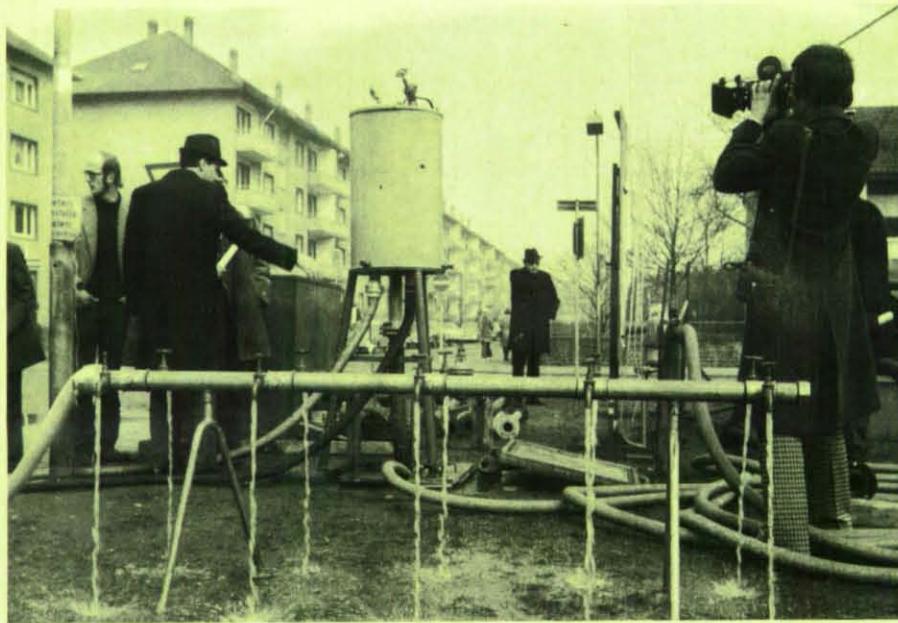
Im Verlauf der Arbeitsgemeinschaft befaßten sich die Mitarbeiter mit dem Ergebnis der Bevölkerungsumfrage über den Probealarm am Mittwoch, 28. März, um 10.00 Uhr. Es wurde gefragt: „Haben Sie den Alarm beachtet? — Was besagt er und zu welchem Zweck wird er gegeben? — Was würden Sie tun, wenn Sie erkennen, daß ein solcher Alarm Sie betrifft?“ Von nahezu 100 befragten Bürgern hatten nur 42 den Alarm gehört oder beachtet. Das ist

gegenüber früheren Befragungen ein gutes Ergebnis. 14 Personen hielten den Alarm für Feueralarm, für 29 war er „ohne Interesse“, sie hatten in der Zeitung davon gelesen. Ein Einziger konnte etwas darüber aussagen, was die Signale besagen und wie er sich im „Ernstfall“ zu verhalten habe. Er hatte kürzlich an einem Selbstschutz-Lehrgang teilgenommen.

Aktive Dienststelle

In den gut ausgestatteten Lehr- und Übungsräumen des BVS in Bad Dürkheim berichtete der BVS-Beauftragte Hilmar Schurig über die vorjährige Arbeit und die Pläne für das begonnene Jahr. Mit 58 Zusammenkünften in den Lehr- und Werkräumen wurden die Anforderungen weitgehend erfüllt. 26 Einzelberatungen und 30 Beratungs- und Sprechstunden sowie die Grundausbildung waren gut besucht. 17 Tonfilm-Vorführungen fanden gute Beachtung. Der neue Farbfilm über Sofortmaßnahmen am Unfallort wurde besonders gelobt. Eine erhebliche Anzahl von Informations-Druckschriften, Zeitungen, Informationsheften und Handzetteln wurde verteilt, einige hundert Briefe und Drucksachen verschickt.

Der Arbeitskreis „Tonband, Foto, Film“ gab seine abgeschlossenen Arbeiten zur Verwendung für die Öffentlichkeitsarbeit frei. Die Modellgruppe übergab ein Modell eines ländlichen Selbstschutz-Bereiches. Der Selbstschutzzug wurde doppelt besetzt, so daß sein Einsatz zu jeder Tages- und Nachtzeit gesichert ist. Im Plan für das erste Halbjahr 1973 sind 40 Zusammenkünfte vorgesehen. Drei Grundausbildungslehrgänge, 21 Sprech- und Beratungsabende, jeweils montags von 20 bis 22 Uhr in der Ausbildungsstelle, 19 Tonfilmvorführungen und 6 Informationsabende enthält das Programm. Der Einsatzstab trifft sich zu 6 Besprechungs- und Arbeitsabenden. Die Arbeitskreise setzen ihr Wirken fort. Für sie ist der Werkraum 15mal reserviert. Vier Veranstaltungen in den Nachbarorten mit Tonfilmvorführungen wurden vereinbart.



Aufbau eines Brunnens nach dem Lufthebeverfahren in einer Karlsruher Straße. Aus zehn Zapfstellen fließt das Wasser.

Wasser für den Notfall

Am 2. März wurde im Bürgersaal des Karlsruher Rathauses der Farbtonfilm „Wasser für den Notfall“ den Stadträten, Dienststellenleitern sowie einer Anzahl Gäste vorgestellt. In Vertretung des Landesstellenleiters nahm Herr Bethge von der Landesstelle und Dienststellenleiter Bodenmüller teil.

Bürgermeister Dr. Rehberger begrüßte die Gäste, insbesondere Ministerialrat Dr. Roeber vom Bundesministerium des Innern sowie Prof. Bahke von der Universität Karlsruhe, die bei der Herstellung des Filmes mitgewirkt haben.

Bürgermeister Dr. Rehberger bedankte sich bei allen, die zum Gelingen des Filmes beigetragen haben, so Oberbaurat Dipl.-Ing. E. E. Ulbrich, Leiter des Amtes für Zivilschutz Karlsruhe, als Drehbuchautor sowie den Bediensteten des Amtes, die sich als Darsteller zur Verfügung stellten.

Er wies u. a. darauf hin, daß die Stadt Karlsruhe über drei Wasserwerke verfügt, ein viertes sich in der Planung befindet und damit die Stadt mit gutem Trinkwasser ausreichend versorgt ist. Anders ist es jedoch dann, wenn das öffentliche Wassernetz ausfällt.

Dr. Roeber gab eine Einleitung zum Film, wobei er auf die besondere Bedeutung des Notbrunnenprogramms hinwies. Besonders zu erwähnen ist die an der Universität Karlsruhe unter Professor Bahke und seinem Mitarbeiter Dr.-Ing. J. Rautenberg entwickelte Fördertechnik. Dieses sogenannte Lufthebeverfahren macht die Brunnen von einem kostspieligen Notstromaggregat unabhängig.

Benötigt wird nur ein Baukompressor. Karlsruhe: Stadt der Anlagen, Gärten und Wasserspiele — plötzlich bleibt das Wasser weg! Was würden Sie tun, wenn das Wasser aus der Leitung versiegt? Nicht jeder hat die Möglichkeit, sich einen eigenen Brunnen zu bauen. Der Bund hat diese Aufgabe im Wassersicherstellungsgesetz übernommen. Das Karlsruher System kann unter gewissen Voraussetzungen ein Modell für andere Städte sein. Es wurden in Karlsruhe bereits mehr als 30 Brunnen gebaut.

Die Brunnen sollen so angelegt werden, daß sie bei einer Katastrophe nicht verschüttet werden. Sie müssen für Fahrzeuge leicht zugänglich sein. Der Bau der Brunnen wird von Brunnenbaubetrieben übernommen, die hier schon über eine ausreichende Erfahrung verfügen. Die Brunnen werden regelmäßig auf ihre Wasser-

qualität überprüft. Trotzdem weiß jedoch niemand, was bei einer Katastrophe passieren kann; es könnte ja ein Abwasserkanal brechen. Für diese Fälle werden Chlortabletten gelagert. Etwa alle zwei Jahre müssen die Hochleistungspumpen ausgebaut und in der Werkstatt gesäubert und überholt werden. In etwa zwanzig Jahren wird man Pumpe und Motor erneuern müssen.

Das Amt für Zivilschutz der Stadt Karlsruhe hat sich darüber Gedanken gemacht, wie man dabei Geld sparen und den gleichen Nutzen erzielen kann. Zusammen mit dem Institut der Fördertechnik an der Universität Karlsruhe wurde ein neues Verfahren entwickelt, das Lufthebeverfahren. Die ganze „Pumpe“ besteht aus einem offenen Rohr. Durch einen Schlauch oder ein weiteres Rohr wird unterhalb des Wasserstandes Luft hineingedrückt. Die Luft muß nach oben steigen und das Wasser mitbringen. In einem Windkessel entweicht die Luft und das Wasser wird zur Verteilung abgeleitet. Die Luft beschafft ein Kompressor. Damit nicht Staub oder Öl in das Wasser geblasen werden, wird ein Filter dazwischengesetzt. Das ist alles, und man spart damit viel Geld, mit dem dann neue Brunnen gebaut werden können.

Kleinstausstellung

Es gibt viele Dinge in unserem Leben, die wir — besonders, wenn sie für uns neu sind — mit wenig Objektivität betrachten. Die Folge ist, daß wir dann nur ungern unsere Meinung zu revidieren bereit sind. Ein solches Schicksal sollte auch dem unserer Dienststelle Heilbronn gelieferten Regalbaukasten für Kleinstausstellungen zuteil werden, bis eines Tages der Entschluß gefaßt wurde, ihn aus der Versenkung zu heben und seinem Zweck zuzuführen.

Nach Terminabsprachen für Ausstellungen in zwei größeren Schulen gingen die Bediensteten daran, Ideen für die Gestaltung zu entwerfen. Aus der Fülle des vorhandenen Materials wurde sorgfältig ausgewählt und geprüft. Die Beteiligten konnten dann feststellen, daß es gelungen war,

durch geschickte Verwendung und Aufbau der Informationsmittel etwas geschaffen zu haben, das den Beschauer ansprechen mußte. Mitte Dezember 1972 erhielt diese „Kleinstausstellung“ ihren ersten Platz in der Helene-Lange-Mädchen-Realschule und wurde dann Anfang Januar in die benachbarte Kaufmännische Berufsschule umplaziert. Wenngleich sich auch kein konkretes Ergebnis ermitteln ließ, so kann dennoch gesagt werden, daß tausende junger Menschen täglich an der Ausstellung vorbeigehen mußten. In Gesprächen über den Aussagewert der Ausstellung mit dem Lehrerkollegium wurde auch die direkte Ansprache in Informationsveranstaltungen erörtert. Die Folge war, daß eine Vereinbarung getroffen werden konnte, an der Schule vor 40 Klassen Kurzinformation mit Filmvorführungen durchzuführen.

„Kettenreaktion“

Bei der Tagung der Dienststellenleiter und Fachbearbeiter der Landesstelle Baden-Württemberg in Birkenfeld Ende Januar wurde durch Frau Darimont als Beauftragte für die Frauenarbeit die Wichtigkeit der Beteiligung der Frauen an der Aufklärung und auch Ausbildung in Fragen des Selbstschutzes besonders betont. Frau Darimont wies auf den erfolgversprechenden Weg hin, die hauptamtlichen Damen der Dienststellen zu bitten, ihren Dienststellenleitern ständig mahnend zur Seite zu stehen.

Über eine erfolgreiche Aktion im Bereich der Landesstelle darf hier berichtet werden:

Im Sommer 1972 hielt Frau Darimont in Stuttgart ein Seminar vor 24 Vorsitzenden des Deutschen Hausfrauenverbandes. Als erste örtliche Folge wandte sich Frau Wolfahrt, die Vorsitzende des Klubs Junger Hausfrauen, an die BVS-Dienststelle Stuttgart mit der Bitte um eine Aufklärungsveranstaltung für ihre Mitglieder.

Daraus resultierte ein Grundlehrgang mit Hausfrauen. Der Fachbearbeiter der Dienststelle wurde dabei besonders mit sehr gezielten konkreten Fragen über Unfallverhütung und Sofortmaßnahmen bei Verbrühungen, Sturzschäden usw. bei

Kindern und im Haushalt konfrontiert. Als besonderer Erfolg ist der Wunsch der Teilnehmerinnen anzusehen, eine Unterrichtung im praktischen Brandschutz durchzuführen.

Aufgrund dieser so positiven „Kettenreaktion“ wird die Dienststelle an weitere Frauenverbände der Landeshauptstadt mit dem Angebot für Aufklärung und Ausbildung im Selbstschutz herantreten.

„Kavalier der Straße“

Dem Mitarbeiter Edmund Gneist der Dienststelle Böblingen wurde auf der Fahrt zur BVS-Schule Birkenfeld eine Hilfeleistung abverlangt, die leider viel zu wenige Mitbürger ausüben können. Es kam auf der Autobahn Mannheim — Saarbrücken zu einem schweren Unfall. Die Unfallstelle war bereits abgesichert, Polizei und Rettungswagen alarmiert, aber in dem Unfallwagen lag ein blutüberströmter Verletzter auf den Vordersitzen. In gewissem Abstand vom Unfallfahrzeug standen die Menschen. Durch Gneist aufgefordert, waren einige bereit, ihm bei der Bergung des Verletzten zu helfen und in Seitenlage zu bringen. Gneist stellte fest, daß dem Verletzten als sichtbare Verletzung ein Teil der Nase abgeschnitten war und die Atmung aussetzte. Trotz des blutüberströmten Gesichts des Verletzten begann Gneist sofort mit der Mund-zu-Mund-Beatmung, die er 30 Minuten durchführte, bis Arzt und Rettungswagen eintrafen.

Durch den vorbildlichen Einsatz von Gneist sah sich die Polizei veranlaßt, ihn als „Kavalier der Straße“ vorzuschlagen. Als äußeres Zeichen der Anerkennung führt nun Gneist an seinem Fahrzeug die Plakette.

Kleine Gemeinden besucht

Die ersten Se-Grundlehrgänge der fahrbaren Ausbildungsstelle Reutlingen in diesem Jahr wurden in kleineren Gemeinden in Abendveranstaltungen durchgeführt. Mit der Teilnehmerzahl konnte man zufrieden sein. Der Bürgermeister hatte durch Aushang und Bekanntgabe im Gemeindeblatt eingeladen. Die Freiwillige Feuerwehr war mit dabei. Es waren insgesamt drei Gemeinden, also drei Se-Grundlehrgänge.

Die Teilnehmer waren zuerst etwas skeptisch eingestellt. Einige Führerscheinbewerber waren gekommen, erfreulicherweise auch Frauen und junge Leute. Nach der Begrüßung durch den jeweiligen Bürgermeister, der auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes für jeden einzelnen Bürger hindeutete, begann der Se-Grundlehrgang. In den Pausen konnte man merken, daß hiermit Dinge angesprochen wurden, die für die Teilnehmer den Se-Grundlehrgang in ein ganz anderes Licht rücken ließ. Denn hier wurde ja etwas angesprochen, was sogar den Feuerwehrmann interessierte: So wurden diese Stunden zum Erfolg bei allen drei Gemeinden.

Auch beim Feiern vereint

Die BVS-Dienststelle Heidelberg läßt es sich angelegen sein, ihre Helfer gelegentlich auch zu geselligen Veranstaltungen einzuladen. Emsig hatte man die Dienststelle umgekrempelt, bis von ihrer Zweckbestimmung nichts mehr zu erkennen war. Dichtgedrängt an drei Tischen saßen die Helfer mit ihren Damen neben Gästen und Freunden des Verbandes. Die hauseigene Kapelle machte von ihrem Instrumentarium fleißig Gebrauch. Es war ein gut gelungener Abend des Kontakts und des Frohsinns.

Wahl der Helfervertreter

Die Dienststelle Ulm führte am 3. März im Unterrichtsraum des Postamtes I die Wahl zur Helfervertretung durch. Gewählt wurden Anton Schmalz (Beiningen), Werner Ketelsen (Rammingen) und Oskar Haas (Nersingen).

✱

Bei der Dienststelle Friedrichshafen wurde die Wahl der Helfervertreter durchgeführt. Zum Helfervertreter wurde Hans-Joachim Eitz gewählt, zu seinen Stellvertretern Bernhard Ribler (beide Friedrichshafen) und Peter Rometsch (Immenstaad).

Se-Berater in jeder Gemeinde

Zur Durchführung eines Selbstschutz-Minimalprogramms sei es unerlässlich, in jeder Gemeinde eine Selbstschutz-Beratungsstelle mit einem Selbstschutz-Berater einzurichten, um von hier aus der Bevölkerung bewußt zu machen, wie nötig der Selbstschutz zur Erhaltung des Lebens ist. Diese Forderung stellte die „Saale-Zeitung“ im März in einem Artikel heraus. Der Leiter der Dienststelle Bad Kissingen, Heinz Larbig, erläuterte in einem Gespräch, daß die BVS-Dienststelle Bad Kissingen sich seit Jahren mit wechselndem Erfolg bemühe, durch Grundlehrgänge die Bevölkerung mit den nötigen Kenntnissen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen vertraut zu machen. Die einschlägigen Verwaltungsvorschriften bestimmen jedoch, daß es letztlich Aufgabe der Gemeinden sei, den Selbstschutz ausbildungsmäßig und organisatorisch in ihrem Bereich durchzuführen. Die Bevölkerung müsse, wenn sie sich auf freiwilliger Basis mit den Fragen des Selbstschutzes befassen solle, die Möglichkeit haben, sich zu informieren und ausbilden zu lassen. Die BVS-Dienststelle verfüge über ein Ausbildungsteam, das von jeder Gemeinde zur Durchführung von Grundausbildungen angefordert werden könne. Die Kosten hierfür trage der Bund. Etwa 50 Bürgermeister, Stellvertreter oder Gemeinderäte aus dem Kreisgebiet hätten sich bereits zu einer Informationstagung an der BVS-Schule in Tützing gemeldet, wo sie mit der Thematik „Selbstschutzaufgaben der Gemeinde“ bekanntgemacht würden.

Alfred Tschirnig †

Im Alter von 64 Jahren verstarb einer der dienstältesten ehrenamtlichen Mitarbeiter der Landesstelle Bayern, der Leiter der Dienststelle Straubing Alfred Tschirnig. Er gehörte früher hauptamtlich als Kreisgruppenführer dem Reichsluftschutzbund an und stellte sich 1952 dem Bundesluftschutzverband zur Verfügung. Anfang Januar 1953 wurde er zum ehrenamtlichen Leiter der Kreisstelle Straubing Stadt und Land berufen.

Für die großen Verdienste, die er sich im Laufe seiner 20jährigen Mitarbeit erwarb — er leistete Hervorragendes auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit wie der Ausbildung — erhielt er 1961 die Ehrennadel des Verbandes und 1969 die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland.

Eine große Trauergemeinde erwies Alfred Tschirnig die letzte Ehre, unter ihr der zweite Bürgermeister als Vertreter der Stadt Straubing, Edgar Denke als Vertreter des Landesstellenleiters Frhr. v. Leoprechting, der frühere Landesstellenleiter Dr. Georg Walberer sowie der Leiter der Bezirksstelle Niederbayern, Jakob Zimmermann. Durch Kranzspenden ehrten der BVS und die Stadt Straubing den Verstorbenen. Bezirksstellenleiter Zimmermann und Fachgebietsleiter Denke würdigten in Nachrufen das Wirken Tschirnigs, für den das Wort gilt: „Er hat sich um den Selbstschutz verdient gemacht“.

Georg Scholbeck †

Am 22. März verstarb im Alter von 68 Jahren der ehemalige ehrenamtliche Dienststellenleiter Georg Scholbeck. Im Juni 1959 kam er als ehrenamtlicher Mitarbeiter zum Bundesluftschutzverband und wurde 1963 ehrenamtlicher Leiter der Ortsstelle Freising. Mitte 1967 trat er aus gesundheitlichen Gründen von diesem Posten zurück, wurde jedoch im April 1968 erneut zum ehrenamtlichen Leiter der Dienststelle Freising ernannt. Dieses Amt mußte er aus gesundheitlichen Gründen wiederum niederlegen. Dienststellenleiter Fahrmeier erwies dem Verstorbenen die letzte Ehre.

15 mal Blut gespendet

Alois Tochtermann aus Dillingen erhielt Anfang März für seine 150. Blutspende die dritte goldene Anstecknadel des Roten Kreuzes. Tochtermann half schon während des Krieges 15mal durch seine Blutspende verwundeten Kameraden. Seit Öffnung der Ulmer Blutbank findet er sich regelmäßig alle zwei Monate zur Blutspende ein. Herr Tochtermann, heute 47 Jahre alt, ist seit dem 12. 9. 1963 ehrenamt-

licher Mitarbeiter im BVS und seit 1. 1. 1968 Geräteverwalter, Ausbildungshelfer und Filmvorführer. Er hat des öfteren Soforthilfe an Unfallstellen geleistet und weiß daher, wie notwendig Blutspenden sind.

Konrad Weigel ausgezeichnet

Mit einer Plakette und dem Buch der Stadt Weiden wurden fünf verdiente Einheitsführer des erweiterten Katastrophenschutzes in Weiden/Opf. ausgezeichnet. Der Oberbürgermeister, der die Ehrung vornahm, betonte, daß sich diese Männer große Verdienste dadurch erworben hätten, daß sie in opferwilliger und selbstloser Arbeit einsatzbereite Einheiten auf freiwilliger Basis für Katastrophenfälle aufgebaut hätten. Unter den Ausgezeichneten befand sich auch der Leiter der Dienststelle Weiden, Konrad Weigel, der im Anschluß an die Ehrung im Namen der Ausgezeichneten dafür dankte, daß das Stadtoberhaupt persönlich sich des Katastrophenschutzes und seiner Leiter annehme.

Verantwortungsbewußt

Die Gemeinde Unterschleißheim (Kreis München) veröffentlichte in ihren Bekanntmachungen einen Aufruf ihres Ersten Bürgermeisters Hans Bayer unter dem Motto: „Der Bürger und der Selbstschutz“. Ausführlich wird der Selbstschutz als Kernstück des Zivilschutzes herausgestellt. Die Pflicht der Gemeinde, ihre Bürger vor Gefahren zu schützen, könne jedoch nicht ohne die freiwillige Hilfe und Mitarbeit des Einzelnen Erfolg haben. Die Gemeinde biete daher die Möglichkeit, sich kostenlos im Selbstschutz ausbilden zu lassen. In den Amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde erscheinen auch Beiträge aus der regelmäßigen Informationsreihe über den Selbstschutz von dem BVS-Beauftragten für die Gemeinde Unterschleißheim, Otto Praxl. Abschließend folgt jeweils die Angabe der verschiedenen Auskunftstellen, Auskunft- und Anmelde-möglichkeiten für Grundlehrgänge.



Essen und Wasser! Nach einer Katastrophe beides gleich wichtig für die Betroffenen und für die Helfer. Unser Foto: Küchenanlage des THW.

Katastrophenschutzdezernent geehrt

Die Verleihung des THW-Helferzeichens in Gold sollte erfolgen, wenn sich eine Persönlichkeit inner- oder außerhalb des THW wiederholt oder in hervorragender Weise für die Belange unserer Organisation eingesetzt hat. Beides trifft in besonderem Maße für den Dezernenten für Katastrophenschutz, Zivilschutz, Zivilverteidigung und Verteidigungslasten beim Braunschweiger Verwaltungspräsidenten, Regierungsdirektor Dr. Heinrich Patzner, zu, denn er gehört zu den Männern der ersten Stunde. Als erster Regierungsbezirk im Lande Niedersachsen vertraute der Verwaltungsbezirk Braunschweig eine fahrbare Trinkwasseraufbereitungsanlage den freiwilligen Helfern des Technischen Hilfswerks an. Bei dieser Entscheidung — ebenso wie bei der unbürokratischen Verfahrensweise in der Freigabe der Anlage bei echten Notfällen — war Dr. Heinrich Patzner

maßgebend beteiligt. Er ist auch zu jenen Aufsichtsbeamten zu rechnen, die vom ersten Tage des Inkrafttretens des neuen Gesetzes über den Katastrophenschutz an bemüht waren, den wirklichen Willen des Gesetzgebers zu erkennen und nach Möglichkeit danach zu handeln. Sein besonderes Interesse für die vom THW repräsentierten Fachdienste des Gesamtkatastrophenschutzes brachte ihn im Laufe der Jahre immer näher an den Ortsverband des THW heran.

Nachdem die Überleitungsmaßnahmen im Verwaltungsbezirk von Dr. Heinrich Patzner trotz teilweise schwierig gelagerter Verhältnisse mit größtem Geschick und Takt ohne Verlust an Helfersubstanz zu Ende geführt wurden, ist die Verleihung des THW-Helferzeichens in Gold Ausdruck der Anerkennung und des Dankes für die gute Zusammenarbeit.

Nachruf

Am 27. März verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 66 Jahren der ehemalige Geschäftsführer für den Betreuungsbereich Flensburg,

Herbert Welk,

Träger des THW-Helferzeichens in Gold. Er gehörte bereits 1925 zur Technischen Nothilfe und wurde am 7. Februar 1953 Mitglied des THW-Ortsverbandes Flensburg. Nach 20jähriger Mitarbeit — zunächst als ehrenamtlicher Helfer und später als Angestellter — ist Herbert Welk am 30. September 1971 mit Erreichen der Altersgrenze aus dem Bundesdienst ausgeschieden.

Herbert Welk hat sich um das Technische Hilfswerk und insbesondere um den Ortsverband Flensburg besondere Verdienste erworben. Wir werden ihn, den wir als Kameraden, Kollegen und Mitarbeiter kennen- und schätzengelernet haben, nicht vergessen und ihm stets ein ehrendes und gutes Andenken bewahren.

Die Helferschaft des OV Flensburg

*

Durch einen tragischen Unglücksfall an seinem Arbeitsplatz verstarb im Alter von 39 Jahren der Helfer des OV Neumünster

Ernst Horn.

Kamerad Horn war ein Helfer, der bei Katastropheneinsätzen seiner Einheit stets unermüdlich mit an vorderster Stelle gestanden hat. Er war Träger der Sturmflutmedaille aus dem Jahre 1962.

Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Helferschaft des OV Neumünster.

*

Die Helferschaft des OV Recklinghausen hat von ihrem ältesten Helfer,

Wenzel Adolphi,

Abschied nehmen müssen. Adolphi, 1886 in Münster geboren, war im Jahre 1919 Nothelfer der TN in Düsseldorf geworden. In Recklinghausen trat er 1952 dem THW bei und half voll Idealismus beim Wiederaufbau des humanitären Werkes. Der Ortsverband hat einen guten Kameraden verloren, dessen Andenken er in Ehren halten wird.

Die Helferschaft
des OV Recklinghausen

Einsatzübung „Quelle Einfeld“



Kombi mit eingebauter Filteranlage

Dem Landesverband Schleswig-Holstein wurde eine Trinkwasseraufbereitungsanlage (Berkefeld) mit einer Leistung von 6 000 Liter/Std. zugewiesen. Für diese Anlage mußten Bedienungsmannschaften — ein Truppführer und drei Helfer — ausgebildet werden. Aus Helfern, die an Anlagen der Firma Berkefeld mit Leistungen von 2 000 l/h und 4 000 l/h ausgebildet waren, wurde der Kader für die neue Anlage und eine weitere, bereits angekündigte, gestellt. Für eine Einsatzübung wurden die vorgesehenen Bedienungsmannschaften und Reserve-mannschaften des Landesverbandes Schleswig-Holstein zu einer gemeinsamen Weiterbildung in Einfeld bei Neumünster zusammengezogen. Um der Übung einen realistischen Anstrich zu geben, wurde folgende Lage angenommen:

Bei Gründungsarbeiten für ein großes Bauobjekt in Neumünster, Ortsteil Einfeld, wurde eine 1 000 lbs Bombe gefunden. Das Munitionsräumkommando der Landesregierung hatte festgestellt, daß die Zünder nicht mehr auszubauen waren; die Bombe mußte gesprengt werden. Trotz größter Vorsichtsmaßnahmen wurde dabei die Hauptversorgungsleitung vom Wasserwerk Neumünster nach Einfeld schwer beschädigt. Für die Bevölkerung von Einfeld fiel die Wasserversorgung aus. Mit einem länger dauernden Einsatz der Trinkwasseraufbereitungsanlage mußte gerechnet werden. Hierfür standen Helfer aus den Ortsverbänden Flensburg, Itzehoe, Meldorf und Rendsburg zur Verfügung.



Trinkwasseraufbereitungsanlage

Für die Übernachtung stellte die Stadtverwaltung ein 20-Mann-Zelt und eine entsprechende Anzahl von Schlafsäcken und Feldbetten mit Matratze.

Bis 18 Uhr trafen die Trinkwasseraufbereitungsanlage des Landesverbandes und die 15 Helfer aus den Ortsverbänden an der Einsatzstelle ein, die unmittelbar am Einfeld der See neben dem Wasserübungsplatz des Landesverbandes lag.

Die Anfahrt der Übungsteilnehmer erfolgte in THW-eigenen VW-Kombis oder Fukows. Nur der Ortsverband Flensburg hatte zusätzlich einen Mannschaftswagen mit Beleuchtungsgerät beladen.

Nach einer kurzen Information über die Lage durch den Einsatzleiter und Ausbilder des Landesverbandes wurde mit der Einteilung in drei Trupps zu je 5 Helfern begonnen.

Der erste Trupp baute die TWA auf, während der zweite eine ausreichende Beleuchtung vorbereitete und der dritte schließlich mit dem Aufbau des Zeltes beschäftigt war.

Auf einem Steg der DLRG mußte die Saugpumpe aufgestellt und der Saugkorb von dort in tieferes Wasser gebracht werden.

Nachdem auch noch die Vorbehandlungsbehälter befüllt waren, wurde die praktische Ausbildung am ersten Übungstag beendet. Die noch zur Verfügung stehende Zeit wurde zum Auffrischen der theoretischen Kenntnisse genutzt. Am zweiten Tag war um 6 Uhr Wecken und um 7.30 Uhr begann die Ausbildung an der Trinkwasseraufbereitungsanlage. Zuerst wurde

eingehend die Vorbehandlung des Wassers vorgenommen, bei der durch Zugabe von entsprechenden Vorbehandlungsmitteln wie Chlor, Kalk und Eisen-III-Chlorid ein Ausfällen der größten Schmutzpartikelchen erreicht werden sollte. Weiterhin wurde das Fertigmachen der Filteranlage geübt. Das Anschwemmen des Filtermaterials Berkesil „K“ verlangt besondere Handgriffe, die so geübt werden müssen, daß sie jeder Helfer auch in der Dunkelheit ausführen könnte.

Nach dem Beginn der Reinwasserförderung wurde auch eine Chlorung mit Hilfe der Chemikalien-Verdrängungs-Dosierung für Berkefeld-Trinkwasserbereiter vorgenommen und der Chlorüberschuß des Wassers kalorimetrisch mit dem Hellige-Komperator bestimmt. Bis zum Mittagessen hatte jeder Übungsteilnehmer ausreichend Zeit, alle erforderlichen Handgriffe, Einstellungen und Prüfungen durchzuführen, womit erreicht werden sollte, das einmal Gelernte weiter zu festigen.

Alle Teilnehmer der Übung waren mit viel Interesse bei der Aufgabe der Wasseraufbereitung und waren sich darüber einig, daß diese Aus- und Weiterbildung in regelmäßigen Abständen wiederholt werden muß. Es handelt sich hierbei schließlich nicht nur um eine Spezialaufgabe, sondern es wird ein lebenswichtiger Stoff gewonnen. Sauberkeit, Ordnung und Verantwortung sind bei dieser Aufgabe, der Erzeugung von Trinkwasser, erstes Gebot.

Um 13 Uhr wurde die Übung beendet. Nach dem Mittagessen wurden die Trinkwasseraufbereitungsanlage und alle anderen Teile abgebaut, gereinigt und wieder verlastet.

Obwohl das Wetter nicht immer gut war, hatten die Helfer selbst bei einigen Regenschauern die Übung nicht unterbrochen, weil sie das gesteckte Ausbildungsziel erreichen wollten.

Mit Dank für die von ihnen gezeigte Einsatz- und Lernbereitschaft wurden die Teilnehmer der Übung um 15 Uhr vom Übungsleiter des Landesverbandes in ihre Standorte entlassen.

Zum Jubiläum Kinder beschenkt

Zwanzig Jahre THW in Beuel! Während man üblicherweise an Jubiläumstagen Gaben entgegennimmt, beschenkten die THW-Helfer Kinder. Bei strahlender Sonne und strahlenden Gesichtern der Kleinen übergab OB Gerhard Schmitz dem Jugendamt der Stadt Bonn eine an zwei stabilen Holztürmen befestigte Hängebrücke, die auf einem Spielplatz künftig als Tobe- und Trampelgerät dient. „Eingeweiht“ wurde dieses Bauwerk durch BzB-Präsident Dr. Paul Kolb, der den schwankenden Steg als erster überquerte. Zuvor hatte OB Schmitz im Rahmen einer Feierstunde einen Einblick in die Geschichte des OV gegeben. Die Reihe der Hilfeleistungen und Arbeiten im Dienst an der Allgemeinheit begann 1955 bei einem Hochwasser, setzte sich fort mit dem Einsatz anlässlich des Drachenfelsunglückes und brachte zum Ende des zweiten Jahrzehntes die große Schau in Kommern, wo die Helfer eine über 100 m lange Schwimmbrücke und mehrere feste Fußgängerbrücken im Gelände der Landesgartenschau errichteten. Lag in der Vergangenheit der Schwerpunkt auf der Bergung, unter Betonung des Wasserdienstes, so wird zusätzlich ab 1973 der Aufbau eines Zuges des Instandsetzungsdienstes betrieben. Bürgermeister Steger dankte den Helfern im Namen des Oberbürgermeisters und des Rates der Stadt. Präsident Dr. Kolb betonte, daß der Bekanntheitsgrad des OV Beuel durch OB Schmitz und seine Helfer

stark gefördert worden sei. Der OV sei künftig stärker als bisher Träger gegliederter Einheiten des Katastrophenschutzes. Das bedeute womöglich Abschied von der Hilfeleistung in ungegliederter Form. OV und Einheiten würden nun das neue THW bilden, und zwar in sinnvoller Zusammenarbeit mit den Gemeinden.

Nach weiteren Grußworten von Regierungsdirektor Homann, der den Regierungspräsidenten vertrat, lobte auch der THW-Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Kautzky die vorbildliche Aufbau- und Jugendarbeit des OV, während der Direktor des THW und Vizepräsident des BzB, Dipl.-Ing. Schmitt, folgende Helfer mit dem THW-Helferzeichen in Gold auszeichnete: K. Kraemer, G. Stratmann, H.-J. Diestel, U. Strauch, G. Bartel, W. Rosenthal, H. Wahle, K.-D. Westermann und C. Noll. Die Bevölkerung interessierte sich



Eine Hängebrücke zwischen zwei stabilen Holztürmen war das Jubiläumsgeschenk der THW-Helfer für die Kinder von Beuel.

Die neue Unterkunft des OV Lüdenscheid konnte rechtzeitig zum 20jährigen Bestehen eingeweiht werden.



Auch für den Unterricht stehen in Lüdenscheid jetzt dem THW geräumige Räume zur Verfügung.

anschließend für die Fahrzeug- und Geräteschau, nahm die neuen Elektropumpen in Augenschein und lobte die zünftige Erbsensuppe. Ein gemütlicher Kameradschaftsabend beschloß den Jubiläumstag.

20 Jahre OV Lüdenscheid

Der OV Lüdenscheid feierte sein zwanzigjähriges Bestehen mit der Einweihung seiner neuen Unterkunft.

Gegen 10 Uhr fanden sich die Gäste auf dem Schützenplatz Hohe Steinert ein. OB Lothar Vollmann begrüßte u. a. MdB Halfmeier, den Stellvertr. Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Drogies, den Vertreter des BzB, ORR Menzel, sowie den Vertreter des Bürgermeisters, Vahlefeld.

ORR Menzel würdigte im besonderen das Engagement eines jeden Helfers. Ähnlich äußerte sich auch der Vertreter der Stadt Lüdenscheid. Vahlefeld versicherte den Mitgliedern des THW, daß Rat und Verwaltung auch in Zukunft bestrebt seien, dem Hilfswerk noch mehr zu bieten.

Anlässlich der 20-Jahr-Feier übernahm der Ortsverband Lüdenscheid die Patenschaft für das SOS-Kinderdorf. OB Vollmann überreichte dem Vertreter des SOS-Kinderdorfes, Baublies, eine Ur-



kunde mit folgendem Wortlaut: „In Ausübung der freiwillig und ehrenamtlich übernommenen Selbstverpflichtung zum humanitären Dienst beehren sich die Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im Ortsverband Lüdenscheid anlässlich der 20-Jahr-Feier des Bestehens mit Übergabe des neuen Helferheimes nebst Ausbildungsstätte dem SOS-Kinderdorf „Sauerland“ in Lüdenscheid einige selbstgefertigte Spielgeräte zu schenken und als Beitrag zur Jugendförderung die Patenschaft für zukünftige Hilfeleistungen anzutragen.“

Die Spielzeuge — u. a. ein Pferd mit Planwagen und eine Köhlerhütte — sind eine Gemeinschaftsarbeit der Kameraden aus Altena, Lüdenscheid und Halver. Der Vertreter des Landesbeauftragten, Drogies, ehrte danach verdiente Helfer des THW: Geehrt wurden für 10jährige Mitgliedschaft Hans Nissen, Herbert Kray, Robert Dupick, Horst Maus, Werner Bläu, Werner Paßmann, Paul Dunker und Bernd Raulf aus Lüdenscheid, Klaus Gottl, Gerd Heldt, Friedrich

Rache, Karl-Heinz Johansson, Helmut Fritsch, Ernst-Wilhelm Herbel, Manfred Schmidpeter und Klaus Schimmelpfennig aus Altena. Das THW-Helferzeichen in Gold erhielten Robert Dupick, Horst Maus und Bernd Columbus, aus Altena Ernst-Wilhelm Herbel. Technisch interessierte Besucher konnten sich anschließend von den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Technischen Hilfswerkes überzeugen. Helfer demonstrierten die Handhabung der verschiedenen Geräte. Danach folgte die Besichtigung der neuen Ortsunterkunft.

Kastanie gefällt

Eine Bergungsgruppe des OV Bergheim-Erft, verstärkt durch Helfer der Geräte- und Sprenggruppe des 1. Bergungszuges, rückte morgens um 7 Uhr aus, um in Glessen eine Kastanie zu fällen, die auf der sehr engen Hauptstraße den Fußgängerverkehr behinderte. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, daß die Krone des Baumes zum größten Teil über das Dach

des Hauses ragte, zum anderen der Baum auf den drei übrigen Seiten von Starkstrom-Freileitungen „eingerahmt“ war, von denen eine zu allem Unglück noch direkt unter der Krone verlief.

Das zuständige Versorgungsunternehmen, das RWE, hatte auf diesem frühen Termin bestanden, um keine Schwierigkeiten mit der Stromversorgung einiger Handwerksbetriebe und Geschäfte zu haben. Um 7.20 Uhr trafen die Helfer am Einsatzort ein und begannen nach kurzer Einweisung durch Zugführer Arthur Demanet mit der Arbeit. Während ein Teil die Straße sperrte und den Verkehr umleitete, sicherten andere Helfer die Hauptäste mit Halteleinen, damit sie nicht herabstürzen und das Haus bzw. die Leitungen beschädigen konnten. Danach wurden die Äste abgesägt, vorsichtig abgelassen und auf ein Fahrzeug der Gemeinde verladen. Zum Schluß wurde der Stamm gefällt und in transportable Stücke zerlegt. Um 9.00 Uhr konnte die Straßensperrung aufgehoben werden und kurze Zeit später rückten die Helfer wieder ab.

RHEINLAND~PFALZ



Um helfen zu können

Neben der Hilfeleistung bei Hochwasser wird das THW, OV Zell, hauptsächlich bei Verkehrsunfällen angefordert. Bei solchen Einsätzen sind Autobrände nicht selten. Damit das THW auch hier wirksame Hilfe leisten kann, wurde eine Ausbildungsveranstaltung auf das Löschen von Autobränden abgestellt.

Um auf diesem Gebiet möglichst optimale Kenntnisse zu erhalten, lud OB Walter Reis einen Vertreter der Feuerwehr Zell als Ausbilder ein. Während der theoretischen Stunde wurden die Kenntnisse über Arten und Fabrikate der Handfeuerlöcher, ihre Brandklassen und Füllungen sowie das Vorgehen bei Bränden vertieft.

Einige schrottreife PKW, auf einem Schuttplatz in Brand gesteckt, dienten bei der praktischen Ausbildung als Übungsobjekte. Hier zeigte sich vor allem, daß eine wirksame Bekämpfung von Autobränden mindestens Feuerlöcher mit Füllungen von 6 — 12 kg erfordert. Auto-Feuerlöcher mit Füllungen von 1 — 2 kg können höchstens die Ausweitung eines

Vergaserbrandes oder ähnliches in der Entstehung verhindern. Der „Fachmann“ von der Feuerwehr Zell zeigte sich mit dem Ablauf der Übung zufrieden.

Gemeinsam geübt

Nicht zuletzt aufgeschreckt durch die Brandkatastrophe in einem Hotel in Traben-Trarbach (8 Tote), wollte die verantwortliche Stelle beim Landratsamt Cochem-Zell wissen, wie das THW und die Feuerwehr in Zell (Mosel) für einen solchen Fall gerüstet sind.

So trafen sich THW und Feuerwehr aus Zell zu einer gemeinschaftlichen Ausbildung an einem alten verlassenen Gebäude. Als Beobachter war Amtsrat Lauterborn anwesend.

„Bergen aus Höhen mit Leitern“ lautete das Thema der Ausbildungsveranstaltung. Vor den praktischen Übungen wurden durch die Ausbilder nochmals die einzelnen Arten der Leitern und ihre Verwendung sowie das Sichern kurz erläutert. Bei der praktischen Übung drangen Helfer über Steckstrickleitern in die Stockwerke des Gebäudes ein. Sie nahmen die Leinen entgegen, mit

denen die starren Leitern am Kopfende gesichert wurden. Gearbeitet wurde mit Feuerwehrleitern, Klappleitern und Steckleitern. Ihre Sicherung wurde zum Teil durch Leinen, aber auch durch die Unterbauung eines Zweibockes erreicht.

Der Transport der Verletzten über die Leitern erfolgte mittels „Heruntertragen“ im „Reitersitz“, im „Paßgang“ und auf den Schultern eines Helfers. Auch wurde der Leiterhebel zur Bergung benutzt.



THW und Feuerwehr arbeiten hier Hand-in-Hand bei der Sicherung einer Leiter.



Anhand von Modellen und Geräten informierten sich die Besucher.

Vom 7. bis 11. März fand auf dem Hamburger Ausstellungsgelände „Planten un Blomen“ die Ausstellung „Freizeit — Camping — Caravan“ statt. In 12 Messehallen und im Freigelände auf insgesamt 45 000 qm Ausstellungsfläche war vieles zu sehen, was Campingfreunde interessiert. Reichlich war auch das Angebot für Bewegung und Freizeitgestaltung.

Und gerade um das Thema Freizeitgestaltung — wenn auch in anderer Art — ging es bei dem THW-Stand im Freigelände. Es zeigte sich, daß die Bevölkerung lebhaft an der Arbeit des THW interessiert ist. Der Informationsstand und die informative Geräte- und Modellschau waren ständig umlagert. Interessierte jüngere und ältere Besucher, insgesamt 48, boten ihre Mitarbeit im THW an; sie sind zwischenzeitlich zu den Ausbildungsveranstaltungen in die einzelnen Bezirksverbände eingeladen worden. Vor dem Zelt waren eine Trinkwasseraufbereitungsanlage, ein Feldkochherd und ein 28 kVA Stromerzeuger zu besichtigen. Ein S-Boot mit Außenbordmotor sowie ein Kipper-LKW, wie er für die Gerätegruppen der B-Züge ausgeliefert wurde, rundeten das Bild ab.

Nach der Handwerksausstellung 1958 war es das erste Mal, daß der Landesverband Hamburg wieder auf einer

Ausstellung vertreten war. Zahlreiche, insbesondere ältere Besucher sowie ehemalige TN- und THW-Angehörige äußerten sich bei ihrem Standbesuch positiv und erfreut über die Initiative des Landesverbandes, einmal etwas aus der THW-Arbeit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So entschloß sich die Standbesetzung am letzten Ausstellungstag, Interviews mit Besuchern aller Altersgruppen zu machen. Jeweils 3 Fragen wurden dem Standbesucher gestellt und auf Tonband aufgenommen:

1. Kennen Sie das Technische Hilfswerk?
2. Welche Aufgaben hat nach Ihrer Meinung das Technische Hilfswerk?
3. Finden Sie es richtig, daß das THW sich hier auf der Freizeitausstellung vorstellt?

Während die Beantwortung der Fragen 1 und 2 wenig befriedigte, jedoch wertvolle Erkenntnisse für eine



Blick auf einen Teil des THW-Standes im Freigelände von Planten un Blomen.

Öffentlichkeitsarbeit brachte, fanden alle Befragten eine Beteiligung des THW auf der Ausstellung richtig und zweckmäßig.

Die Beantwortung dieser Frage durch unvorbelastete Besucher ließ alle Beteiligten die Mühen und vielen Bastelstunden vergessen, die zur Vorbereitung der Ausstellung erforderlich waren.

Ähnlich wie in anderen großen Städten sollte eine derartige Ausstellungsbesichtigung zu einer festen Einrichtung werden, die jährlich durchgeführt wird.

Feuerwehr bewirtet

Die Hamburger Berufsfeuerwehr hatte anlässlich ihres 100jährigen Bestehens viele auswärtige Feuerwehrleute zu Gast. 70 Feuerwehrleute aus Wien, Kopenhagen, Berlin und Iserlohn wurden beim Technischen Hilfswerk Hamburg-Altona untergebracht. Da der Bezirksverband hierauf nicht eingestellt ist, wurden Teile einer M 73 Küche aufgestellt. Der Lehrsaal und der Übungsraum wurden ausgeräumt und mit Betten belegt. Im Aufenthaltsraum wurde gegessen. Den Gästen stand eine Kantine zur Verfügung, die Tag und Nacht geöffnet war.



Gäste aus Wien wurden vom THW verpflegt.

Am letzten Tag wurde das Küchenpersonal einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Gegen 12.00 Uhr wurde das THW durch eine Orkanmeldung alarmiert. Die Gäste saßen gerade am Mittagstisch, da trafen schon die ersten THW-Helfer ein und mußten jetzt noch mit versorgt werden. Gegen 22.00 Uhr war dann Ruhe im BV. Die Gäste waren abgereist, und die Helfer der einzelnen Alarmgruppen rüsteten sich für den Heimweg.

Reiches Programm geboten



Die Gartenbauabteilung der Stadt Wilhelmshaven konnte zwei von THW und ZS gebaute Fußgängerbrücken übernehmen.

Der Ortsverband Wilhelmshaven veranstaltete aus Anlaß seines Zusammenschlusses mit dem ZS einen Übungstag mit vielen interessanten Darbietungen. Leitmotiv dieser Veranstaltung war Demonstration und Werbung. Auf dem Programm standen:

- Sprengung eines Schornsteines;
- eine Werbefahrt aller ZS- und THW-Fahrzeuge durch die Stadt;
- Die Übergabe von zwei vom THW und ZS erbauten Fußgängerbrücken an die Gartenbauabteilung der Stadt;
- Gemütliches Beisammensein der Helfer im THW-Heim Doraweg.

Die Bevölkerung war zu diesem Tag herzlich eingeladen. Ortsbeauftragter Dipl.-Ing. Krüger traf sich um 9 Uhr mit seinem OV in der Unterkunft und teilte jeden Helfer entsprechend seiner Aufgabe ein. In der Zwischenzeit wurden die letzten Maßnahmen zur Sprengung eines 38 m hohen Ziegeleischornsteines getroffen. Bereits vor einer Woche hatte die Sprenggruppe unter Leitung von Günther Kirchgeorg die Vorarbeiten begonnen. Im Sockelbereich des Schornsteins, der einen Umfang von 11 m hatte, wurden zunächst auf beiden Seiten Fallschlitz in das 75 cm dicke Mauerwerk gestemmt. Die Genauigkeit der Fallschlitz, die die Kippachse

ergeben, war entscheidend für die vorbestimmte Fallrichtung. Anschließend wurden 11 Bohrlöcher, auf 55 v. H. des Umfanges verteilt, in Fallrichtung gebohrt. Die Bohrlöcher wurden so angeordnet, daß beim Sprengen ein Keil entsteht und der Schornstein an den Fallschlitz abbricht. Am Tage der Sprengung wurden die Bohrlöcher mit 2,2 kg Geositsprengstoff besetzt.

Nach Abschluß dieser Arbeiten war eine Stärkung an der Feldküche fällig. Danach verteilten sich die THW-Helfer auf den Sicherheitskreis von 300 m und begannen zusammen mit der Ortspolizei die Absperrmaßnahmen. Alle Sperrposten waren mit Funkgeräten ausgerüstet.

Zahlreiche Zuschauer, auch von der Stadtverwaltung, anderen Ortsverbänden und dem Landesverband, hatten sich eingefunden. Lehrgruppenleiter Günther Cyriacks von der Katastrophenschutzschule Bad Nenndorf in Niedersachsen erklärte den Gästen und Zuschauern an einer Tafel den technischen Ablauf einer Kamin-sprengung. Im Schornstein wurde unterdessen eine Nebelkerze gezündet. Die Tradition besagt, daß „ein Kamin die Seele aushauchen“ muß.

Um 13.38 Uhr war es soweit. Die Bundesbahn meldete über Funk, daß die vorbeiführende Strecke für 16 Minuten frei sei. Sofort wurde das Sprengsignal gegeben. In Fallrichtung des Schornsteines entwickelte sich mit dem Detonationsknall eine rot-weiße Staubwolke, dann knickte der Kamin in mehrere Teile und fiel genau in die vorberechnete Richtung.

Nach Abnahme der Sprengstelle durch den Sprengbefähigten wurde das Signal zur Entwarnung gegeben. Für 380 t Gestein war das Schicksal besiegelt. Nach dem Verlasten der Sprenggeräte formierte sich der OV mit seinen Fahrzeugen zur Kolonnenfahrt durch die Stadt.

Diese Werbefahrt sollte im weiteren Sinne zur Öffentlichkeitsarbeit beitragen; eine Demonstration, die der Bevölkerung zeigte, in welcher Größenordnung das THW vertreten ist, um zu jeder Zeit und Stunde durch tatkräftigen Einsatz aller Helfer auftretende Gefahren zu beseitigen.

Am Burghügel des Stadtteils Siebethsburg übergab der OB Krüger 2 Fußgängerbrücken an die Gartenbauabteilung der Stadt. Diese Brücken aus Bongossiholz wurden von den Helfern in mühevoller Arbeit gefertigt. Die Übergabe wurde durch den Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr musikalisch unterstrichen. Am Abend fand man sich zum gemütlichen Beisammensein aller Beteiligten im THW-Heim ein. Kreisbeauftragter Reinike hieß alle Helfer und Gäste herzlich willkommen. OB Krüger bedankte sich bei seinen Helfern für die rege Mitarbeit bei allen Arbeitsleistungen und wünschte für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit mit den hinzugekommenen Helfern des ZS.

Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Rolf Schneider gab einen Rückblick in die Gründungsjahre des Ortsverbandes und würdigte die tatkräftige Mithilfe, mit der diese Organisation in Wilhelmshaven aufgebaut worden ist. Anschließend überreichte er dem Stadtdirektor Dr. Meyer-Abich das THW-Helferabzeichen in Gold für die verständnisvolle Förderung der THW-Arbeit und wohlwollende Unterstützung bei der Ausrüstung des Ortsverbandes mit den verschiedensten Geräten.

Alte Mühle dreht sich wieder

Die letzte der fünf alten Mühlen in Bremen, die 1953 unter Denkmalschutz gestellt und im Laufe der vergangenen 20 Jahre renoviert wurden, dreht nun ihre Flügel wieder und kündigt von der guten Zusammenarbeit der Bevölkerung, privater Hand und der Behörde, aber auch vom THW-Bezirksverband Bremen-Hastedt. Anlaß zu dieser Betrachtung war das 170jährige Bestehen der Arberger Mühle, die nach zweijährigem Einsatz des BV Hastedt unter fachkundiger Leitung des heutigen Besitzers Adolf Möller und des Baudenkmalpflegers Dr. H.-Chr. Hoffmann nun mit ihren drehenden Flügeln jetzt die Autofahrer grüßt, die auf der Hansa-Linie gen Norden fahren. Im März 1803 wurde sie als Galerie-Holländer in Betrieb genommen, und zwar auf einem Platz, auf dem schon eine Bockwindmühle aus dem Jahre 1582 gestanden hatte. Die Zeit war über sie hinweggegangen, hat die alte Mühle, deren Flügel segelbespannt waren und die eine von der Galerie aus bediente Sterts-Steuerung besaß, im Dünenlande verschwinden lassen. Zwei alte Treppen aus jener Zeit sind in der nun renovierten Mühle eingebaut. Doch im Zeitalter der Technik gab es für diese Art der Mehlgewinnung keinen Platz mehr, und

so begann nach der Stilllegung der Verfall. Im mächtigen Eichengebälk fraß der Holzwurm.

Dem Besitzer dieser Mühle, aber auch dem Ortsamtsleiter Funk des Ortes amtes Bremen-Hemelingen, ist zu danken, daß mit allem Nachdruck der Gedanke zur Erhaltung der Mühle verfolgt und unter Einschaltung der Öffentlichkeit sowie des Amtes für Baudenkmalpflege in die Tat umgesetzt wurde.

Bei den weiteren Überlegungen über eine wirksame und uneigennütige Hilfeleistung wurde fast zwangsläufig das THW angesprochen. Dank der Erkenntnis des Bezirksbeauftragten Oberkommissar Calkosz und seiner Mitarbeiter wurde dann im Oktober 1970 unter Zustimmung des Landesverbandes mit den an Umfang und Schwierigkeiten schwer abzuschätzenden Arbeiten an der Mühleneinrichtung begonnen. Es war keine alltägliche Sache, die vier bis zu fast 1 Tonne schweren Mühlsteine auszubauen, zu transportieren und aus ihrer Höhe abzulassen. Desgleichen mußten die Siloanlage, die Transmissionen, Elevatoren, Absackeinrichtungen und zwei Fußböden ausgebaut werden. Wer solche alten Mühlen und deren Höhe von 28 Metern nicht kennt, den seit Jahrzehnten lagernden Mehlstaub niemals gerochen hat, wird kaum

ermessen können, welche harter Arbeit und reiflicher Überlegungen es bedarf, um diese Aufgabe durchzuführen.

Und das muß gesagt werden: In etwa 10 Tageseinsätzen, bei denen außer den erwähnten Einrichtungsgegenständen fast 25 Tonnen Holz ausgebaut wurden, war dank guter Planung kein einziger Unfall zu beklagen.

„Bewegen schwerer Lasten“ konnte hier in Verbindung mit einer Hilfeleistung zur Erhaltung wertvollen Kulturgutes in die Ausbildung der Helfer aufgenommen werden. Wie es sich sehr oft gezeigt hat bei dem Bezirksverband Bremen-Hastedt, wurde durch die Zusammenarbeit alter und junger Helfer die Gemeinschaft gefestigt. Das in der Unterkunft Erlern wurde nutzbringend in die Praxis übertragen und dabei noch wertvolle Mithilfe bei der Erhaltung wertvoller alter Baulichkeiten geleistet.

Wechsel in Bremen-West

Am 12. März wurde der seit über 8 Jahren tätige Bezirksbeauftragte Bremen-West, Postamtman a. D. Rudolf Legel, auf eigenen Antrag aus dem aktiven Dienst im THW entpflichtet und im Rahmen einer kleinen Feierstunde verabschiedet. Landesbeauftragter Kluge fand Worte des Dankes für die geleistete Arbeit beim Bezirksverband, aber auch für die Tätigkeit, die Rudolf Legel schon seit 1921 in der damaligen TN — bis zu deren Auflösung — geleistet hatte. Kluge zeigte einige markante Punkte aus dieser Zeit auf und stellte ihn als Vorbild der Pflichterfüllung zum Wohle aller dar.

Gleichzeitig konnte Betriebswirt Walter Buchart eingeführt werden, der vom Direktor des THW ab 1. 3. 1973 mit der Führung des Bezirksverbandes Bremen-West beauftragt wurde. In kurzen, knappen Worten stellte sich der neue BB den Anwesenden vor und versprach, sich stets für das Wohl des BV einzusetzen, was allerdings nur möglich sei, wenn ihm die volle Unterstützung aller Helfer und Führungskräfte zuteil wird.



Dank der Hilfe des Technischen Hilfswerkes konnte diese alte Windmühle wieder restauriert werden.

Auch THW Berlin braucht Werbung

Wir wissen alle, daß es in Großstädten schwerer ist, freiwillige Helfer zu gewinnen, als dies in Mittel- oder Kleinstädten der Fall ist. Alle Organisationen und Vereine klagen über den Nachwuchsmangel und das Desinteresse an gemeinnützigen Aufgaben. Es sind nicht nur die unzähligen Möglichkeiten der angenehmen Freizeitgestaltung, sondern auch die perfektionierte, amtliche Regelung des täglichen Lebens. Für alle Normalfälle und auch Ausnahmefälle ist etwas vorbereitet. Daß in einer Millionenstadt berufsmäßige Kräfte vorhanden sein müssen, steht außer Frage. Dies bedingt jedoch für uns, daß echte Einsatzmöglichkeiten kaum vorhanden sind. Unseren Mitmenschen nun die Erkenntnis zu vermitteln, daß in Extremfällen die berufsmäßigen Kräfte nicht ausreichen und dann auch ausgebildete, freiwillige Helfer zur Verfügung stehen müssen, ist eine Hauptaufgabe unserer Öffentlichkeits- und Werbearbeit. Gerade weil wir nicht mit häufigen Einsatzberichten aufwarten können, ist es notwendig, jede sich bietende Gelegenheit unter werbemäßigen Aspekten zu betrachten. Noch müssen wir echt um jeden Helfer werben. Leider ist es so, daß uns trotz unseres mehr als 20jährigen Bestehens noch nicht alle Bevölkerungskreise kennen oder noch keine klare Vorstellung unserer Organisation und unserer Aufgaben haben. Selbstverständlich müssen wir auch selbst aktiv dazu beitragen, uns in der Öffentlichkeit darzustellen. Dies können reine Werbeveranstaltungen, Übungen und Einsätze sein. Jedes öffentliche Auftreten des THW ist Werbung. Alle Helfer betreiben in diesem Sinne Werbung für das THW. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung sind eine Langzeitaufgabe. Daß Werbung Geld kostet, ist eigentlich so selbstverständlich, daß man dies nicht ausdrücklich erwähnen muß.



THW-Ausstellungsstand bei der Deutschen Industrierausstellung 1972.



Klare Aussagen informieren den Besucher über die Aufgaben des Technischen Hilfswerkes.



Im Schöneberger Rathaus hatte das THW eine kleine Ausstellung aufgebaut.

„Holzwürmer“ im Erholungsgebiet

Im vergangenen Sommer bat uns der Verkehrsverein Grünberg, im Erholungsgebiet Brunntal einen Kinderspielplatz anzulegen. In einem von Architekten entworfenen Plan war u. a. vorgesehen: Block- und Schutzhütte für Spaziergänger, Palisadenwände, Sandkisten, Kletter- und Schwebebalken, Rutschbahn und Abfallkörbe — alles aus Holz. Dazu Rodung und Planierung des Steilgeländes. Das Holz stellte die Forstverwaltung. Mit Eifer gingen die Helfer an die Arbeit und zeigten, daß Holzarbeiten — so durchgeführt — Spaß machen. Im Schnitt waren 20 Helfer an Sonnabenden und an den Abenden eingesetzt. Die Bevölkerung freute sich über den Eifer der jungen Helfer.

Zur Einweihung hatten wir uns ein Kinderfest vorgestellt. Aber leider ließ sich dieses aus finanziellen Gründen nicht realisieren. Aber auch das „Dankeschön“ des Magistrats bewies, daß die Helfer des OV gute Arbeit geleistet hatten.

Großfahndung — auch THW half

Am 21. März war der vierjährige Ralf seiner Mutter und seinen Brüdern im Wildpark der Kurstadt Bad Orb „verlorengegangen“. Die Polizei, die spät benachrichtigt wurde, löste sofort eine Großfahndung aus, zu der auch das THW und die Feuerwehr alarmiert wurden.

Kombi und MLW wurden zusätzlich mit Notstromaggregat und Scheinwerfer ausgerüstet. Das Waldgebiet, in dem man den Jungen zu finden hoffte, wurde nach Plan abgefahren und abgeleuchtet. Erst am Nachmittag des nächsten Tages fand ein Suchtrupp den völlig durchfrorenen und verängstigten Ausreißer 7 km vom Wildpark entfernt. Die Eltern, die kurz darauf ihr Söhnchen wieder in die Arme schließen konnten, haben allen an der Suche Beteiligten herzlichsten Dank ausgesprochen.

„Sonderfahrt“

Für die Kleinen von Großalmerode bauten die Helfer des OV am neuen Kindergarten eine Holzeisenbahn. Holzbearbeitung wurde „zweckgebunden“ in den Dienstplan auf-

genommen. Die Anfertigung nahm einige Monate in Anspruch; schließlich gehörten das Fällen der etwa 90 cm starken Stämme, das Entrinden und der Transport mit dazu. Daß diese „O-Serie“ der nordhessischen Spielbahn den Erbauern gelang, bestätigte die Stadt den

Helfern bei der Übergabe und beweisen die Kleinen fast täglich.

Vertrauen zu ihrem Werk bewiesen auch die Hersteller, die selbstverständlich die erste Probefahrt mit „eigener Besatzung“ durchführten.



THW-Helfer bei der „Probefahrt“ mit der für den Kindergarten gebauten großen Holzeisenbahn.



Darmstadts Oberbürgermeister Heinz Winfried Sabais (r.) und Polizeipräsident Peter C. Bernet begrüßen bei einer Besichtigung THW-Helfer.

Polizei alarmierte THW

Ein Lastzug zertrümmerte in Homberg eine Tankstelle. Drei Zapfsäulen und die gesamte Überdachung wurden dabei abgerissen. Es bestand akute Brand- und Explosionsgefahr. Die Polizei alarmierte Feuerwehr und THW. In gemeinsamer Arbeit wurden die ersten Sicherungsmaßnahmen getroffen. Abgesichert durch die Feuerwehr, hoben die THW-Männer die auf dem Lastzug liegende Überdachung mit Öldruckhebern an. Die Dachkonstruktion wurde abgestützt und damit für ein Spezialbergungs-

fahrzeug der erforderliche Arbeitsraum geschaffen. Nach der Bergung des Lastzuges mußte die Überdachung beseitigt werden. Personen waren bei diesem Verkehrsunfall nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden war jedoch recht erheblich.

Für die Männer des OV Homberg, die nach 6 Stunden den Einsatz beenden konnten, war es eine erneute Bestätigung bester Zusammenarbeit der am Ort tätigen Katastrophenschutzeinheiten.



Brückenschlag nach Baden

Die Gemeinde Birkenfeld, an der schönen Enz gelegen, die früher die Grenze zwischen Württemberg und Baden bildete, hat zum Technischen Hilfswerk ein ganz besonderes Vertrauensverhältnis, denn hier erinnert man sich noch an den Tornado vor vier Jahren. Dabei erfuhr auch die Gemeinde Birkenfeld die tatkräftige Hilfe des OV Pforzheim. Nach den Erfahrungen lag es nahe, daß der Bürgermeister mit der Bitte um technische Hilfeleistung an den OV Pforzheim herantrat. Es sollte eine besonders für Wanderzwecke seit langem erwünschte Möglichkeit der Enzüberquerung geschaffen werden.

Auf der badischen Seite stieß der Steg zwar in den Berg hinein, auf der württembergischen Seite aber mußte enorm aufgetragen werden. Das Schüttgut konnte durch die Bürger — nach Fertigstellung des Steges — aus Baugrubenaushub aufgebracht werden. Aber aus der Vorschrift, der durch den höchsten Hochwasserstand bedingten Höhe und der Topographie ergab sich die beachtliche Länge von 33 m. Das ist auch der Abstand der äußeren Stützen. Zwei innere Stützen wurden an den Flußufern vorgesehen; sie stehen 17 m voneinander. Die vier Pfeiler wurden von einer ortsansässigen Bauunternehmung in Stahlbeton erstellt.

Nun ist eine Spannweite von 17 m für eine Holzbalkenkonstruktion schon eine ganz beachtliche Sache. Deshalb ergab die statische Berechnung von Dipl.-Ing. Breusch, THW-Ortsbeauftragter in Niefern, bei der Verwendung von drei als „Gerberträger“ ausgebildeten Balken die stattliche Konstruktionshöhe von 1,05 m, dazu der Belag. Tannen, aus denen Balken mit den hier erforderlichen Dimensionen geschnitten werden können, sind selbst im Hochschwarzwald selten.

Die Höhe vom normalen Wasserspiegel der Enz bis zur Unterkante der Holzkonstruktion mißt 3,50 m. Außerdem forderte das Tiefbauamt der Stadt Pforzheim, daß vom Hochwasser weggerissene Balken, Dielen und Bretter den Enzverlauf in Pforzheim nicht blockieren.

So macht dieser Steg über die Enz den Eindruck einer Brücke. Folgende Mengen an Holz wurden verbaut:

15 cbm Kanthölzer, 3000 lfdm Abbund und 230 qm Bohlen und Bretter für Belag und Geländer; verarbeitet wurden ferner: 2300 kg Profilstahl (z. B. für den Windverband), 1200 kg Kleineisen sowie 440 Stück Dübel.

An 10 Wochenenden fanden sich jeweils rund 20 Helfer ein. Immer war die Feldküche dabei (Sportangler lieferten sogar Forellen ab). Bei schönem Wetter wurde karnpiert. Allen THW-Helfern hat dieser Stegebau viel Freude gemacht. Und das, obwohl manchmal der Anstrich der Eisenteile und das Imprägnieren des Holzes mit Xylamon reichlich eintönig war.

Übung auf dem Heuberg

Übung macht den Meister — dieses Sprichwort ist bei den Helfern des Ulmer Zivilschutzes und des THW Neu-Ulm Grundsatz ihrer Arbeit. Beispiel dafür war ein Ausbildungslager, das Einheiten aus Ulm, Neu-Ulm, Tübingen und Tailfingen auf dem Truppenübungsplatz Heuberg durchführten.

Samstag, 6.30 Uhr. Geschäftiges Treiben in der ZS-Unterkunft Blaubauer Straße: 116 Ulmer und elf Neu-Ulmer Männer treffen ein. Alsbald setzt sich die Kolonne von Spezialfahrzeugen in Marsch. Ziel des Tages: Stetten am kalten Markt — Lager Heuberg.

Einen Teil der Übung bestreiten die Fernmelder. Sie halten — unterstützt durch einen Göppinger Funkgruppenwagen — die Verbindung zu Einsatzleiter Alfred Semler (Ulm) aufrecht, der über Sprechfunk die verschiedenen Fahrtrouten an die einzelnen Züge angibt. Ab Mengen erhalten die Funker Unterstützung. Der FMZ Tailfingen hat in Leiberdingen eine Relaisstation aufgebaut. Somit ist auch die Verbindung zum ABC-Zug Tübingen hergestellt.

Am Samstagnachmittag beginnt die eigentliche Ausbildung: Unter Leitung von Karl Blickle bringen die Tailfinger Fernmelder ihren Ulmer Kameraden bei, wie Freileitungen gelegt werden, wie eine Feld-Telefonzentrale aussehen soll, wie sie bedient wird. Die Bergungszüge aus Ulm und Neu-Ulm üben das Bergen von Verletzten aus zerstörten Häusern,

Auf jeden Fall müssen fast alle hier praktizierten Anwendungen Allgemeingut eines THW-Helfers sein. Selbstverständlich schweißt eine solche Aufgabe zusammen und fördert die Kameradschaft untereinander. Diese Tatsache macht sich nun bei den Ausbildungsabenden in erfreulicher Weise bemerkbar.

Auch bei der Einweihungsfeier am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, trat sie offensichtlich zutage. Der Bürgermeister von Birkenfeld, Landtagsabgeordneter Gross, taufte die Brücke auf den von den Birkenfelder Bürgern ausgesuchten Namen „Oberer Enzsteg“.

die Sanitäter (Helfer des ASB Ulm) legen Infusionen an und nehmen das Bekämpfen von Schockzuständen durch. Und während die ABC-Leute aus Tübingen, Ulm und Neu-Ulm — Leitung Dipl.-Ing. Fischer (Tübingen) — durch Kampfstoffe „verstrahlte“ Gebiete aufspüren, Wetterhilfebeobachtungen anstellen und sich im Sprechfunkverkehr üben, führen zwanzig im Katastrophenschutz verpflichtete Feuerwehrmänner aus Ulm in der Selbstschutzanlage Brandbekämpfung durch.

Die Feuerwehrleute hatten übrigens auf dem Anmarsch nach Stetten einen echten Einsatz: Sie kamen auf der B 311 bei Herberdingen (Kreis Saulgau) an eine Verkehrsunfallstelle und halfen, die glücklicherweise unverletzten Insassen zu bergen und die Straße zu räumen.

Verpflegt wurden die Männer durch den Versorgungszug des Zivilschutzes Ulm; er bereitete in der Großküche der Garnison die Mahlzeiten zu. Ein geselliges Beisammensein in der Kantine rundete am Samstagabend das Programm ab. Insgesamt waren an diesem Wochenende 171 Männer aus den genannten Einheiten auf dem Heuberg unterwegs. Dabei legten die 22 Ulmer ZS-Fahrzeuge und 2 MKW des Neu-Ulmer THW rund 9000 Kilometer unfallfrei zurück. Die Einsatzleitung stand Tag und Nacht in Funkkontakt mit der Ulmer Feuerwehr, um sofort bei größeren Unfällen oder gar Katastrophen nach Ulm zurückkehren zu können.

Aussichtsturm für Erholungsgebiet

Die idyllische, 950 Einwohner zählende Gemeinde Rimlingen, eingebettet in zwei Höhenzügen 6 km nordöstlich der Kreisstadt Merzig gelegen, hat durch den THW-OV Mettlach ein neues Wahrzeichen erhalten.

Auf der höchsten Stelle eines Höhenzuges haben an acht Samstagen je 20 Helfer unter Leitung des Ortsbeauftragten Ing. Schönfeld und der Gruppenführer Reinig, Holzmann und Sander einen 12 m hohen Aussichtsturm mit drei Aussichtsplattformen erstellt, der den Blick im Süden bis weit ins Saartal und im Norden bis zu den Ausläufern des Hunsrück freigibt.

Das Bauwerk, das auf Anregung des Bürgermeisters zurückzuführen ist und der Hauptanziehungspunkt eines großzügig erschlossenen Naherholungsgebietes werden soll, hat eine Grundfläche von rd. 40 qm und erforderte 25 cbm vorgefertigtes und imprägniertes Kantholz. Von den Helfern wurden insgesamt 1600 Arbeitsstunden aufgewandt.

Bürgermeister Dewes, der sich sowohl beim Landesbeauftragten G. Reimann sowie auch bei OB Schönfeld für die tatkräftige Unterstützung durch den THW-Ortsverband Mettlach herzlich bedankte, lobte besonders den Fleiß und die Geschicklichkeit der Helfer und hob den hohen Ausbildungsstand, der hierbei erwiesen wurde, hervor.

Übung und Ausstellung

Im Rahmen des 1. Burg- und Weiherfestes der Amtsverwaltung Illingen führten die Katastrophenschutzorganisationen THW, Feuerwehr und DRK zum erstenmal gemeinsam auf einem Teil des Festplatzes eine Fahrzeug- und Geräteschau durch, wobei Einzelvorführungen der Organisationen das Programm abrundeten.

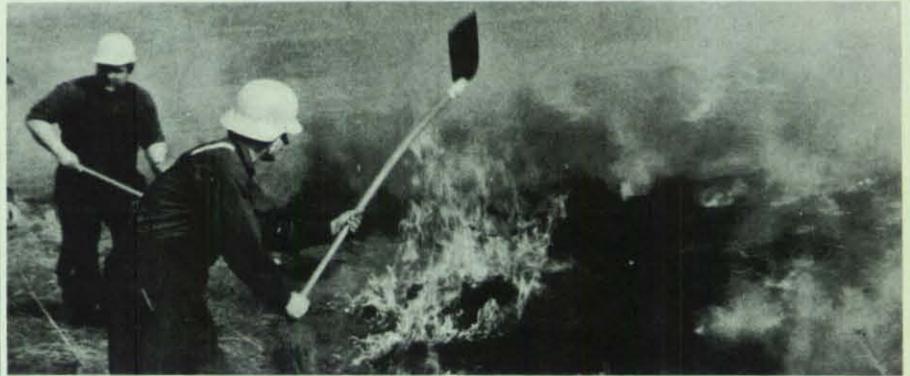
Der THW-OV Illingen hatte ein Zelt von 25 m Länge aufgebaut und innen entlang der offenen Längsseite die Geräte ausgestellt. Die zweite Seite des offenen Vierecks bildete die Fahrzeugschau; an der dritten waren die Kücheneinrichtungen aufgestellt, da das THW aus dem Feldkochherd die Bevölkerung mit einem Eintopfessen versorgte.

Im Laufe des Tages wurden verschiedene Übungsaufgaben durchgeführt, teilweise auch gemeinsam mit der Feuerwehr und dem DRK. Außerdem wurden ein Tonnensteg und ein Trümmersteg errichtet. Der Hauptanziehungspunkt war am Nachmittag die Vorführung der Sauerstofflanze.

Landesbeauftragter G. Reimann, der am frühen Nachmittag die Ausstellung besuchte, fand lobende Worte für

die Helfer des OV, die unter der Leitung von OB Andres und seinem Stellvertreter G. Schmidt vorbildliche Arbeit geleistet haben.

Die langjährigen THW-Helfer Viktor Barrois, Günter Schmidt und Bernhard Schmidt wurden für besondere Verdienste um den Aufbau des THW-OV Illingen von LB Reimann mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.



Gemeinsam mit der Feuerwehr wird der Flächenbrand bekämpft.

Während der Übung brannte es

Der THW-Ortsverband Ludweiler, am 20. 1. 1972 als 27. Ortsverband des Landesverbandes gegründet, führte kürzlich eine Alarmübung durch, um sowohl den Alarmplan des Ortsverbandes (Schneeballsystem) wie auch die Helfer auf Einsatzmöglichkeit und Stand der Ausbildung zu überprüfen.

Zu diesem Zweck hatte Ausbildungsleiter Leick um 12.20 Uhr den Alarm ausgelöst. Gegen 12.35 Uhr war bereits ein Truppe einsatzbereit. Um 13 Uhr, als über 40 Helfer eingetroffen waren, wies Ausbildungsleiter Leick die Gruppenführer ein, wobei von folgender Situation ausgegangen wurde: Gegen 12.05 Uhr hatte eine Windboe das Dach eines Kindergartens erheblich zerstört. Herabgefallene Teile haben die Zugänge versperrt, die Eingangstüren drohen einzustürzen, die hintere Giebelseite ist beschädigt und muß auf eine Länge von 7 m abgestützt werden. Vordringliches Ziel ist, die eingeschlossenen Kinder zu retten und das Gebäude soweit abzustützen, daß kein nachfallendes Mauerwerk Menschen verletzen kann. Außerdem muß das Dach notdürftig eingedeckt werden.

Da in der Zwischenzeit weitere Helfer eingetroffen waren, kamen zeitweise 8 Gruppen zum Einsatz und erfüllten innerhalb von vier Stunden die gestellten Aufgaben, wobei das jähe Ertönen der Sirenen für eine Gruppe neue Aufgaben brachte.

Begünstigt durch die starke Trockenheit war an zwei verschiedenen Stellen ein Flächenbrand entstanden, der sich schnell ausbreitete und auf den nahen Wald übergreifen drohte.

Da die der örtlichen Feuerwehr verfügbaren Kräfte nicht ausreichten, kam eine Bergungsgruppe zum Einsatz und bekämpfte gemeinsam mit der Feuerwehr erfolgreich das Feuer, sodaß größerer Schaden vermieden werden konnte.

Der Landesbeauftragte G. Reimann, der gemeinsam mit OB MdL Wahlen der Übung beiwohnte, fand lobende Worte für den Ausbildungsstand und die Einsatzbereitschaft der Helfer des OV Ludweiler. Da nicht zuletzt das Erkennen von Mängeln bei dem teilweise umstrittenen „Schneeball-Alarmsystem“ im Vordergrund der Übung stand, war das Übungsziel erreicht.

Harte Arbeit ohne viel Lärm

Die Vielseitigkeit ihrer Ausbildung und ihre Einsatzbereitschaft zu jeder Zeit bewiesen die Helfer des THW-Ortsverbandes Hof bei einer technischen Hilfeleistung im Stadt-Krankenhaus. Bei dem im Umbau befindlichen Gebäude sollte die Betondecke eines alten Versorgungsganges beseitigt werden, ohne daß die tragenden Wände dabei beschädigt würden. Der zunächst von der Baufirma für diese Arbeiten vorgesehene Kompressor konnte nicht eingesetzt werden. Die Erschütterungen und der Lärm hätten im Krankentrakt eine nicht zu vertretende Belästigung ergeben. Der Vorschlag des THW-Ortsverbandes, die Betondecke mit der Sauerstofflanze herauszutrennen, fand daher bei der Krankenhausleitung sofort begeisterte Zustimmung. Für die Helfer ergab diese Arbeit gleichzeitig ein ausgezeichnetes Übungsobjekt.

Vier THW-Fachhelfer mit einem LKW und einem VW-Kombi sowie dem notwendigen Gerät rückten zum Krankenhaus aus. Zunächst wurde der Deckenausschnitt vermessen und Schutzvorrichtungen errichtet. Dann wurde die Hitzeschutzkleidung angelegt.

Es wurde entsprechend der vermessenen Umrißlinien eine Spalte in den überaus harten Beton geschmolzen. Im Wechsel mußte diese mühevoll Arbeit schon aus Gründen der Hitzeeinwirkung und der Konzentration von allen Helfern übernommen werden. Ohne Unterbrechung wurde rund 10 Stunden gearbeitet; dann war es geschafft. Die Betondecke war mit Präzision fachgerecht und genau herausgeschweißt. Die Männer hatten insgesamt 300 m Brennröhre und je Minute 760 Liter Sauerstoff verbraucht.

Den Helfern des OV Hof wurde durch die Verantwortlichen des Krankenhauses Dank und Anerkennung für diese außerordentliche Leistung zu teil. Die Ruhe der Patienten war durch die Arbeit in keiner Weise gestört worden.



Bis aus 32 m Tiefe mußten die THW-Helfer Autowracks aus Steinbrüchen herausholen.

Aktion „Saubere Landschaft“

Unsere wachsende Bevölkerungszahl, die steigende Industrialisierung und das Bestreben des Einzelnen nach Grundeigentum engt unseren Lebensspielraum immer mehr ein. Umso wertvoller ist der verbleibende Rest der frei zugänglichen Natur für den Menschen. Wenn es sich dann noch um einen Landstrich von einmaliger Naturschönheit handelt, so sollte man meinen, daß es das Anliegen aller ist, diese Landschaft in ihrem ursprünglichen Zustand für die Erholung unserer Mitmenschen zu erhalten.

Leider gibt es immer wieder Personen, die sich unverantwortlich über die minimalste Rücksicht ihrem Nachbarn gegenüber hinwegsetzen und ihren Wohlstandsmüll aus Bequemlichkeit in der freien Natur ablagern. Wie an so vielen Stellen in unserem Land, so auch in den Wäldern und in den Steinbrüchen von Wernsbach bei Georgensgmünd. Für Bürgermeister Schönwald war es ein besonderes Anliegen, hier wieder eine saubere Landschaft zu schaffen.

Über das Landratsamt wurde das THW um Unterstützung bei dieser Aktion gebeten. Am ersten Wochenende im März herrschte reger Betrieb in den Wäldern um Wernsbach. Die Helfer der THW-Ortsverbände Roth und Hilpoltstein waren ausgerückt, um mit Unterstützung der GKW der

OV Gunzenhausen und Ansbach 19 Autowracks aus den Steinbrüchen zu bergen. Dazu stieß noch die Feuerwehr aus Wernsbach. Die Bergung gestaltete sich äußerst schwierig, da einmal der Baumbestand verhältnismäßig dicht ist und die großen THW-Fahrzeuge Mühe hatten, bis an den Schadensort vorzudringen. Zum anderen sind die Steinbrüche bis zu 32 Meter tief; es waren also erhebliche Höhen zu überwinden. Mit Hilfe der Seilwinden an den THW-Fahrzeugen und durch Absicherung mit Leinen und Holzbalken gelang es aber schließlich, alle Wracks zu bergen und für den Abtransport zu sammeln. Nach fünf Stunden schwerer Arbeit war es geschafft.

Anschließend traten die Männer der Landespolizei in Aktion, um an Hand der Fahrgestell-Nummern die Namen der ehemaligen Halter zu ermitteln. Diese können mit erheblichen Strafen rechnen.

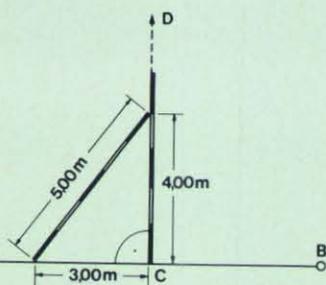
Den beteiligten THW-Helfern wurde durch Bürgermeister Schönwald ein herzliches „Dankeschön“ für ihre freiwillige Mithilfe an dieser Aktion zuteil.

Der noch vorhandene, weniger sperrige Müll wird durch Abraum zugedeckt werden, um auf diese Art der Gegend ihre ursprüngliche Natürlichkeit wiederzugeben.

Errichten einer Senkrechten mit Meßblättern 5,00 m

116] Die Methode des Errichtens einer Senkrechten mit Hilfe von Meßblättern 5,00 m beruht auf dem Lehrsatz des Pythagoras, welcher besagt, daß ein Dreieck mit dem Seitenverhältnis 3 : 4 : 5 (oder einem Vielfachen dieser Verhältniszahlen) stets rechtwinkelig ist.

Abb. 60



Errichten einer Senkrechten mit 5,00 m Meßblättern

Die erste Meßplatte wird auf AB in C als Drehpunkt angelegt und annähernd senkrecht ausgerichtet.

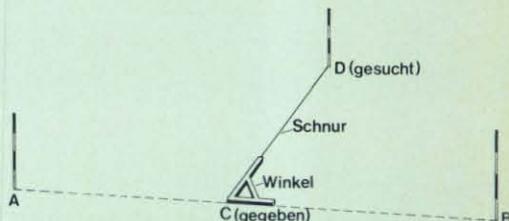
Von C wird nach A (oder B) eine Strecke von 3,00 m abgemessen (Punkt 1). Sodann wird in Punkt 1 eine zweite Meßplatte angelegt. Schließlich werden beide Latten um ihre Drehpunkte so zusammengelegt, daß die zweite Latte auf die 4,00-m-Teilung der ersten Latte trifft. Die erste Latte ist die gesuchte Senkrechte. Beachte: Dieses Verfahren sollte nur angewendet werden, wenn keine anderen Geräte zur Verfügung stehen.

6.6. Abstecken von rechten Winkeln

Allgemeines

[112] Das Abstecken rechter Winkel wird erforderlich, wenn in einem Punkt einer Geraden eine Senkrechte errichtet oder von einem festgelegten (festliegenden) Punkt ein Lot auf eine Gerade gefällt werden soll.

Abb. 56



Errichten einer Senkrechten mit Hilfe eines Holzwinkels

Errichten einer Senkrechten im Gelände

[113] Zum Errichten rechter Winkel im Gelände können handelsübliche oder selbstgefertigte Holzwinkel verwendet werden.

Aufgabe:

Auf einer durch die Fluchtstäbe A und B begrenzten Strecke ist im Zwischenpunkt C eine Senkrechte zu errichten.

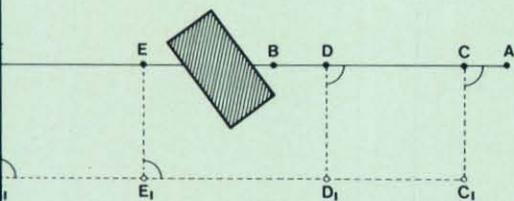
Lösung:

Der Holzwinkel wird auf der Strecke AB so angelegt, daß sein kurzer Schenkel nach B weist. Der lange Schenkel gibt die gesuchte Senkrechte. Er kann nach Bedarf durch eine parallel angelegte Schnur verlängert werden, an welcher später Punkt D anzutragen ist.

Verlängern einer Geraden über ein Hindernis hinaus

[120] Bei Vermessungsarbeiten kann es notwendig werden, daß eine Gerade (oder Strecke) über ein Hindernis (Gebäude etc.) hinaus verlängert werden muß. Dieses wird durch Abstecken rechter Winkel ermöglicht.

Abb. 64



Verlängerung einer Geraden über ein Hindernis hinaus

In der Flucht AB werden in den Punkten C und D rechte Winkel errichtet. Dazu müssen C und D mindestens 20,00 m voneinander entfernt sein.

Auf beiden Senkrechten sind die gleichen Maße, z. B. 10,00 m, bis zu den Punkten C₁ und D₁ abzutragen. Die Gerade durch C₁ und D₁ führt am Hindernis vorbei und wird über E₁ nach F₁ verlängert. Dazu ist der Abstand D₁ nach E₁ so zu wählen, daß er das Hindernis überragt. Der Abstand E₁ nach F₁ muß ebenfalls wenigstens 20,00 m betragen.

Sodann werden in den Punkten E₁ und F₁ Senkrechte errichtet und auf diesen wiederum jeweils 10,00 m abgetragen und dadurch die Punkte E und F gebildet.

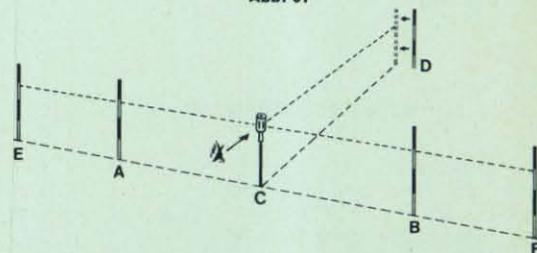
Die Verbindung der Punkte E und F liegt in Verlängerung der Geraden AB.

Errichten einer Senkrechten mit Kreuzscheibe oder Winkeltrommel

[117] Die Gerade AB wird über A hinaus nach E und über B hinaus nach F verlängert.

In Punkt C wird die Kreuzscheibe (oder Winkeltrommel) mit Hilfe eines Schnurlotes auf einem Pfahl oder Stativ lotrecht aufgestellt. Sodann wird ein Paar der Sehschlitze in die Flucht der Geraden EABF ausgerichtet. Durch die Ziellinie des zweiten Sehschlitzpaars ist dann die Senkrechte auf der Geraden AB gegeben, auf welcher jetzt der Punkt D mit einem Fluchtstab markiert werden kann.

Abb. 61



Errichten einer Senkrechten mit Kreuzscheibe oder Winkeltrommel

Beachte: Das Gehäuse einer Kreuzscheibe hat senkrechte Sehschlitze, die sich paarweise gegenüberstehen. Bei Durchsicht entstehen zwei Ziellinien, die sich im rechten Winkel schneiden.

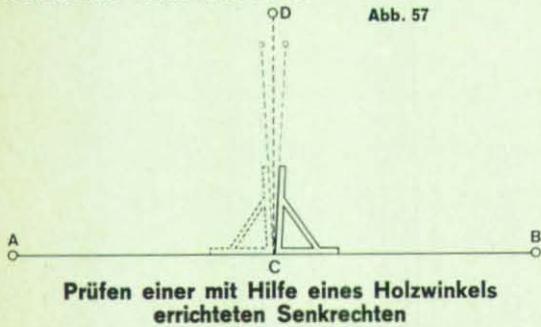
Errichten einer Senkrechten mit Winkelspiegel und Lot

[118] Zur Arbeit mit Winkelspiegel und Lot sind zwei Helfer erforderlich.

Die Gerade AB wird über A hinaus nach E und über B hinaus nach F verlängert. Der Einweisende stellt sich in C mit dem Winkel-

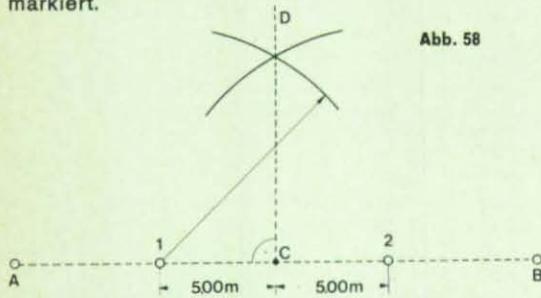
Das Ergebnis ist zu prüfen. Hierzu wird der Holzwinkel umgeschlagen, so daß der kurze Schenkel nach A weist. Der rechte Winkel ist korrekt abgesteckt, wenn der lange Schenkel bei der zweiten Messung wiederum nach D weist. Fallen beide Punkte D nicht zusammen, so verläuft die gesuchte Senkrechte durch ihre Mitte.

Abb. 57



Errichten einer Senkrechten durch Schnurschlag

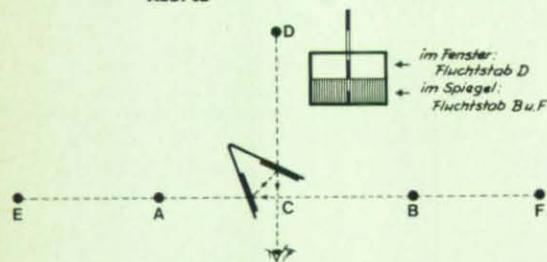
[114] Auf einer Geraden AB wird in Punkt C eine Strecke von jeweils (z. B.) 5,00 m nach A und B abgesteckt und durch Pfähle (oder Latten) 1 und 2 markiert.



76

spiegel in die Flucht EABF. Dabei hält er den Winkelspiegel mit einer Hand in Augenhöhe, so daß die offene Vorderseite des Spiegels die Flucht BF erfaßt. Das Schnurlot am Griff des Winkelspiegels hängt mit der Spitze über Punkt C.

Abb. 62



Der Einweisende steht erst dann in der Flucht, wenn die Fluchtstäbe B und F sich im Spiegel decken. Den Einzuweisenden beobachtet er durch das Fenster über dem Spiegel.

Der Einweisende lenkt den Fluchtstab des Einzuweisenden durch Zuruf oder Handzeichen, bis derselbe im Fenster genau über dem Spiegelbild der sich deckenden Stäbe B und F erscheint.

Auf Zuruf oder Handzeichen läßt der Einzuweisende den Fluchtstab lotrecht fallen und kennzeichnet mit demselben den Punkt D. Die Verbindungslinie CD ergibt die gesuchte Senkrechte.

Beachte: Der Winkel ist zweimal, d. h. mit Sicht nach A und nach B, abzustecken. Fallen beide Punkte D nicht zusammen, so verläuft die gesuchte Senkrechte durch ihre Mitte.

80

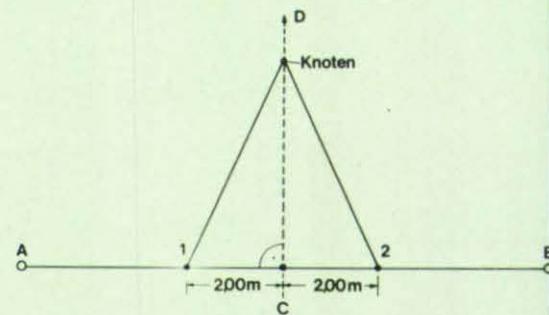
Eine 5,00 m lange Schnur wird an einem Ende mit einem spitzen Holzstäbchen oder einer Zählade versehen und am anderen Ende am Pfahl befestigt. Sodann wird mit der straffgezogene Schnur um Pfahl 1 ein Kreisbogen geschlagen, dessen Scheitel in Gegend D auf den Boden zu markieren ist.

Der Vorgang wird um Pfahl 2 wiederholt. Der Schnittpunkt D beider Kreisbögen ergibt die gesuchte Richtung der Senkrechten.

Errichten einer Senkrechten mit Doppelschnur

[115] Der Vorgang wird mit Hilfe einer genau halbierten Schnur oder mit zwei gleichlangen Schnüren oder Leinen durchgeführt.

Abb. 59



Errichten einer Senkrechten mit Winkelprisma und Lot

Auf der Geraden AB wird in C nach beiden Seiten eine (z. B.) 2,00 m lange Strecke abgesteckt und durch die Punkte 1 bzw. Punkt 2 durch je einen Pfahl markiert.

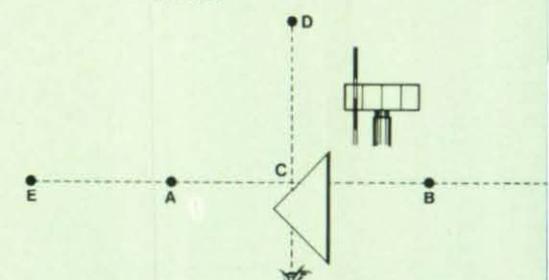
Die Enden der halbierten oder auch gleichlangen Schnüre (Leinen) werden sodann an den Pfähle festgelegt und über AB straffgezogen. Im Knotenpunkt D wird ebenfalls ein Pfahl eingeschlagen. Die Verbindungslinie CD ist die Senkrechte auf AB.

77

Errichten einer Senkrechten mit Winkelprisma und Lot

[119] Das Abstecken mit Winkelprisma und Lot erfolgt durch zwei Helfer. Verlängerung der Geraden und Aufstellung des Einweisenden in der Flucht wie in Zif. 118 beschrieben.

Abb. 63



Der Einweisende hält das Winkelprisma, dessen Glasspitze zum Punkt A weist, in Augenhöhe. In das Prisma erscheinen durch Spiegelung die Fluchtstäbe A und E in Deckung.

Der Einweisende beobachtet über das Winkelprisma hinweg den Einzuweisenden und lenkt dessen Fluchtstab so lange durch Zuruf oder Handzeichen, bis derselbe mit dem Spiegelbild der sich deckenden Stäbe A und E eine Linie bildet.

Beachte: Zu beobachten ist nur das feste, nicht das bewegliche Spiegelbild. — Das Errichten von Senkrechten auf einer Geraden ist auch mit anderen Winkelprismen, z. B. dem Pentagonprisma, möglich.

81

nach Punkt A und der Gon-Teilstrich 200 nach Punkt B.

Das Ergebnis der Umrechnung von 22° in Gon ergibt 24,44 gon.

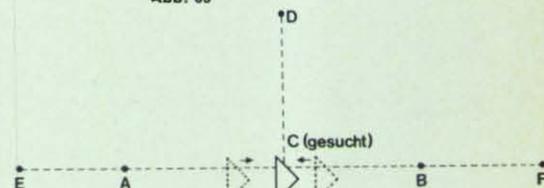
Das Fernrohr des Nivelliergerätes — Ziellinie in der Grundeinstellung nach A — wird nach rechts gedreht, bis der Teilstrich 24 gon im Blickfenster erscheint. Die Untereinstellung der 0,44 gon erfolgt mit Hilfe der Teilstriche im Blickfenster. Das Fernrohr ist hierzu langsam weiterzudrehen.

Der Einweisende weist nun — Blick durch das Fernrohr — den Fluchtstab des Einzuweisenden in die Flucht ein. Der Fluchtstab ist richtig eingefluchtet, wenn das Faden- oder Strichkreuz des Fernrohres mit der Mittelachse des Stabes übereinstimmen.

Fällen eines Lotes

[121] Soll eine Gerade von einem Punkt im Gelände im rechten Winkel auf eine andere Gerade auftreten, so ist von dem Geländepunkt (D) auf die Gerade (oder Strecke) AB das Lot zu fällen. Als Hilfsmittel dienen Winkelspiegel oder Winkelprismen mit Lot. Es genügt ein Helfer.

Abb. 65



Fällen eines Lotes

Die Gerade AB ist über B hinaus zu verlängern bis F. Der Helfer bewegt sich auf der Geraden AB mit Blick nach D. Im Spiegel müssen sich die Fluchtstäbe B und F decken. Auf der Linie AB bewegt er sich so lange hin und her, bis der Fluchtstab D mit dem Spiegelbild der sich deckenden Fluchtstäbe B und F eine Linie bildet. Der Punkt C ist der Fußpunkt des Lotes von Punkt D auf die Gerade AB.

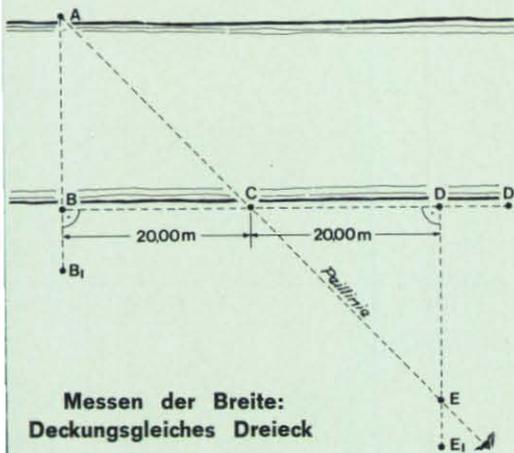
Behelfsmäßiges Abstecken von Winkeln verschiedener Größe

[122] Das behelfsmäßige Abstecken von Winkeln — ausgenommen Winkel von 45° und von 90° — kann unter Zuhilfenahme des Bogenmaßes erfolgen (z. B. beim Verlegen von Gas- oder Wasserleitungsrohren). Mit dem Bogenmaß wird der Winkel durch die Länge des Kreisbogens ermittelt.

$$\text{Der Kreisumfang (360°)} \hat{=} 2\pi r$$

en in B — der Vorgang ist im 1. Verfahren beschrieben — wird auf der Senkrechten eine beliebig lange Strecke (z. B. 20,00 m) abgemessen und in Punkt C durch einen Fluchtstab begrenzt. Die Strecke BC wird über C hinaus um weitere 20,00 m verlängert und in D durch einen Fluchtstab begrenzt.

Abb. 71



Messen der Breite: Deckungsgleiches Dreieck

Punkt D wird eine Senkrechte landwärts errichtet, dieselbe über die geschätzte Länge der gemessenen Breite hinaus verlängert und auf der Verlängerung Punkt E₁ durch einen Fluchtstab markiert.

Sodann wird von E₁ nach D zurückgegangen, bis die Punkte A und C in der Flucht stehen und die Verlängerung der Fluchtlinie die Senkrechte E₁ in E schneidet. Punkt E ist durch einen Fluchtstab zu kennzeichnen.

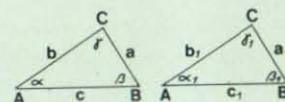
6.7. Messen der Breite in unzugänglichem Gelände

Allgemeines

[124] Soll ein Geländeabschnitt (Talmulde, Gewässer), dessen jenseitige Seite (Hang, Ufer) nicht zugänglich ist, in seiner Breite oder Tiefe vermessen werden, so kann ein Verfahren des Messens kongruenter oder ähnlicher Dreiecke angewendet werden.

[125] Dreiecke oder andere Figuren sind kongruent, wenn sie sich aufeinandergelegt in ihren Begrenzungen decken. Geradlinige Figuren sind kongruent, wenn sie gleiche Winkel zwischen gleichen Seiten aufweisen.

Abb. 68



Kongruente (deckungsgleiche) Dreiecke

Dreiecke sind kongruent, wenn sie

- in zwei Seiten und dem eingeschlossenen Winkel ($c = c_1, b = b_1, \alpha = \alpha_1$),
- in einer Seite und den beiden anliegenden Winkeln ($c = c_1, \alpha = \alpha_1, \beta = \beta_1$),
- in drei Seiten ($a = a_1, b = b_1, c = c_1$),
- in zwei Seiten und dem der größeren Seite gegenüberliegenden Winkel ($a = a_1, c = c_1, \gamma = \gamma_1$)

übereinstimmen.

Im Einheitskreis mit dem Radius $r = 1$ beträgt der Umfang 6,28.

Konstruiert man einen Kreis $r = 5,73$ m, so entspricht sein Umfang der Länge von 35,98 m ($\approx 36,00$ m). Jeder Dezimeter dieses Kreisumfangs steht zum Mittelpunkt des Kreises in einem Winkelabstand von 1° .

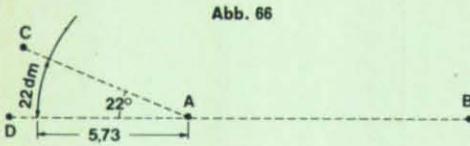


Abb. 66

Winkelteilung

Aufgabe:

An einer Strecke AB ist in Punkt A eine Strecke AC im Winkel von 22° anzutragen.

Lösung:

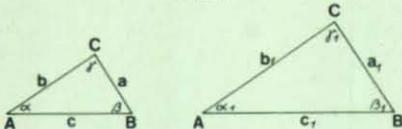
Die Strecke AB ist über A hinaus nach D zu verlängern.

Am Punkt A (durch Pfahl markiert) wird eine Schnur befestigt, auf 5,73 m abgemessen und für den Bogenschlag mit einem angespitzten Holzstab versehen.

Mit der Schnur wird um A ein Kreis geschlagen und auf dem Kreisbogen eine Länge von 22 dm (2,20 m) abgesteckt (Punkt C). Die Gerade AC ist somit im Winkel von 22° festgelegt, ihre Länge läßt sich ausmessen.

[126] Dreiecke oder andere Figuren sind ähnlich, wenn alle entsprechenden Winkel- und Seitenverhältnisse gleich sind.

Abb. 69



Ähnliche (verhältnismäßige) Dreiecke

Dreiecke sind ähnlich, wenn sie

- im Verhältnis zweier Seiten und dem eingeschlossenen Winkel,
- im Verhältnis zweier Seiten und dem der größeren Seite gegenüberliegenden Winkel,
- in zwei Winkeln (wichtigstes Merkmal!),
- im Verhältnis der drei Seiten

übereinstimmen.

Breitenmeßverfahren

[127] Auf der Kongruenz (Deckungsgleichheit) und der Verhältnismäßigkeit (Ähnlichkeit) von Dreiecken beruht eine Reihe von Verfahren, mit deren Hilfe sich Breiten in unzugänglichem Gelände ermitteln lassen.

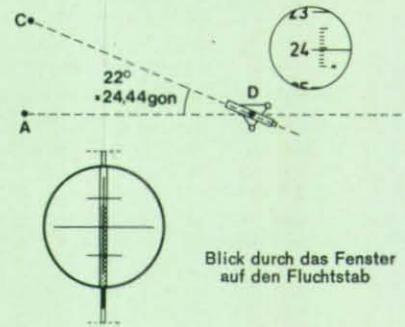
1. Verfahren (Abb. 70)

Auf der gegenüberliegenden Seite ist ein markanter Punkt A (Baum, Zaunpfahl, Stein) zu suchen, welcher auch von anderen Stellen gut sichtbar sein muß.

Zu Punkt A ist ein Punkt B diesseits so festzulegen und durch einen Fluchtstab zu markieren, daß die Verbindung AB die zu vermessende Mulden- oder Flußbreite rechtwinkelig schneidet.

Abstecken beliebiger Winkel mit dem Nivelliergerät

[123] Mit Hilfe eines Nivelliergerätes, das mit einer Horizontalkreis-Teilung ausgestattet ist, kann jeder beliebige Winkel abgesteckt werden.



Winkelmessung mit dem Nivelliergerät

Da die Nivelliergeräte mit einer 400-Gon-Teilung versehen sind, müssen Winkelangaben in Grad zuvor in Gon umgerechnet werden (vgl. Ziff. 89 bis 92).

Aufgabe:

Auf einer Strecke AB ist in Punkt D ein Winkel von 22° zu errichten. Punkt D ist durch einen Pfahl markiert.

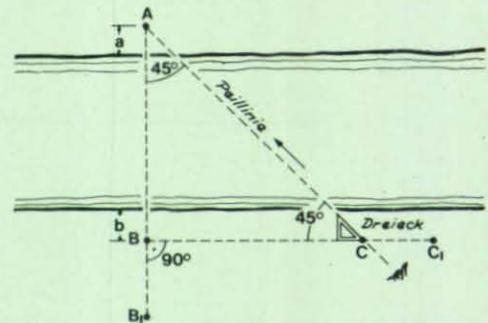
Lösung:

Das Nivelliergerät wird auf der Strecke AB über dem Punkt D einjustiert. Das Schnurloch unter dem Nivelliergerät weist dabei mittig auf den Pfahl D. Der Gon-Teilstrich 0 weist

Die Gerade AB wird über B hinaus nach B₁ verlängert und in B₁ auf AB₁ eine Senkrechte errichtet. Die Senkrechte ist so zu bemessen, daß sie länger als die geschätzte Entfernung AB ist (C₁).

Mit einem rechtwinkligen, gleichschenkeligen Dreieck aus Holz oder Papier wird nun auf der Geraden BC₁ von C₁ in Richtung B gegangen, bis Punkt A über die lange Seite des Dreiecks (Hypothetense) anvisiert werden kann.

Abb. 70



Messen der Breite: Gleichschenkeliges Dreieck

Ist A anvisiert, wird Punkt C mit dem Schnurloch auf den Boden übertragen und durch einen Fluchtstab gekennzeichnet.

Die Entfernung BC wird gemessen. Sie entspricht der gesuchten Breite der Mulde oder des Flusses. Liegen die Punkte A und B nicht unmittelbar auf dem Ufer, sind die Entfernungen a (geschätzt) und vom Meßergebnis abzuziehen.

2. Verfahren (Abb. 71)

Nach Festlegen der Geraden AB, ihrer Verlängerung über B hinaus und Errichten einer Senkrechten

Erste-Hilfe-Lehrgang

Im Warnamt III bei Rodenberg am Deister mußte nicht erst etwas passieren, bevor sein Leiter, Verwaltungsobererrat Ebeling, im vergangenen Jahr einen Erste-Hilfe-Lehrgang für eine Gruppe der freiwilligen Helfer veranlaßte. Geschulte Kräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe hatten sich zur Verfügung gestellt. Auch wenn die Unfallgefahr am Arbeitsplatz im unterirdischen Bauwerk des Warnamtes nicht übermäßig groß ist; so sollte doch bedacht werden, daß die meisten Helfer einen oft recht langen Anfahrtsweg haben. Bekanntlich lauern heute aber gerade im Straßenverkehr die größten Gefahren.

Es war für den Ausbildungsleiter des Warnamtes, Herrn Weitzel, nicht einfach, einen großen Teil der Mitarbeiter der Schicht 2 bei der Fachausbildung zu entbehren; der Erste-Hilfe-Lehrgang sollte nämlich parallel zu den üblichen Ausbildungsabenden an den Schalttagen durchgeführt werden. Doch auch diese Schwierigkeit wurde gemeistert, und inzwischen konnten die Teilnehmer des Lehrgangs wieder an ihre Arbeitsplätze im Bereich des Warn-

amtes zurückkehren.

Die vom Ausbildungsleiter ausgewählten Teilnehmer sahen in dem Erste-Hilfe-Lehrgang nicht nur eine interessante Abwechslung; sie erkannten sehr schnell, mit welchem Ernst man die Materie betrachten sollte. Besonderes Gewicht wurde bei dieser Ausbildung auf die Beherrschung der wirklich lebensrettenden Sofortmaßnahmen gelegt. So wurde die Seitenlagerung Bewußtloser immer und immer wieder geübt und die Atemspende — Mund zu Nase — an einem Übungsphantom mehrfach durchgeführt. Der Druckverband, das Abdrücken und Abbinden wurden ebenso geübt wie das Verhalten Schockverletzten gegenüber. Die gute und aktive Mitarbeit der Teilnehmer zeigte sich in den vielen Fragen, die im Verlauf des Lehrganges beantwortet werden mußten.

Zum Abschlußabend hatte man sich dann etwas Besonderes ausgedacht. Die Jugendgruppe und Helferschaft des Standortes Gronau (Kr. Alfeld/Leine) der Johanniter-Unfall-Hilfe stellte mehrere „Opfer“, die entsprechend geschminkt und

hergerichtet wurden. So galt es nun, die erlernten Fähigkeiten in die Tat umzusetzen. Hierbei zeigte sich, daß das Ausbildungsziel von allen erreicht wurde. Dreieck- und Bindenverbände waren nicht immer ganz schulmäßig angelegt, jedoch gab es bei den wichtigen Sofortmaßnahmen keine Schwierigkeiten. Bei einer kleinen theoretischen Abschlußprüfung, die in Anwesenheit des JUH-Ortsbeauftragten Reiner Müller durchgeführt wurde, stellte sich heraus, daß alle Fragen nach Blutkreislauf, Schockanzeichen, Erste Hilfe bei Erkrankungen usw. richtig beantwortet wurden.

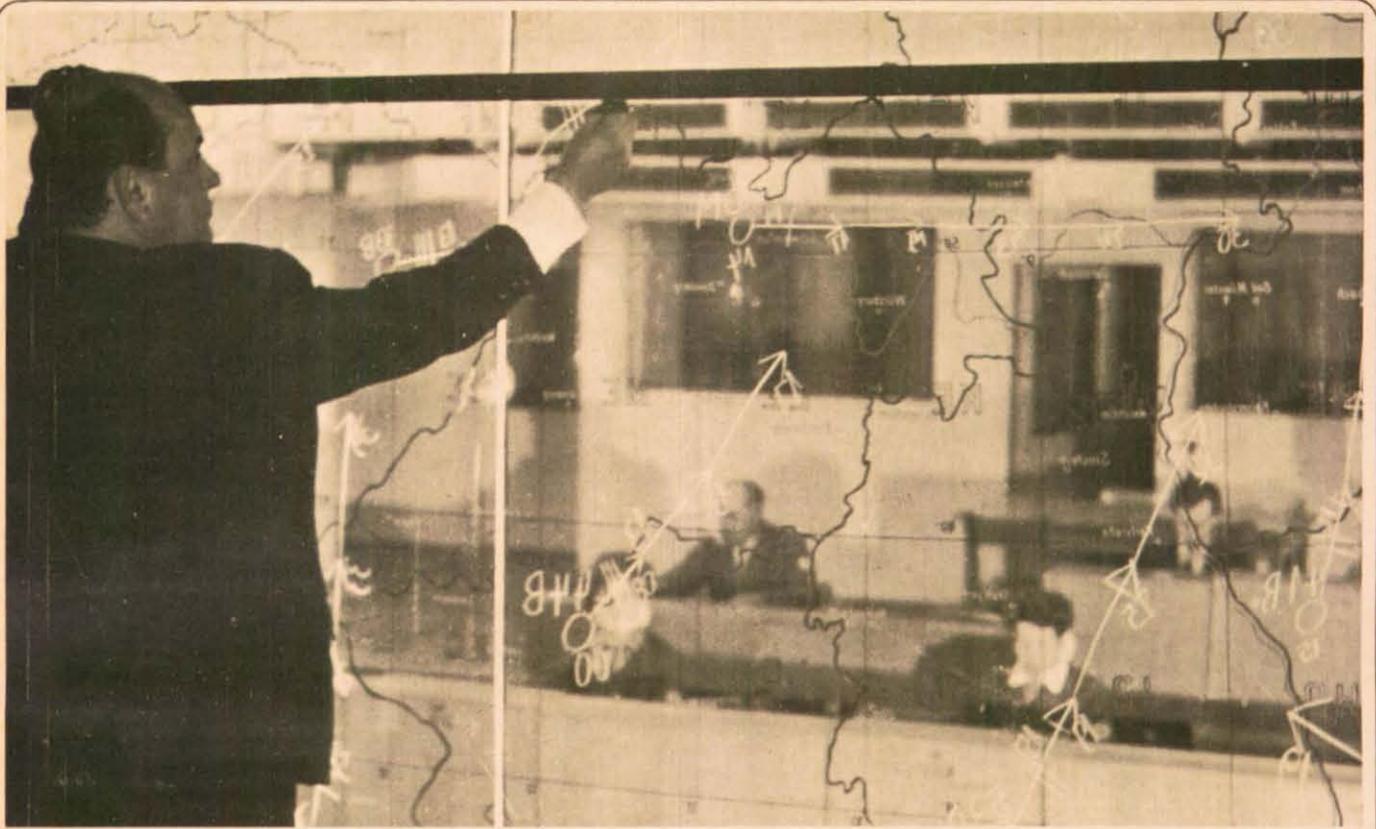
Zum Abschluß der Veranstaltung ging der Warnamtsleiter noch einmal auf die Bedeutung der Ersten Hilfe in unserer heutigen Zeit ein und dankte allen Teilnehmern für ihre Mitarbeit.

Schließlich blieb nur noch die Frage offen, ob die Möglichkeit besteht, möglichst viele weitere Helfer im Verlauf ihrer zehnjährigen Verpflichtungszeit beim Warndienst in der Ersten Hilfe zu schulen.

Möge dieser Bericht Ansporn für die anderen Warnämter und Leitmeßstellen sein, die Bedeutung der Ersten Hilfe für jedermann einmal zu bedenken und sich möglichst auch bald einer entsprechenden Ausbildung zu unterziehen.



Die Teilnehmer an dem Lehrgang in Erster Hilfe, der im Warnamt III durch JUH-Ausbilder durchgeführt wurde.



Der Führungsraum in einem Warnamt aus der Sicht eines Luftlagezeichners. Auf der Rückseite der Luftlagekarte werden die Meldungen der Warndienstverbindungsstellen in Spiegelschrift übertragen.

Nachruf

Am 6. März verstarb im Alter von 76 Jahren Leitender Regierungsdirektor und Generalmajor a. D. Walter Gosewisch. Mit ihm ist ein um den Aufbau des Warn- und Alarmdienstes hochverdienter Mann, dessen Persönlichkeit prägende Kraft besaß, von uns gegangen. Im folgenden seien die wichtigsten Stationen seines Lebenswegs genannt. Walter Gosewisch wurde 1896 in Hannover geboren. Im August 1914 wurde er Soldat und schlug die Offizierslaufbahn ein. Während des Ersten Weltkrieges fand er bei der Infanterie und bei den Nachrichtentruppen Verwendung. In den zwanziger Jahren gehörte er als Polizeioffizier der Schutzpolizei an. 1930 wurde er Leiter der Versuchsstellen für das Technische Nachrichtewesen beim Preußischen Polizeiinstitut. Schon damals befaßte er sich auch mit Fragen des Alarmdienstes, d. h. mit der Erprobung von Luftschuttsirenen. 1935 kam Gosewisch zur Luftnachrichtentruppe und zu deren Schule in Halle. 1936 wurde er Gruppenleiter und später Abteilungschef für das Funkwesen

im Reichsluftfahrtministerium. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges führte der damalige Oberstleutnant Gosewisch zusammen mit weiteren Fachexperten mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ einen Erkundungsflug an die britische Ostküste durch, um festzustellen, ob die Engländer in bestimmten Wellenbereichen für Funkmeßzwecke arbeiteten. Der Flug fand auch in Churchills Memoiren Erwähnung. Während des Krieges war Gosewisch Nachrichtenführer bei Fliegerkorps und Luftflottenkommandos; 1944 wurde er Chef der Luftnachrichten-Inspektion. Nach Kriegsende verbrachte er zwei Jahre in Gefangenschaft in England. Von 1949 bis 1955 war er in der Fernmeldeindustrie tätig. Beim Aufbau des Zivilschutzes in der Bundesrepublik wurde Gosewisch in das Bundesministerium des Innern berufen und mit den Aufgaben eines Referenten für den Warn- und Alarmdienst und das Fernmeldewesen im zivilen Bevölkerungsschutz betraut. 1958 übernahm Gosewisch die Leitung der Abteilung Warn- und Alarmdienst in der damaligen Bundesanstalt für zivilen Luftschutz, aus der wenig später das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz hervorging. Dort war er auch als ständiger Vertreter des Präsidenten

tätig. Nach wiederholter Verlängerung seiner Dienstzeit schied Gosewisch am 30. Juni 1963 aus dem Amt. Seinen Lebensabend verbrachte er in einem Heim bei Hannover. Dort verfolgte er noch immer mit wachem Interesse die Entwicklung auf den von ihm so lange bearbeiteten Fachgebieten.

Gosewisch hat sich stets durch unermüdliche Hingabe an seinen Dienst unter Hintenanstellung aller persönlichen Belange ausgezeichnet. Er forderte viel von seinen Mitarbeitern, aber noch mehr von sich selbst. Sein Name ist mit manchen Entwicklungen im militärischen Fernmeldewesen und insbesondere im Flugmelde-dienst eng verbunden. Der zivile Warn- und Alarmdienst, dessen Leiter er in schwierigen Aufbaujahren war, verdankt ihm besonders viel. Er verstand es, einmal für richtig Erkanntes mit Nachdruck zu verfolgen und auch gegen Widerstände durchzusetzen. So hat er die entscheidenden Richtlinien für den Warndienst entworfen und für einen zielstrebigem Aufbau der 10 Warnämter in unterirdischen Bauwerken und der Warndienst-Verbindungsstellen gesorgt. Er hat vielfältige Impulse gegeben, die noch lange nachwirken. Seine Name wird im Warndienst unvergessen bleiben.



Pilot und JUH-Besatzung von Christoph 4 auf dem Parkdeck der Medizinischen Hochschule Hannover.

Christoph 4 flog mit JUH-Besatzung in vier Monaten 115 Einsätze

Am 9. Januar übergab Bundesinnenminister Genscher offiziell dem Niedersächsischen Sozialminister den Rettungshubschrauber „Christoph 4“, der am 1. Oktober 1972 mit zwei Rettungssanitätern der Johanniter-Unfall-Hilfe seinen Dienst aufgenommen hatte. Der Hubschrauber ist auf dem Parkdeck der Medizinischen Hochschule Hannover stationiert. Die Arztbesatzung erfolgt durch die Unfallchirurgische Klinik der Medizinischen Hochschule (Professor Dr. Tscherner), deren Oberarzt Dr. med. Lange als leitender Hubschrauberarzt die Dienstpläne aufstellt. Als Rettungssanitäter wurden Manfred Schluë und Fritz Seiler eingestellt. Der Rettungshubschrauber, der über die zentrale Leitstelle der Berufsfeuerwehr Hannover eingesetzt wird, hat den Funkrufnamen Christoph 4, weil er der vierte im Bundesgebiet ist. Christoph 1 ist ein dem ADAC gehörender Hubschrauber in München, besetzt mit Rettungssanitätern des Bayerischen Roten Kreuzes; Christoph 2, aus Mitteln des Landes Hessen und der Björn-Steiger-Stiftung und des Bundesministers des Innern beschafft, steht in Frankfurt, mit Rettungssanitätern der Berufsfeuerwehr besetzt; Christoph 3, mit Rettungssanitätern des Malteser-Hilfsdienstes, ist im Raum Köln eingesetzt.

Der Bundesminister des Innern will alle fünf am Sanitätsdienst beteiligten großen Organisationen an den Modellversuchen beteiligen und wählte als Standort in der Nordsüdchette der Rettungshubschrauber die Stadt Hannover. Der für den Standort verantwortliche Kreisbeauftragte der JUH, Dr. Sattelmacher, hat die organisatorische Durchführung des Versuches dem Bundesminister des Innern und der JUH-Zentrale gegenüber zu verantworten.

Zur großen Genugtuung des Standortes Hannover ist der Einsatz des Rettungshubschraubers wesentlich erfolgreicher, als die sehr vorsichtigen Schätzungen von Dr. Sattelmacher vermuten ließen. Er arbeitet heute ebenso erfolgreich wie alle anderen Rettungshubschrauber im Bundesgebiet.

Nach übereinstimmender Auffassung aller Beteiligten ist ein derartiges Rettungsmittel eine wertvolle Unterstützung des bodengebundenen Rettungsdienstes und sicherlich in nicht allzufernen Tagen eine selbstverständliche und notwendige Hilfe für Schwerstverletzte und Schwerkranke.

Besonders wichtig ist, daß der Hubschrauber nicht nur gerufen werden soll, wenn Schwerstverletzte zu transportieren sind, sondern bei jedem Unfall kann auf diese Weise ärztliche

Hilfe an den Unfallort gebracht werden. Ob der Transport mit dem Hubschrauber oder mit bodengebundenen Rettungsmitteln erfolgt, entscheidet der Arzt an der Unfallstelle. Bis zum 1. Februar flog der Hubschrauber 115 Einsätze. v. B.

Slalom für Krankenwagen

Um einen silbernen Wanderpokal, den der Johanniterorden gestiftet hatte, ging es bei einem Geschicklichkeitsturnier der Johanniter-Unfall-Hilfe. Die hiesige Ortsgruppe konnte um 9.30 Uhr zahlreiche Mannschaften aus Rheinland-Pfalz und Hessen, aber auch vier Teams aus dem Ruhrgebiet begrüßen, die mit ihren Krankenwagen nach Speyer gekommen waren.

Zum zweiten Mal fand auf dem Festplatz ein Wettkampf dieser Art statt. Zum ersten Mal war der Pokal zum Gründungsfest der Ortsgruppe Speyer der Johanniter-Unfall-Hilfe am 15. Mai 1971 vergeben worden. Die Veranstaltung, die so regen Zuspruch hat, soll sich ab jetzt in jährlichem Turnus wiederholen.

Auch in diesem Jahr klappte die Organisation mit Hilfe eines Lautsprecherwagens und unter der kundigen Leitung des Speyerer Ortsbeauftragten wie am Schnürchen. Auf den Asphaltbahnen des Festplatzes waren zahlreiche schwierige Hindernisse aufgebaut. Da galt es, in eine sehr markierte Parklücke einzuparken, oder einige sehr schwer gestellte Slalomtore zu durchfahren, oder die Mannschaft (je ein Fahrer mit Beifahrer) mußte einen Engpaß, der dem Reifenstand der Unfallwagen nur wenig Spielraum ließ, passieren. Gewertet wurde nicht nach Zeit, sondern nach Zahl der angesammelten Strafpunkte. Und die gab es reichlich zu erwerben. Denn um die Sache etwas schwieriger zu gestalten, mußte jede Gruppe vor Antritt der Hinderisfahrt auf einer beschwerten Trage einen mit einer Flüssigkeit bis zum Rand gefüllten Becher in den Krankenwagen laden und ihn mit auf die schwierige Reise nehmen. Durch vorsichtiges Fahren mußten die Teams versuchen, so wenig wie möglich aus diesem Maßbecher zu

verschütten. Damit soll eine auch in kritischen Verkehrssituationen zwar schnelle, aber für den Verletzten schonende Fahrweise getestet werden.

Die beachtliche Zahl der Zuschauer, die im Laufe des Sonntags auf dem Festplatz erschienen waren, aber auch die Sachspenden der Kreis- und Stadtparkasse, der Volksbank und der Firma Möbel-Bullinger sind wohl als Anerkennung für die Menschen zu werten, die sich ehrenamtlich zum Wohle der Allgemeinheit diesen Aufgaben stellen.

Als Sieger und damit Gewinner des Wanderpokals ging das Team Stooka/Veith (Ludwigshafen) mit zehn Strafpunkten hervor. Den zweiten Platz belegte die Mannschaft Zimmermann/Kübelbeck aus Bad Nauheim mit 11 Strafpunkten und Dritter wurden Faß/Dillmann aus Ludwigshafen mit ebenfalls 11 Strafpunkten in einer etwas schlechteren Zeit.

Unter Schutzmaske Fußball gespielt



Verletzentransport durch das Heizkellerlabyrinth. Hier wurde den Helfern heiß.

Da in letzter Zeit immer wieder Fälle bekannt wurden, die im Rahmen des Pocken- und Seuchenschutzes besondere technische und medizinische Maßnahmen notwendig machten, entschloß sich die JUH-Bad Nauheim-Friedberg (Hessen) zur Teilnahme an einem Atemschutzlehrgang. Medizinaldirektor und JUH-Arzt Dr. Weitzel untersuchte in seiner Dienststelle die in Frage kommenden Helfer. Besonderer Wert wurde auf eine überdurchschnittlich gute Kondition gelegt.

An zwei Wochenenden lernten die Teilnehmer unter der Anleitung von Ausbildern der Atemschutzwerkstatt der Feuerwehr Bad Nauheim in Theorie und Praxis, wie sie sich im Ernstfalle zu verhalten haben. Themen

wie Atemphysiologie, Atemgifte, Gerätekunde und eine Atemschulung durch eine Krankengymnastin bildeten die Grundlage einer praktischen Unterweisung. Fußballspiel und Waldlauf mit aufgesetzter Schutzmaske dienten der Gewöhnung. Härter war der Aufenthalt in einer Rauchkammer, der die Orientierung schulen sollte.

15 Helfer bestanden Fachlehrgang

Im Zuge der Neuorganisation des Rettungsdienstes bekam auch die JHU in NRW vom Innenministerium und vom Gesundheitsministerium NRW Rettungswagen (RTW). Der Einsatz dieser Fahrzeuge kann aber nur dann wirkungsvoll sein, wenn die Helfer entsprechend gut ausgebildet werden. Denn diese RTW dienen dazu, einen Notfallpatienten transportfähig zu machen und die Transportfähigkeit zu erhalten.

Ausbildungs-Stufe	Thema	einfache Stunden
I	Sofortmaßnahmen am Unfallort	6
II	Erste-Hilfe-Grundausbildung	16
III	Sanitätshelfer	24
IV	Herz-Lungen-Wiederbelebung	6
V	Fernmeldelehrgang	16
VI	Wachhabenschulung	5
VII	Pannenkursus	4
VIII	Fachlehrgang Transportsanitäter	
	Teil A	6 ^{1/2}
	Teil B	ca. 10
IX	Teil C	ca. 26 ^{1/2}
	Krankenhausausbildung	160
	insges. etwa	300

Dieser Lehrgang mit 15 Teilnehmern wurde in Ratingen im Januar durchgeführt, weil dieser Standort seit Jahren eigene Rettungswagen im 24-Stunden-Dienst einsetzt und dabei in der Zusammenarbeit mit Ärzten erfahren ist und über die entsprechenden Mitgliedsärzte — Ärzte aus allen Fachbereichen — verfügt.

Es hat sich gezeigt, daß die Ausbildung an drei Wochenenden möglich ist. Damit werden die Anwärter lediglich für die zusammenhängende Krankenhausausbildung aus ihrer beruflichen Tätigkeit abgezogen. Im Gegensatz zu den Ausbildungsplänen anderer Organisationen wurde hier in dem Fachlehrgang nur der Stoff zusammengefaßt, der örtlich nicht vermittelt werden kann. Die übrigen Themen können in der normalen Helferausbildung am Standort vermittelt werden. Daher erscheint eine Ausbildung (geschlossen) von ein oder sogar zwei Wochen nicht erforderlich. Insgesamt erreichen so die Transportsanitäter — zwar in etwas längerer Zeit — einen besseren Ausbildungsstand, als es durch die geschlossenen Lehrgänge möglich ist. Wie der Zeitplan ausweist, waren genügend Pausen vorgesehen, so daß auch dadurch ein guter Lernerfolg zu verzeichnen war.

Außer der schriftlichen Prüfung in Form von Fragebogen hatte jeder Anwärter die Möglichkeit, seine ohnehin guten Ergebnisse mündlich weiter zu verbessern. Den Vorsitz der Prüfungskommission hatte Dr. med. Fecke, JUH-Landesarzt, übernommen. Die Angehörigen der Prüfungskommission waren sich ohne Diskussion darüber einig, daß alle Lehrgangsteilnehmer bestanden hatten. Die Referenten waren über den guten Erfolg der Ausbildung überrascht und erklärten sich bereit, weitere Fachlehrgänge durchzuführen. Man stellte fest, daß weder der Ausbildungs- noch der Zeitplan bei zukünftigen Lehrgängen zu ändern ist. Die Vorgabezeiten für die einzelnen Referate wurden weitgehend aus dem DRK-Lehrplan Westfalen-Lippe übernommen. Die Themen wurden an diesen Lehrplan und an die Vorschriften des Gesundheitsministers NRW angeglichen.

Die Ärzte sind der Ansicht, daß die von der JUH vorgesehene Ausbildung zum Transportsanitäter eigentlich für die Beifahrer der KTW nicht erforderlich ist und für Beifahrer von RTW voll ausreicht, da noch mehr Kenntnisse auch in einem RTW nicht zur Entfaltung kommen können. Man geht jedoch davon aus, daß zusätzliche Notarztwagen eingesetzt werden können.

Kürzlich wurden von den NRW-Behörden der JUH fünf RTW zur Verfügung gestellt, die in Ahlsdorf bei Aachen, Bad Oeynhausen, Blomberg bei Detmold, Dortmund und in Lintorf stationiert sind.

**Seit 1966 bringen
Malteser Hilfe für die
vietnamesische
Bevölkerung ...**

Einsatz in Vietnam

Nach dem von der Leitung des MHD nach den ersten Erkundungsflügen mittels vietnamesischer Hubschrauber und einem kleinen Transportflugzeug, das der Verwaltung des Industriekomplexes An-Hoa gehörte und für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stand, ausgearbeiteten Plan wurde von drei Einsatzorten aus (Danang als Nachschubbasis, Provinzhauptstadt Hoi-An als Zentrale und Verwaltung des MHD und An-Hoa mit dem 120-Betten-Malteser-Hospital) zunächst eine Gesundheitsbetreuung der Bevölkerung in fahrbaren Dispensarien sowohl in den jeweils näher als auch weiter gelegenen Dörfern rund um die Einsatzorte und in den vielen Flüchtlingslagern durchgeführt. Dem Dispensarien-Einsatz folgte im Laufe der folgenden Jahre der Bau von festen Ambulanzen mit Betreuung durch einheimisches Pflegepersonal.

Am Ende des sechsten Einsatzjahres war in den wichtigsten Gebieten der Provinz Quang-Nam durch den MHD eine Gesundheitsbetreuung der Zivilbevölkerung aufgebaut, unterhalten und zum größten Teil an bereits eingearbeitetes vietnamesisches Fachpersonal übergeben worden. In Danang, Hoi-An, An-Hoa und Hue waren moderne Ambulanzstationen, in Hoi-An und An-Hoa zusätzlich noch eine Augen- und Zahnstation aufgebaut und eingerichtet worden. Außerdem wurden zwei Hospitäler (in Danang mit 170 Betten und in An-Hoa mit 120 Betten) mit allen medizinischen Er-



... zu Fuß ...



... mit dem Boot ...



... am Rand des Dschungels ...



... mit dem Jeep ...



... mit dem Lastkraftwagen ...



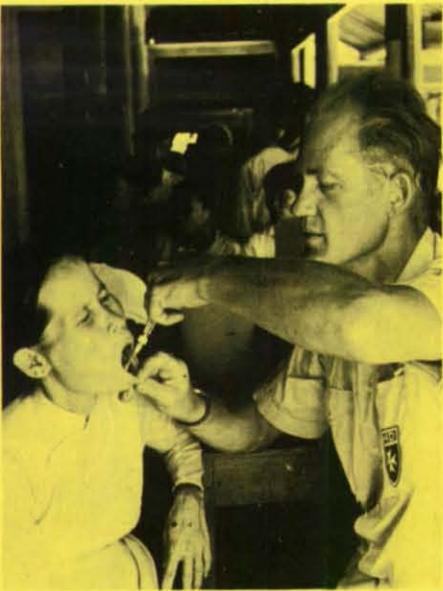
... mit dem Hubschrauber.



Das Ziel der Malteser ist immer die notleidende Bevölkerung



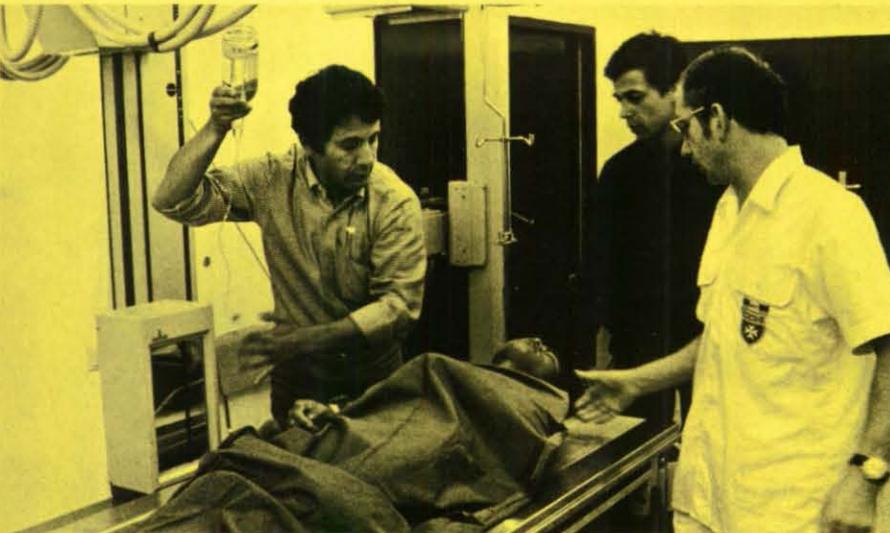
Versorgung der kranken Vietnamesen in den abgelegenen Dispensarien.



Zahnärztliche Behandlung



Ausbildung einheimischer Techniker

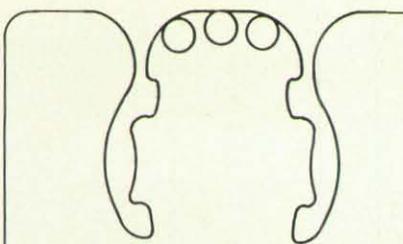


Im neuen Krankenhaus von Danang wurden allein im Jahre 1972 5967 Vietnamesen operiert und 96 279 ambulante Behandlungen registriert.

fordernissen gebaut und eingerichtet.

Die Schwierigkeiten und Probleme, die zur Verwirklichung des ganzen Projektes zu überwinden waren, hier aufzuführen, würde zu weit gehen, ist aber auch nicht Sinn dieses Berichtes. Nur so viel sei gesagt: Die erste Gruppe von deutschen Malesern, die im September 1966 nach Vietnam kam, stand vor einem Nichts. Sämtliche Einrichtungsgegenstände, von der Waschmaschine bis zum Operationstisch, vom Küchenherd bis zum Röntgenapparat, sowie jegliches medizinisches Instrumentarium und die Vielzahl der Medikamente, alles mußte auf dem Schiffsweg von Deutschland herbeigeschafft werden, was sich meist über einen Zeitraum von drei bis vier Monaten erstreckte. Das ganze Aufbauprogramm mußte neben der Hauptaufgabe, der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung, sowie unvorhergesehene Aufgaben, wie z. B. der Verteilung deutscher Sachspenden nach den einzelnen Groß-Offensiven (Tet-Offensive 1968, Nordvietnamesischer Überfall auf Quang-Tri zu Ostern 1972) bewältigt werden. Und wie oft mußte neu geplant werden, weil große Teile des Materials gestohlen oder auf dem Schiffsweg verlorengegangen waren. Sicher regulierte die Versicherung anschließend den Schaden, aber verlorengegangene Zeit zur Errichtung des Projektes konnte nicht so schnell aufgeholt werden.

Ungeachtet aller aufgetretenen Gefahren und Hindernisse konnte das größte Projekt, das Deutsch-Vietnamesische Malteser-Hospital in Danang, am 2. Januar 1972 den Pflegedienst aufnehmen und gilt seit dieser Zeit als das modernste Krankenhaus in Südvietnam. 52 deutsche Ärzte, Schwestern, Pfleger und technisches Personal sind hier in ununterbrochenem Einsatz tätig, 170 vietnamesische Pflegekräfte und das erforderliche Hauptpersonal unterstützen das deutsche Team. Die Pfl egetätigkeit allein für das Jahr 1972 wird wie folgt ausgewiesen und zeigt einen Leistungsüberblick, der nur durch das persönliche Engagement jedes einzelnen Mitarbeiters des MHD zu leisten war: 5967 Operationen und 96 279 ambulante Behandlungen wurden durchgeführt, außerdem fanden 5046 kranke und verletzte Vietnamesen stationäre Aufnahme bei den Maltesern in Danang.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Gasmasken für alle Rumänen

Das bereits vor längerer Zeit angekündigte neue rumänische Verteidigungsgesetz ist jetzt in Kraft getreten. Für den Fall eines Angriffes verbietet dieses Gesetz generell eine „allgemeine Kapitulation“ und sieht zudem vor, daß alle Bürger des Landes unterschiedslos zur Verteidigung — auch im Partisanenkrieg — aufgerufen werden.

Jeder rumänische Bürger, der einsatzfähig ist, muß sich auf eigene Kosten mit einer Gasmaske und einer Sanitätstasche zur anti-chemischen Behandlung ausstatten.

Gift auf Schleichwegen

Es ist für den Konsumenten sehr schwierig, sich gegen die Einwirkungen bestimmter Gifte zu schützen, besonders dann, wenn die „amtlichen Stellen“ versagen.

Eine elsässische Fabrik in Hüningen, südlich von Mühlhausen, stellt das Pestizid Lindan her. Seit über fünf Jahren weiß man, daß die Sicherheitsvorkehrungen dieses Werkes sehr im argen liegen und die Umgebung stark mit diesem Pestizid verseucht wird. Seit längerer Zeit sind die Viehwiesen um Basel herum so sehr verseucht, daß die Schweizer die von dort weidendem Vieh gewonnene Milch vernichten.

Nicht so in der Bundesrepublik, wo in Grenznähe die gleichen Verhältnisse herrschen. Obwohl man die Alarmmeldungen aus der schweizerischen Presse, der Giftstaub, der aus der Lindan-Erzeugung stamme, bestehe aus dem sehr gefährlichen Hexa-Gift HCC und überschreite die Toleranzgrenze um teilweise weit über 50 Prozent, auch in der Bundes-

republik kennt, wurde die Milch an Verbraucher abgegeben. Erst nach längerer Diskussion war man bereit, die Milch künftig zu „Futterzwecken“ abzugeben — und nun geht das Gift über andere tierische Produkte an den Verbraucher. HCC speichert sich in Fettgeweben und schädigt die Nerven, es greift Leber und Nieren an und führt hier zu schweren Schädigungen.

Hilfseinsätze von BGS-Hubschraubern

Die Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes werden — neben den Einsätzen, die im Rahmen der allgemeinen polizeilichen Aufgaben und zur Unterstützung von Maßnahmen der Länderpolizeien geleistet werden — auch bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen eingesetzt. Wie das Bundesministerium des Innern mitteilt, fliegen beispielsweise BGS-Piloten die in Frankfurt, Hannover und Köln stationierten Rettungshubschrauber. Diese Hubschrauber stehen täglich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang für Rettungseinsätze bereit.

Der in Köln stationierte Rettungshubschrauber flog im Jahre 1972 insgesamt 479 Flugstunden 666 Einsätze; der in Frankfurt stationierte in viereinhalb Monaten des Jahres 1972 190 Einsätze.

Neun BGS-Hubschrauber waren 1972 zur Rettung aus Bergnot eingesetzt; bei 12 Seenoteinsätzen leisteten Piloten der BGS-Hubschrauber in Zusammenarbeit mit anderen Rettungsstellen wertvolle Hilfe.

Nachbarschaftshilfe beim Vulkan-Ausbruch

Allein der Tatsache, daß auf der isländischen Insel Heimaey zwischen den dort wohnenden Familien ein so gutnachbarliches Verhältnis herrschte, ist es zuzuschreiben, daß bei der Evakuierung, die spontan und ohne behördliche Vorwarnung vor sich ging, alle Menschen abtransportiert wurden und keine Todesopfer zu beklagen waren.

Es begann mit einem Feueralarm, weil „ein Haus brannte“; doch es war der Feuerschein des ausbrechenden Vulkans. Dann wurde die Bevölkerung über den Rundfunk aufgefordert, die Insel zu verlassen.

Ohne Panik versammelte sich die Bevölkerung am Fischereihafen. Dort lagen die rund 100 Fischkutter der Fangflotte, auf denen — innerhalb von zwei Stunden — alle Bewohner auf die Hauptinsel übergesetzt wurden. Auf der Insel verblieben — neben den eingeflogenen Polizeibeamten — 130 Männer und eine Frau.

Es gab keine Toten, keine Verletzten. „Jeder kennt hier jeden, der ein Boot hat!“ Diese Worte eines jungen Mannes sind im Grunde die Antwort auf die Frage nach dem reibungslosen Ablauf der Evakuierung.

Erst später nahmen umdirigierte Frachtschiffe die Tiere und Versorgungsgüter von der Insel an Bord.

Notfall-Alarm-Gerät

Eine Erfindung aus Schweden soll künftig helfen, in Notfällen eine rechtzeitige Hilfe in Gang zu setzen. Es handelt sich um ein Alarmgerät, welches auf eine ungewöhnlich lange Stille im Einflußbereich des Gerätes mit einem Alarmsignal reagiert.

Gedacht ist dieses Gerät, um in Wohnungen alleinstehender älterer Personen bei einer Erkrankung, die den Betroffenen bewegungsunfähig macht, Hilfe herbeizurufen. Außerhalb der Wohnung, im Treppenhaus, in Fahrstühlen oder auch in einer Zentrale, wird dann ein optisches oder akustisches Signal ausgelöst. Dies führt zu Hilfsmaßnahmen durch Nachbarn oder Polizei bzw. Fürsorgestellen.

Das Gerät, welches vollautomatisch arbeitet, wird beim Verlassen der Wohnung ausgeschaltet; es reagiert normalerweise auf Geräusche, die beim Aufenthalt in der Wohnung zu hören sind, z. B. Ein- oder Ausschalten von Geräten, Türenöffnen oder -schließen, laufende Wasserhähne und dergleichen.

An einer weiteren Vervollkommnung des Gerätes, spezifiziertere Wahrnehmungen betreffend, wird gearbeitet.

Hans Fischa

Lehre aus jedem Unglück ziehen

Steinbruchs-Berufsgenossenschaft wertet Sprengunfälle aus

Unfälle bei Sprengarbeiten führen in der Regel zu erheblichen Sachschäden, bei Personenschäden zu sehr schweren Verletzungen, wenn nicht sogar zu Todesfällen. Nach § 23 Absatz 2 des Sprengstoffgesetzes müssen Unfälle, die beim Umgang oder bei der Beförderung eintreten, der zuständigen Behörde (Gewerbeaufsichtsamt) und dem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) unverzüglich angezeigt werden. Die Meldungen werden bei der Stein-

bruchs-Berufsgenossenschaft gesammelt und ausgewertet.

Eine Untersuchung der in den Jahren 1967—1971 gemeldeten Sprengunfälle mit Personenschäden ist im Mitteilungsblatt der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft veröffentlicht worden. Verschiedene darin enthaltene Punkte sollen für die THW-Sprengmeister erörtert werden.

Wie die Tabelle 1 zeigt, sind im Zeitraum 1967 bis 1971 insgesamt 56 Sprengunfälle gemeldet worden. Dies bedeutet eine

Abnahme von 44,6% gegenüber dem Zeitraum 1962—1966. Die Zahl der Verletzten und Getöteten hat in ungefähr dem gleichen Maße abgenommen. Das Verhältnis Sprengunfälle zu Getöteten hat sich gegenüber dem vorherigen Zeitraum jedoch nicht geändert. Daraus ergibt sich, daß Sprengunfälle einen sehr hohen Prozentsatz an Todesfällen fordern.

Wie aus der Tabelle 2 ersichtlich, sind im Berichtszeitraum 9 Unfälle bei Bohrlochsprengungen (davon waren 5 Deckungsunfälle) vorgekommen. Dabei wurden 11 Personen verletzt, davon 2 Personen tödlich. Einige dieser Unfälle sollen ausführlicher beschrieben werden. Obwohl der Absperrkreis 300 m betragen soll, gingen 2 Personen in 170 m Entfernung hinter einem Lastkraftwagen in Deckung. Beide wurden durch Steine verletzt.

Das Verlassen der Deckung — ohne das dritte Signal abzuwarten! — war die Ursache von drei Unfällen mit Personenschäden. Bei Stollenbauarbeiten für einen Kraftwerkneubau waren etwa 60 Gäste beim Stollendurchstoß



Sprengung eines Kamins



Hier werden die Ladungen für die geplante Sprengung vorbereitet.

Tabelle 1:

Zahl der Sprengunfälle sowie der verletzten und getöteten Personen

Jahr	Unfälle	Verletzte	Getötete
1967	14	17	1
1968	9	10	0
1969	9	13	2
1970	12	13	2
1971	12	17	1
zus.	56	70	6
1962 bis 1966	101	118	13

anwesend. Kurz nach der Sprengung betreten Teilnehmer ohne wirksame Atemschutzmasken den Stollen. Der Niederlassungsleiter der Bau-firma starb an einer Gas-vergiftung.

Im Berichtszeitraum geschahen 22 Unfälle bei Knäpper- und Aufleger-sprengungen. Unter Knäpper versteht man Findlinge und bei Sprengungen angefallene große Blöcke. Bei 22 solchen Sprengarbeiten wurden 23 Personen verletzt. In 5 Fällen wurde entweder eine unzu-reichende Deckung auf-gesucht, die Deckung zu spät aufgesucht oder vor-zeitig verlassen. 4 Unfälle traten bei Versager-beseitigungen auf. Beim Vernichten von Spreng- und Zündmitteln ereigneten sich 5 Unfälle. Dabei wurden 8 Personen verletzt, davon 1 tödlich. Die Aufstellung zeigt, daß 37 % aller Unfälle Deckungsunfälle sind. Bei Sprengungen wird oft die Flugweite von Steinen unterschätzt. Jeder THW-Sprengmeister sollte sehr sorgfältig — wenn nicht anders möglich, mit Hilfe der Polizei — den Spreng-bereich räumen lassen. Bereits bei der Planung sollte ein Platz für Bild-berichterstatte festgelegt werden, von dem aus sie ihre Aufgabe erfüllen können, aber gegen fort-geschleuderte Steine



Diese Aufnahme einer Sprengung macht deutlich, wie wichtig es ist, den vorgeschriebenen Sperrkreis unbedingt einzuhalten.

Zwei THW-Helfer verbinden die Zündkabel.

sicher sind. Sehr wichtig ist die Belehrung über die Sperrsignale, nicht nur für die Absperrposten, sondern auch für die nicht eingeteilten Helfer. Unter allen Umständen müssen Mißverständnisse ausgeschaltet werden. Gerade Nachsprengungen werden oft als harmlos angesehen. Da diese



Stücke jedoch bereits aus dem Verbund gelöst sind, kann leicht überladen werden, wodurch dann Gesteinsstücke weiter als erwartet wegfliegen. Wenn bei Sprengungen die Gase voraussichtlich schlecht abziehen, muß für eine gute Entlüftung gesorgt werden, ehe die Sprengstelle betreten wird, um Vergiftungen zu vermeiden. Eventuell müssen Preßluftatmer mitgebracht werden.

Da die Ortsverbände in der Regel keine zugelassenen Sprengstofflager besitzen, wird es sehr oft vorkommen, daß nach einer Sprengung nicht verbrauchter Sprengstoff vernichtet werden muß. Hier muß darauf geachtet werden, daß die Vernichtung nur nach der im Merkblatt über Vernichten von Sprengstoffen und Zündmitteln (Gültig ab 1. 4. 1971) aufgeführten Methode durchgeführt

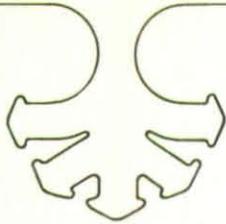
werden darf und nicht mehr durch Verbrennung, wie es früher üblich war. Diese kurze Schilderung von Unfällen bei Sprengungen in der gewerblichen Wirtschaft wird wohl jeden THW-Sprengmeister zur äußersten Vorsicht bei seiner Arbeit mahnen. In diesem Zusammenhang soll auf zwei Punkte der Unfallverhütungsvorschrift „Sprengarbeiten“ hingewiesen werden.

Nach § 95 dürfen Sprengmeister Bauwerke und Bauwerkteile nur dann sprengen, wenn im Befähigungsschein „Sprengung von Bauwerken und Bauwerkteilen“ steht. Im eigenen Interesse sollte jeder THW-Sprengmeister darauf achten, daß das für ihn zuständige Gewerbeaufsichtsamt den Befähigungsschein mit diesem Vermerk versieht. Weiter muß ein Sprengmeister ohne ausreichende bautechnische Kenntnisse bei der Sprengung von Bauwerken und Bauwerkteilen gemäß § 96 der UVV einen geeigneten Baufachmann hinzuziehen, der ihn hinsichtlich der Baukonstruktion und der Standsicherheit berät. Dieser Paragraph ist gerade für das THW wichtig. Viele Sprengmeister im THW sind keine Baufachleute. Sie sollen einen Baufachmann, der meist im Ortsverband vorhanden ist, schon bei der Planung von Gebäudesprengungen heranziehen. Ist der Bau von Gerüsten notwendig, sollte der Baufachmann hierfür die Verantwortung übernehmen.

Wenn jeder Sprengmeister bemüht ist, die gegebenen Vorschriften zu beachten und das Erlernte voll zur Anwendung zu bringen, dann werden Sprengungen gelingen und dem Ortsverband und seinem Sprengmeister Anerkennung in der Öffentlichkeit bringen.

Tabelle 2:

	Zahl der		
	Unfälle	Verletzten	Getöteten
Großbohrlochsprengungen	8	10	3
Sonstige			
Bohrlochsprengungen	9	11	2
Kammersprengungen	0	0	0
Schnüren, Kessel- und Lassensprengungen	4	6	0
Knäpper- und Aufleger-sprengungen	22	23	0
Sprengen in heißen Massen	2	4	0
Vernichten von Sprengstoffen- und Zündmitteln	5	8	1
Sonstiges	6	8	0
Zusammen	56	70	6



Presseschau des inlands

Führend im Schutzraumbau

Die Stadt Bremen steht im Schutzraumbau an der Spitze aller Städte in der Bundesrepublik. Innensenator Helmut Fröhlich gab in einer Pressekonferenz bekannt, daß inzwischen 97 alte Bunker soweit wieder hergerichtet sind, daß sie im Falle eines Luftangriffes für 94 000 Personen Schutz bieten, wenn auch nur behelfsmäßig für drei Stunden. Für weitere 3 200 Menschen ist in vier anderen Bunkern ein Aufenthalt bis zu zwei Wochen möglich. Zehn Bunker mit 16 000 Plätzen werden derzeit noch hergerichtet.

Im Lande Bremen gibt es außerdem noch 28 Bunker aus dem letzten Kriege, die grundsätzlich instandgesetzt werden können und in das Bauprogramm einbezogen werden müssen.

Das vom Bund unterstützte Schutzbauprogramm Bremens umfaßt auch als Mehrzweckbauten konzipierte unterirdische Verkehrsanlagen. So können beispielsweise in einer Tiefgarage 1 750 Menschen, in einer anderen 4 000 Menschen untergebracht werden. (Bremer Tageszeitung)

DLRG bei K.-Übung

Seit längerer Zeit werden Überlegungen darüber angestellt, in welcher Form man die Einheiten der DLRG in den Katastrophenschutz einbauen kann. Einigkeit besteht darüber, daß die Gesellschaft beim Sportbund gewiß nur bedingt in der richtigen Gruppierung steht. Bei einer Frühjahrsübung des Katastrophenhilfsdienstes im Raume Datteln waren auch drei Wasserrettungszüge der DLRG eingesetzt.

„Die nach der Übungslage im Bereich Datteln eingesetzten Wasserrettungszüge müssen verstärkt werden. Drei Wasserrettungszüge aus Münster werden deshalb alarmiert und über den Kanal in Marsch gesetzt. Vier weitere Rettungszüge werden von Marl aus in Bewegung gesetzt.“ Zweck der Übung war das Auslösen

des Alarms bei Nacht und das Training auf den Wasserstraßen, das Schleusen der Boote und die Zusammenarbeit mehrerer Wasserrettungszüge.

Am Nachmittag konnte der Übungszweck als erreicht angesehen werden. Kleinere Mängel waren an Ort und Stelle behoben worden; die Besatzungen sind für den Ernstfall gerüstet. (Westfälische Nachrichten)

Für den Ernstfall gerüstet

Auf zahlreichen Ausstellungen findet man auch den Informationsstand des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Daß die „Katastrophenvorsorge“ im häuslichen Bereich, um die es hier in der Hauptsache geht, dringend notwendig ist, darüber braucht man wohl kaum noch zu diskutieren. Die Zahl der Verkehrstoten ist mit 18 000 im Jahr erschreckend hoch; rund 9 000 Personen sterben am Arbeitsplatz, fast 12 000 Frauen und Kinder kommen im häuslichen Bereich ums Leben.

Man ist gegen Überschwemmungs-, Explosions- und andere Katastrophen hierzulande ebensowenig gesichert wie in anderen Ländern.

Doch haben insbesondere die Katastrophenschutzorganisationen immer wieder bewiesen, daß sie im Ernstfalle gerüstet sind. Was fehlt, ist die Fähigkeit der breiten Bevölkerungsgruppen, die Zeitspanne vom Eintritt einer Katastrophe bis zum Einsetzen der organisierten Hilfe zu überbrücken.

Eben auf diesen Mangel möchte aber der Bundesverband für den Selbstschutz hinweisen. Selbstschutz ist nichts anderes als die erlernte Fähigkeit zur Selbsthilfe.

(Neue Hannoversche)

Entlastung der Kommunen

Seit dem 31. Dezember 1972 ist nach dem Katastrophenschutzgesetz für alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit diesem Komplex entstehen, der Bund zuständig geworden. In der Praxis ist das für die Kommunen eine spürbare Erleichterung, weil die Zuständigkeit der Städte und Gemeinden nur noch für einen kleinen Bereich des Katastrophenschutzes bestehen bleibt.

Die einzelnen Fachdienste, Brandschutz, Bergung und Sanitätsdienste u. a. mehr, sind ab 31. Dezember 1972 in die bestehenden Basisorganisationen, wie etwa die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und das Bayerische Rote Kreuz, eingegliedert

worden. So ist beispielsweise die Bergungsbereitschaft des Katastrophenschutzes in die Trägerschaft des THW übergegangen. Der THW-Ortsverband Regensburg hat jetzt zwei Bergungszüge, einen Instandsetzungszug und den Versorgungszug zu stellen bzw. aufzustellen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach sind noch zwei weitere Züge aufzustellen. Gegenwärtig stehen rund zwei Drittel der benötigten Helfer zur Verfügung. Diese rekrutieren sich in der Hauptsache aus jungen Männern, die sich verpflichteten, statt eines Wehrdienstes zehn Jahre lang beim THW Dienst zu tun.

Für alle Auslagen, die im Rahmen dieses Einsatzes entstehen, tritt jetzt der Bund ein.

(Regensburger Umschau)

Es bleibt wenig hängen

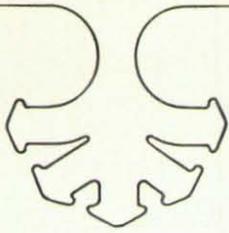
Vor längerer Zeit hatte das Bayrische Rote Kreuz im Rahmen einer Rallye der Motorsportvereine Bad Tölz und Geretsried einen Autofahrer-Test in Erster Hilfe organisiert. Das Ergebnis war niederschmetternd, nicht einmal zehn Prozent der Teilnehmer, alle passionierte Motorsportler, waren zu einer sachgemäßen Ersten Hilfe in der Lage.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Von 56 Personen waren während des Testes nur fünf in der Lage, einen „Verletzten“ in eine korrekte Seitenlage zu bringen. Die Schiedsrichter mußten in einer Abschlusssprechung von „50 Toten“ sprechen, weil in mindestens 50 Fällen der falsch gelagerte Verletzte erstickt wäre. Mehrere Leserzuschriften trafen nach der Veröffentlichung ein, eine sei hier noch zitiert:

„Ich kann es nicht glauben, daß die beim Autofahrertest beteiligten Personen alle die „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ oder einen „Erste-Hilfe-Lehrgang“ mitgemacht haben.“ Was sagt nun ein Experte dazu? Dr. med. Stoeckel, Leiter der DRK-Bundesschule Merl:

„... Liegt nicht das schnelle Vergessen der praktischen Sofortmaßnahmen oder sonstigen Hilfen daran, daß in den Unterrichtsstunden nicht oder nicht genug geübt wird? ... Ein Werbespot über Erste Hilfe im Fernsehen ist gut. Aber man sehe darin nicht etwa eine Möglichkeit der Erste-Hilfe-Ausbildung! ... Schließlich sollte sich jeder Ausbilder immer wieder fragen, ob sein Unterricht klar verständlich war.“

(Deutsches Rotes Kreuz, Bonn)



presseschau DES AUSLANDS

Pneumo-mechanische Suchgeräte

ZIVILSCHUTZ

Im Rahmen besonderer Vorführungen der Luftschutztruppenschule Wilhelmskaserne wurden auch Biophon- und Capsongeräte gezeigt.

Mit Hilfe von Capson-Detektoren, die wartungsfrei sind, ist eine Lokalisierung von Verschütteten bereits dann möglich, wenn drei Geräte zur Verfügung stehen. Der empfindliche Kopf des Gerätes ist mit einem Stethoskop verbunden; das Gerät ist sehr einfach zu bedienen. Biophon-Geräte ermöglichen sowohl das Abhören von Geräuschen aus der Tiefe an einem Katastrophenort, als auch die Aufzeichnung dieser Geräusche auf mitgeführtem Tonband. Die an die Vorführung anschließende Diskussion stellte klar heraus, daß alle Beobachter der Meinung waren, eine speziell ausgebildete Rettungseinheit solle auch über wirkungsvolle Ortungsgeräte verfügen, die einen wirksamen Einsatz am Katastrophenort erst ermöglichen.

(Wien, Nr. 1 u. 2/1973)

Zivilschutz in Mazedonien

NARODNA ARMIJA

Jede Ortsgemeinschaft der Gemeinde Kavararci in Mazedonien ist auf die Volksverteidigung vorbereitet. Sie verfügt über ihren eigenen Verteidigungs- und Zivilschutzstab und über die entsprechenden Einheiten der Territorialverteidigung und des Zivilschutzes.

Die Arbeitsorganisationen der Gemeinde haben bereits ihre Einheiten aufgestellt und die Kriegsproduktionspläne vorbereitet; sie finanzieren diese Einheiten selbst.

Ältere Bürger, die diesen Einheiten nicht angehören, werden im Zivil- und

Selbstschutz ausgebildet. Im vergangenen Jahre wurden mehrere Mobilmachungs- und Alarmübungen durchgeführt. Ein besonderes Koordinierungs-Komitee wurde gegründet, um die Zusammenarbeit der Gemeinde mit den Stellen der Jugoslawischen Volksarmee in den Angelegenheiten der Volksverteidigung noch weiter zu verbessern.

(Belgrad, 7. September 1972)

Katastrophenschutz im Raume Leningrad

SOWJETUNION HEUTE

Leningrad, die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion, soll in Zukunft vor Überschwemmungen geschützt werden, die bisher stets erhebliche Schäden verursacht haben. Der Plan, die sich ständig zum Finnischen Meerbusen hin ausdehnende Stadt durch ein gigantisches System von Dämmen und Schleusen gegen die Hochwasser, die infolge der von Zyklonen über der Ostsee ausgelösten „langen Welle“ auftreten, zu sichern, nimmt Gestalt an. Dabei geht es um eine Maßnahme der echten Katastrophen-Vorsorge. Ein Flutstand von nur 2 m über Normalpegel — bisher in über 173 Fällen eingetreten — kann riesige Schäden zur Folge haben. Erste Maßnahme, der Bau eines 25 km langen Dammes von über 7 m Höhe. Quer durch den Finnischen Meerbusen wird ein weiterer Damm von 8 m Höhe über dem Normalwasserstand gebaut, der die Kraft der „langen Welle“ brechen soll. Auf der Dammkrone wird eine Autostraße angelegt. Die durchschnittliche Wassertiefe beträgt hier etwa 3 m. Zwei große, durch betonverkleidete Stahlstore verschließbare Einfahrten gestatten den Verkehr zwischen der See und den Häfen, zusammen mit weiteren acht Wasserdurchlässen bilden sie das Regulierungssystem für die Wasser des Newa-Deltas. Bei Gefahr von Hochwasser werden alle diese Öffnungen geschlossen.

(Moskau, 1. April 1973)

Erste-Hilfe-Übung im Ministerium

de paladijn

Im niederländischen Innenministerium in Rijswijk führten die Erste-Hilfe-Gruppe und der Werkschutz des Ministeriums eine ausgedehnte Erste-

Hilfe-Übung durch, an der als Zuschauer auch der Innenminister teilnahm.

Der Minister meinte: „Ich darf gar nicht daran denken, was geschehen könnte, wenn in einem der Hochhäuser dieser Dienststelle einmal Feuer ausbräche!“

Vor 300 Besuchern lief dann die Übung sehr gut organisiert ab. Tieferer Sinn lag in dieser Übung vor allem deshalb, weil das Ministerium im Jahre 1970 bereits einmal geräumt werden mußte, weil ein anonymer Anrufer die Explosion einer Bombe angekündigt hatte; es wurde damals tatsächlich eine Bombe gefunden. Sehr realistisch wurde die Versorgung von Verwundeten vorgeführt, die nach einem „Unfall“ vor dem Gebäude hereingebracht und versorgt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine neu entwickelte Katastrophentasche gezeigt, die jetzt bei den Hilfsorganisationen allgemein Verwendung finden soll.

(Den Haag, Nr. 6/1972)

Tiefgekühltes Knochenmark

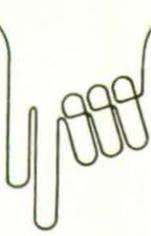
amerika dienst

United States Information Service

Amerikanische Wissenschaftler haben durch Versuche festgestellt, daß Knochenmark, welches bis zu neun Monate lang tiefgekühlt war, nach seiner Wiederverwendung im medizinischen Bereich die Fähigkeit, Haemoglobin zu produzieren, nicht verloren hat. Wenn auch diese Entdeckung erst einen Anfang in dem Forschungsbereich kennzeichnet, so lassen die bisherigen Ergebnisse doch vermuten, daß sich weitere Anwendungsbereiche erschließen lassen.

In bestimmten Fällen wird sich die Bildung roter Blutkörperchen mit dem eigenen konservierten Knochenmark des Patienten anregen lassen. Haemoglobin bildet sich nur im Stadium der Zellteilung und in den noch nicht ausgereiften Erythrozyten, es muß aus der Tatsache der Haemoglobinsynthese in mit einem Blutplasmafaktor behandelten Zellkulturen geschlossen werden, daß sich die konservierten Knochenmarkzellen nach monatelangem Einfrieren tatsächlich weitervermehrten. Drei Institute der Medizinischen Bundesforschungsanstalten der Vereinigten Staaten unterstützen die Untersuchungen finanziell.

(Washington, Nr. 10/1972)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Truppenpraxis
Frankfurt/Main, Nr. 4/1973

Ausbildung des ABC-Se-Personals

Im Jahre 1971 wurde für die Luftwaffe eine Umgliederung des ABC-Se-Personals vorgenommen. Der Autor, Leutnant Gonschorek, nimmt dies zum Anlaß, den Komplex des ABC-Selbstschutzes, soweit er die Ausbildung angeht, in einem sachkundigen Beitrag abzuhandeln. Für jeden, der mit der Materie des Selbstschutzes zu tun hat, ist dieser Beitrag, auch wenn er speziell die Ausbildung in einer Teil-Streitkraft behandelt, von Interesse und wird ihm eine Fülle von Anregungen geben können.

Der Beitrag gliedert sich in drei Gruppen: die ABC-Ausbildung, praktische Hilfen zur ABC-Ausbildung und Selbstschutz-Ausbildung. Zahlreiche Tabellen und eine Aufzählung der im Unterricht und in der Ausbildung zu verwendenden Vorschriften runden das Bild ab.

CIVILT FÖRSVAR
Stockholm, Nr. 8/9 1972

Untersuchungsbericht über Schutzräume

Der schwedische Untersuchungsbericht über die im Lande vorhandenen Schutzräume — basierend auf den Gegebenheiten des Jahres 1969 — ist vom Verteidigungsminister zur Stellungnahme an eine Vielzahl von Behörden und Organisationen übersandt worden. In der Fachzeitschrift berichtet Verteidigungsdirektor Lars Edmön über Erwägungen und Vorschläge dieses Berichtes.

Eine kartographische Aufnahme aller Schutzräume gibt den derzeitigen Stand mit 4,5 Millionen Schutzplätzen an und zeigt, wie sich der Schutzraumbau vom zweiten Weltkrieg an bis heute entwickelt hat.

Man kann an Hand dieser kartographischen Aufnahme feststellen, daß in manchen Gebieten Schutzräume völlig fehlen, während in anderen im Verhältnis zur Einwohnerzahl ein großer Überschuß vorhanden ist.

Die Vorschläge aus dem Untersuchungsbericht zielen darauf hin, daß die Gemeinden unter Aufsicht der Regierungspräsidenten in der Schutzraumplanung künftig ein gewichtiges Wort zu sprechen haben. Die Grenze, innerhalb deren die Pflicht zum Bau von Schutzräumen besteht, soll grundsätzlich mit dem dichtbesiedelten Ortskern zusammenfallen.

Civiele Verdediging
Alphen aan den Rijn, Nr. 2/1972

Atomkrieg mit China?

Das niederländische Zivilschutz-Fachblatt veröffentlicht einen Artikel von David Rees, der in seiner Überschrift die Frage stellt, ob sich die Sowjetunion auf einen Atomkrieg vorbereitet. Die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China begann vor über zehn Jahren; zunächst als eine ideologische Auseinandersetzung. Heute hat sie sich zu einer kontinentalen Rivalität entwickelt. Rees meint, die Sowjetunion habe den Aufbau der nuklearen Streitkräfte entlang der chinesischen Grenze und in der Mongolei weiter betrieben. Als Beweis für seine Behauptung führt er eine detaillierte Sammlung von sowjetischen Instruktionen für die zivile Verteidigung — speziell gegen einen nuklearen Angriff — an, die im Oktober 1971 in der Zeitung „Kommunist Tadzchikistana“ veröffentlicht wurden.

Diese Richtlinien behandeln in erster Linie die Maßnahmen, die bei einer Evakuierung von kleineren und größeren Städten zu ergreifen sind.

Die Überschrift des Artikels: „Eine sehr wichtige Verteidigungsmethode“; Verfasser des Beitrages war der Vize-Vorsitzende des Ministerrates des Landes. Anlässlich einer Konferenz ausländischer Friedensorganisationen und Wissenschaftler in Moskau wurden Kopien dieses Artikels verteilt. Rees schließt daraus, daß Moskau auf diese Weise kundtun will, es sei auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Zivilschutz
Wien, Nr. 3/1973

Katastrophenhilfe in Niederösterreich

Der Landtag von Nieder-Österreich beschloß im Dezember 1972 ein Katastrophenhilfegesetz, dem die österreichische Bundesregierung bereits im Januar 1973 Zustimmung erteilt hat.

Über die Organisation der Katastrophenhilfe in Niederösterreich hat Dr. Ernst Hoffmann, wirkl. Hofrat und Referent der Abt. VI/9 des Amtes der NÖ Landesregierung, eine Abhandlung geschrieben, in der er umfassend alle Elemente der Katastrophenhilfe behandelt. Der Landesgesetzgeber will mit dem neuen Gesetz gewährleisten, daß ein optimales „Überstehen von Notstandssituationen“ sichergestellt wird. Dem Zivilschutz, dem Katastrophenschutz und dem Selbstschutz fallen hiernach im Rahmen der „Umfassenden Landesverteidigung“ bestimmte Plazierungen zu, die im Rahmen der Abhandlung graphisch dargestellt werden.

Die Katastrophenhilfe selbst umfaßt Rettungs- und Hilfsmaßnahmen mit dem Ziel der Verhinderung, Beseitigung oder Minderung der unmittelbaren Auswirkungen der mit einer Katastrophe verbundenen Personen- und Sachschäden.

Verbraucherdienst
Köln, Nr. 2/1973, Ausgabe B

Agrar- und ernährungs- politischer Bericht

Wer sich mit Vorsorge-Maßnahmen befassen muß, kommt nicht umhin, auch die Ernährung der Bevölkerung einzubeziehen. Der in der Fachzeitschrift veröffentlichte Bericht gibt einen umfassenden Überblick und Orientierungshilfen in Form von Jahrestabellen.

Speziell die Verbraucherstatistiken zeigen auf, wie weit überhaupt eine Versorgung aus eigener Kraft möglich ist, wenn eine Krise eintritt. Der gesamte Komplex des Ernährungsgewerbes wird neben der Erzeugerseite ebenfalls angesprochen. Die Be- und Verarbeitung von Nahrungsmitteln spielt gerade im Notfall auf längere Sicht eine erhebliche Rolle. Nicht ohne Bedeutung sind dabei auch die Verbrauchergewohnheiten, die sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt haben; hier wäre auch die Entwicklung der Gemeinschaftsverpflegung ein wichtiger Faktor, der unbedingt Beachtung finden muß.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Dosimeter zur Erfüllung der Röntgenverordnung

Mit Inkrafttreten der Röntgenverordnung im September 1973 werden alle Betreiber von Röntgeneinrichtungen verpflichtet, an Personen, die sich im Kontrollbereich aufhalten, die Strahlendosen zu messen. Neben nicht direkt ablesbaren Film- oder Festkörperdosimetern, die von den nach Landesrecht zuständigen Stellen zu beziehen sind, werden dazu direkt ablesbare Taschendosimeter benötigt.

Eine westdeutsche Firma, die seit Jahren auf dem Gebiete der Strahlenschutzmeßtechnik tätig ist, entwickelte speziell für Röntgenstrahlen ein direkt ablesbares Weichstrahldosimeter in Füllhalterform, das den Bedingungen der Röntgenverordnung entspricht. Es hat eine nahezu ideale Wellenlängenunabhängigkeit, und der Meßwert ist unabhängig von der Strahleneinfallrichtung. Das Taschendosimeter entspricht der Norm DIN 44 425. Es wurde von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Braunschweig, geprüft und hat



eine bewährte Fallsicherung, die selbst bei Herunterfallen des Dosimeters eine Anzeigenänderung verhindert. Das Dosimeter ist 113 mm lang, hat einen Durchmesser von 14 mm und wiegt nur 28 g. Werden diese Dosimeter durch auftretende Strahlung entladen, so können sie leicht und schnell mit einem batterie- oder netzbetriebenen Ladegerät aufgeladen werden.

Wiederbelebung im 5:1-Takt

Ein Gerät für mechanische Herzmassage und künstliche Beatmung, das den entscheidenden Zeitraum bis zur ärztlichen Versorgung im Krankenhaus oder in der Unfallklinik überbrückt, wurde jetzt neu in das Vertriebsprogramm eines großen deutschen Unternehmens aufgenommen. Es ist für die vielen Notfälle im Alltag bestimmt, in denen bei akutem Herz- und Atemstillstand sofortige Wiederbelebungsmaßnahmen eingeleitet werden müssen: im Kampf gegen den „nassen Tod“ an Seen und in Schwimmbädern etwa; bei Sport- oder Arbeitsunfällen, wenn Sanitäter und Werksarzt erste Rettungsaktionen einleiten; im Rettungswagen, der mit Blaulicht und Martinshorn ins nächste Krankenhaus rast; oder auch auf klinischen Wach- und Intensivpflegestationen, auf denen es oftmals um Sekunden geht. Die üblichen Wiederbelebungsmethoden aus dem Einmaleins der Ersten Hilfe sind Mund-zu-Mund-Beatmung und Herzmassage mit der

Hand. Sie stellen jedoch größte Anforderungen an Kraft und Ausdauer des Helfers, besonders dann, wenn sie längere Zeit durchgehalten werden müssen. Das hier gezeigte Gerät schafft diese Risiken aus der Welt. Es arbeitet automatisch mit stets gleichbleibender Intensität. Wahlweise kann entweder nur Herzmassage oder nur künstliche Beatmung oder beides zusammen vorgenommen werden. All dies geschieht rein mechanisch. Der Sauerstoff, der dem Patienten über Atemschlauch und -maske zugeführt wird und gleichzeitig das Gerät in Betrieb setzt, kommt aus einer angeschlossenen Beatmungsfflasche. Dabei kann das Luftvolumen nach Bedarf stufenlos reguliert werden.

Die eigentliche Massage erfolgt durch einen breitflächigen Stempel am Arm des Geräts. Dieser „Drücker“ wird auf dem Brustkorb aufgesetzt und dann die Sauerstoffzufuhr freigegeben. Nun strömt Sauerstoff über den Taktgeber in den Kompressor. Der Stempel setzt sich in Bewegung und bearbeitet mit rhythmischen Stößen auf das Brustbein das stillgelegte Herz. Nach jeweils fünf solcher Bewegungen — im Normfall sind das fünf Sekunden — wird beatmet: Während der Stempel in Ruhestellung verharrt, bekommt der Bewußtlose einen kräftigen Sauerstoffstoß. Im gleichen 5:1-Takt wiederholt sich dies solange, bis der Patient auf der Klinikstation eingeliefert ist. Wenn dann der Arzt mit der Herztherapie beginnt, hat das Gerät seine Erste-Hilfe-Aufgabe erfüllt.



Erweiterter Katastrophenschutz

Von Dr. Horst Bahro. Mitarbeiter:
Georg Bönsch und Horst Junga.
Folge D der Handbücherei für die
Praxis „Zivilschutz und Zivil-
verteidigung“.

Osang Verlag, Bad Honnef
DM 68,—

Das vorliegende Werk erscheint, wie alle anderen Ausgaben dieses Sammelwerkes, als Broschüre und als Lose-Blatt-Sammlung. Von der bereits 1969 erstmals vom Autor vorgelegten Darstellung des erweiterten Katastrophenschutzes unterscheidet sich diese Ausgabe allein schon durch den um mehr als das Dreifache erweiterten Umfang. Grund hierfür ist die Veröffentlichung amtlicher Texte von Gesetzgebung, Satzungen, Allgemeinen Verwaltungsvorschriften u. ä., sowie eine Ausweitung und Vertiefung des Kommentarteiles. Ein fast 2700 Sachwörter enthaltendes Register erschließt das Handbuch und macht es zu einem jederzeit schnell nutzbaren Leitfaden für den Praktiker im Katastrophenschutz. Vor allem der Hauptverwaltungsbeamte, der sowohl für Katastrophenschutz wie für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes verantwortlich ist, hat mit diesem Werk alle wichtigen Unterlagen zur Hand.

Der Staat, mit dem wir leben

Von Alfred Gerigk
Verlag Herder, Freiburg — Basel —
Wien
Großoktav; DM 29,50

Wer politisch mitreden will, muß wissen, wie „Der Staat“ aussieht und funktioniert, in den wir gewissermaßen „eingepägt“ sind. Gerigk geht davon aus, daß vom ersten Atemzug an dieser Staat unser aller Leben beeinflußt. Anhand lebendiger Beispiele werden die wichtigsten Paragraphen des

Grundgesetzes erläutert. Die Geschichte kommt nicht zu kurz; eine historische Einführung zeigt den Weg auf, der — von einer Vielfalt von 39 deutschen Staaten ausgehend — aus der Vergangenheit zum demokratischen Staat von heute führt. Dabei wird der Tatsache, daß die Deutschen heute in zwei getrennten Staaten leben müssen, in der Form Rechnung getragen, daß auch ein Querschnitt durch die Verfassung der DDR gegeben wird. Für die Bundesrepublik geht die Darstellung der staatlichen Funktionen bis hin zur Selbstverwaltung der Gemeinden.

China öffnet seine Tore

Von Harry Hamm
ECON-Verlag, Düsseldorf — Wien
DM 24,—

Die Volksrepublik China ist heute aus der internationalen Politik nicht mehr wegzudenken, sie ist in die Vereinten Nationen aufgenommen worden, eine Weltmacht, mit der man rechnen muß.

Harry Hamm, als Sohn deutscher Eltern in Amsterdam geboren, hat den chinesischen Alltag studiert. So, wie das bisher nur sehr wenigen westlichen Journalisten möglich war — und er gibt seine Beobachtungen ohne Vorurteile und ohne Überschwang wieder — eben realistisch.

Das Riesenland ist durch die Kulturrevolution aufgewühlt worden, es haben sich für das Land und die Menschen schwerwiegende Folgen ergeben. Dramatisch auch der Wandel auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Hamm weiß die Gründe für die Öffnung Pekings zum Westen hin in überzeugender Form darzutun — mehr noch, er untersucht auch, ob diese Entwicklung Bestand haben wird.

Luftverteidigung Wesen — Auftrag — Mittel

Von Johannes Müller
Osang Verlag, Bad Honnef
DM 28,—

Es scheint an der Zeit zu sein, eine zusammenfassende, auch die geschichtliche Entwicklung berücksichtigende Darstellung der Luftverteidigung zu geben, die nicht allein die NATO-Staaten einbezieht. Gilt doch die Luftverteidigung im militärischen Bereich als ein

wesentlicher Pfeiler der Gesamtverteidigung. Die Bevölkerung wird von diesem militärischen Aufgabengebiet unmittelbar berührt, weil es wesentlich zum Schutze der Substanz eines Volkes gegen Angriffe aus der Luft beiträgt.

Trotz der erschöpfenden Behandlung des vielschichtigen Bereiches der Luftverteidigung wird der Leser nicht überfordert. Der Verfasser geht noch über das Thema hinaus, indem er die Aspekte der Luftverteidigung in den Rahmen der Gesamtverteidigung hineinstellt.

Ein reichhaltiger Bilderteil informiert über die Geschichte der einschlägigen Geräte und Waffen.

Fernmelde-Richtlinien

Von Wilhelm Hesse
Deutscher Gemeindeverlag
Wiesbaden
DM 15,80

In Hessen wurde bisher als einzigem Bundesland das gesamte Fernmeldewesen für den Brand- und Katastrophenschutz, den Unfallrettungsdienst und den damit verbundenen Krankentransport in umfassender Weise in den „Fernmelde-Richtlinien“ geregelt, die für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (außer Polizei und Bundeszollverwaltung) maßgebend und verbindlich sind. Diese „Fernmelde-Richtlinien“ sollen die einheitliche Anwendung aller für den Brand- und Katastrophenschutz, den Unfallrettungsdienst und Krankentransport erforderlichen Maßnahmen in fernmeldetechnischer Hinsicht gewährleisten.

Vom Verfasser wird die Auffassung vertreten, daß die wesentlichen Regelungen dieser Richtlinien von Bund und Ländern übernommen werden könnten. Nur eine bundeseinheitliche Regelung kann letztlich im Interesse aller Beteiligten sein. Mit ihrem Anhang fernmelde-rechtlicher Vorschriften und Gesetze, dem Gesetz über die

Erweiterung des Katastrophenschutzes einschl. dazu erlassener Verwaltungsvorschriften sowie den umfassenden Erläuterungen sind die Richtlinien ein fachliches Handbuch für die Planung und Durchführung fernmeldeorganisatorischer, -technischer und -betrieblicher Maßnahmen, mit dem die schwierige Materie erstmals lückenlos und sachgerecht bearbeitet wurde.

E. O. Bender

Humanitäre Hilfe für Indochina

Der längste Krieg in der modernen Geschichte ist in Vietnam beendet worden. Resultate des Krieges sind — obwohl es keine zuverlässigen Zahlen gibt — 3 Mio. Tote, über 4 Mio. Kriegsverletzte, 6 Mio. von ihrer Wohnstätte Vertriebene und rd. 1 Mio. Waisenkinder. Über 7 Mio. Tonnen Explosivstoffe (zum Vergleich: auf allen Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges wurden zusammen nur 2 Mio. Tonnen an Bomben abgeworfen) verursachten über 7 Mio. Bombenkrater. Viel größer als der damit angerichtete materielle Schaden ist das menschliche Elend. Von ihm sind alle Länder des ehemaligen Indochina in gleicher Weise betroffen.

So ist es denn Hauptanliegen der deutschen humanitären Hilfe, unabhängig von den politischen Gegebenheiten, in Nord- und Südvietsnam, in Laos und Kambodscha einschließlich der kommunistisch beherrschten Gebiete sinnvoll nach folgenden Grundsätzen Not lindern zu helfen:

- Die Hilfe wird bilateral geleistet, so daß sie als solche der Bundesrepublik Deutschland erkennbar ist;
- Die Hilfe wird allen betroffenen Ländern Indochinas angeboten. Dabei soll keine prozentuale Aufteilung erfolgen, sondern gezielt ausgewählte Projekte gefördert werden;
- Die Lieferung von Hilfsgütern genießt Vorrang vor der Entsendung von Hilfspersonal;
- Soweit dieses benötigt wird, liegt die Hilfeleistung in der Hand der Indochinaerfahrenen Organisationen. Ihre Einschaltung ist insbesondere angebracht, wenn keine diplomatischen Beziehungen bestehen;
- Voraussetzung für den Einsatz deutscher Hilfskräfte ist, daß ihre Sicherheit gewährleistet und die Entsendung vom Projekt her



geboten sowie vom betroffenen Land gewünscht ist;

- Die Art der Hilfe richtet sich nach den Bedürfnissen der betroffenen Menschen. Im übrigen soll sie so angelegt sein, daß sich die längerfristigen Hilfsmaßnahmen zu gegebener Zeit in die Entwicklungshilfe überleiten lassen. Inzwischen stehen die Feststellung des Bedarfs und die Auswahl entsprechender Projekte vor dem Abschluß, so daß nunmehr in die Durchführungsphase eingetreten werden könnte. Noch liegen allerdings nicht

von allen betroffenen Ländern offizielle Hilfsersuchen der Regierungen vor. Aufgrund von Hilfswünschen ihrer Partnerorganisationen haben deutsche Hilfsorganisationen jedoch schon jetzt rund 70 Projekte mit einem Mittelvolumen von rund 50 Mio. DM und einem Zuschußbedarf von rund 25 Mio. DM vorgeschlagen. Der Interministerielle Ausschuß für die Indochinahilfe hat in einer Vorauswahl einige Sofortmaßnahmen beschlossen, so z. B. die Mittelbereitstellung

für Südvietsnam

1. für die Speisung von 2 000 Kindern ethnischer Minderheiten für zwei Monate im Großflüchtlingslager Long Thanh,
2. für die Betreuung von Waisen- und Flüchtlingskindern in der Kinderabteilung des Hospitals der Flüchtlingsstadt Tam Ky,
3. für die Lieferung von 1 000 Rollstühlen nach Saigon;

für Kambodscha

1. für die Entsendung einer Vitaminspende für Mütter und Kleinkinder in Flüchtlingslagern bei Phnom Penh und
2. für die Medikamentenspende für ein Krankenhaus und zehn Dispensarien im Gebiet Kiriom;

für Nordvietsnam

Hier steht die Entsendung einer Chartermaschine mit angeforderten Medikamenten gegen Malaria mit Multivitaminen und proteinreicher Kindernahrung aus Spenden deutscher Organisationen an. Bisher wurde jedoch die Landeerlaubnis dafür noch nicht erteilt;

für die Provisorische Revolutionsregierung

Vorgesehen ist die Entsendung einer von Hilfsorganisationen gespendeten fahrbaren chirurgischen Klinik. Die verminten Gewässer Nordvietnams lassen aber im Augenblick den Seetransport noch nicht zu. Der endgültige Verwendungsplan der vom Bundeskabinett am 31. Januar 1973 bereitgestellten außerplanmäßigen Mittel in Höhe von 10 Mio. DM für die bilaterale humanitäre Hilfe in den Ländern des ehemaligen Indochina kann erst aufgestellt werden, wenn die Waffen in allen Gebieten Indochinas schweigen und der konkrete Bedarf durch offizielle Hilfswünsche übermittelt sein wird.

Ein Loblied auf die Technik

Tragkraftspritzen aller Typen haben sich bei der Brandbekämpfung schon tausendfach bewährt. Auf dem langen Weg ihrer technischen Entwicklung haben sie inzwischen Konstruktionsformen erreicht, die man mit einem Wort als „praxisgerecht“ bezeichnen kann. Sowohl tragbare Kraftspritzen als auch solche, die auf Löschfahrzeugen fest eingebaut sind und z. T. vom Fahrmotor des Kraftfahrzeugs angetrieben werden, sind wegen ihrer Leistungsstärke, robuster Konstruktion und hohen

Leistungen zu zuverlässigen Helfern im Einsatz geworden. Voraussetzung für ihre erfolgreiche Verwendung ist eine ausreichende Löschwasserversorgung, da sie in wenigen Minuten Tausende von Litern Wasser an die Brandstelle pumpen können.

Die Pumpenleistung der Tragkraftspritze TS 2/5 (oben) beträgt 200 l/min., während die TS 8/8 (unser Titelbild) 800 l/min. fördert, und das bei einem Druck von 50 m WS bei der TS 2/5 und 80 m WS bei der TS 8/8. Spitzen-



leistungen auf dem Gebiet der Wasserförderung erreicht die TST 40/7, also auch eine Tragkraftspritze, und zwar mit Gasturbine (unten). Ihre Pumpenleistung beträgt 4 400 l/min. bei 70 m WS. Diese Angaben sind natürlich nur Nennleistungen, die unter ganz bestimmten Voraussetzungen erreicht werden.

Die tatsächlichen Leistungen können auch größer sein. Nach wie vor ist Wasser das Hauptlöschmittel, ob es nun aus Hydranten oder aus offenen Wasserstellen entnommen wird. Mit Hilfe

von Kraftspritzen — es können auch mehrere sein, die hintereinandergeschaltet werden —, läßt sich das fast überall vorkommende Wasser auch über größere Entfernungen zur Brandstelle fördern. Die heute verwendeten Kraftspritzen haben bei allen Benutzern, ob bei der Feuerwehr oder im betrieblichen oder öffentlichen Katastrophenschutz und Selbstschutz, einen guten Ruf, der nicht zuletzt in ihrer technischen Reife, in Zuverlässigkeit und hoher Leistung begründet ist.

H. F.